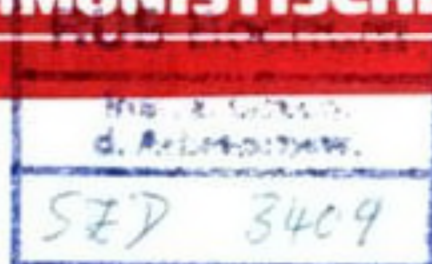
permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)



Nr. 32 / Dezember 1979 / Preis: S 7,–

HÄNDE WEG VOM IRAN!

Die Propagandaapparate des Imperialismus toben. Was seit Jahrzehnten zu den üblichen politischen Praktiken der imperialistischen Staaten gegenüber jenen der sogenannten „3. Welt" gehört, wurde nun gegen den US-Imperialismus angewendet. Der Imperialismus hat seine Interessen in Form von internationalen Verträgen und Abkommen durchgesetzt, aber keine abstrakte Moral – geschweige denn die „Menschenrechte" – konnten ihn jemals daran hindern, alle Verträge zu zerfetzen, wenn seine ökonomischen und politischen Interessen in Gefahr waren. Wenn Diplomatie, wirtschaftlicher und politischer Druck nicht ausreichten, um in den unterentwickelten Ländern der Welt die Freiheit des Kapitals durchzusetzen, haben Mord, reaktionärer Terror, Krieg diese Freiheit geschützt oder wiederhergestellt.

Den Lumpen in den Redaktionen der bürgerlichen Presse steht seit Wochen der Schaum vor dem Mund. Nur Dummköpfe werden annehmen, daß ihre Hysterie und Empörung über die Besetzung der US-Botschaft in Teheran ihrem tiefen Bekenntnis zu den „Menschenrechten" geschuldet ist. Sie verteidigen nichts anderes als die Freiheit des Kapitals, die unterdrückten Nationen und Staaten weiter brutal auszubeuten, sie verteidigen die Freiheit der Ölkonzerne und der imperialistischen Banken.

Eine abstoßende und gefährliche Welle des übelsten Chauvinismus durchzieht gegenwärtig die kapitalistischen Staaten Europas und Nord-Amerikas, und unverhüllt wird das militärische Eingreifen des US-Imperialismus und der Völkermord propagiert.

Vom Iran ausgehend durchzieht eine Welle des radikalen Islam gegenwärtig alle Länder des Nahen Ostens, die sich nicht nur gegen den US-Imperialismus richtet, sondern auch gegen die korrupten nationalen Regimes. Obwohl die Ideologie und die politischen Ziele dieser radikalen islamischen Bewegung reaktionär sind und die Probleme der arabischen Massen nicht lösen werden können, kommt in dieser Bewegung auch ein tiefverwurzelter Antiimperialismus zum Ausdruck. Aus diesem Grund können Kommunisten dieser Bewegung nicht gleichgültig oder neutral gegenüberstehen, nicht zuletzt auch deshalb, weil ein militärisches Eingreifen des US-Imperialismus eine Explosion des gesamten Nahen Ostens bedeuten könnte.

Die Besetzung der US-Botschaft in Teheran muß sicherlich auch unter dem Aspekt gesehen werden, daß das Khomeini-Regime kurz vor den ‚Wahlen' zur Verfassung die Massen wieder hinter sich bringen will. Die letzten Monate mit ihrer brutalen Unterdrückung der nationalen Minderheiten und der gesamten Linken haben darüberhinaus auch gezeigt, daß das reaktionäre islamische Regime nicht in der Lage ist, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen. Die Besetzung der Botschaft, die Forderung, sämtliche Verträge und die wirtschaftlichen Beziehungen nicht anzuerkennen bzw. abzubrechen, drücken daher auch eine Differenzierung innerhalb des Regimes aus, in dem ein Flügel versucht, den Iran von der umfassenden ökonomischen Abhängigkeit von den USA zu lösen.

Die Aussichtslosigkeit dieses Unterfangens wird aber deutlich, wenn offensichtlich der europäische Imperialismus an die Stelle der USA treten soll. Es ist in der Geschichte unseres Jahrhunderts nichts neues, daß ein unterentwickeltes Land gegen einen Imperialismus kämpft und dabei die Unterstützung eines anderen imperialistischen Landes sucht, was letztlich auf eine neue Abhängigkeit hinausläuft. Allein die Abschließung des nationalen Marktes und eine Planwirtschaft kann die wirtschaftliche Entwicklung eines unterdrückten Landes sichern. Der Weg, den die islamische Führung gehen will, wird also bestensfalls zu einer neuerlichen Abhängigkeit führen.

Unsere Stellung zum Khomeini-Regime hat sich nicht geändert. Es ist ein reaktionäres Regime, daß durch die sozialistische Revolution beseitigt werden muß. Nicht dieses Regime ist es also, was Kommunisten gegen den Imperialismus verteidigen, sondern der Wille und die Bereitschaft der iranischen und arabischen Massen, sich vom Imperialismus und seinen nationalen Statthaltern zu befreien und eine unabhängige Gesellschaft aufzubauen.

So könnten die Ereignisse von Teheran der auslösende Moment für einen widersprüchlichen Prozeß sein. Unter dem Banner eines radikalen Islam kommt auch eine Bewegung zur sozialen Umwälzung zum Ausdruck, die aber unter diesem Banner niemals zum Siege kommen kann.

Gegen die Angriffe und gegen die nationalistische Hetze, gegen die Kriegsdrohungen des Imperialismus kann es für Revolutionäre nur einen Platz geben – den auf Seiten der iranischen und arabischen Massen!

●●

Veranstaltungen der IKL

WOHIN GEHT NICARAGUA?

Salzburg – Mittwoch, 12. Dezember 19. 30 Uhr

Ort: Universität, Akademiestr. 20 Hörsaal 312

Wien – Freitag, 14. Dezember 19. 30 Uhr

Ort: Universität (Neues Institutsgebäude), Kleiner Hörsaal

* * *

DIE POLITISCHE SITUATION IN IRLAND

Es sprechen Vertreter der ‚Irish Workers Group'

Donnerstag, 6. Dezember, 19.30 Uhr

Ort: Gewerkschaftshaus, 1040 Wien, Treitlstraße 4, 4.Stock

* * *

INHALT

Offener Brief an die Wiener Linke

Seit einigen Wochen sind wir unmittelbare Zeugen einer beispiellosen Hetze gegen den Iran. Wir können hier auf Beispiele, die dies belegen verzichten, jeder weiß, daß eine offene Progrom-Hetze gegen den Iran betrieben wird.

Unabhängig davon, wie einzelne Maßnahmen im Iran politisch beurteilt werden, ist es für jeden Linken klar, daß die Massen des Landes von einem tief verwurzelten Antiimperialismus getrieben werden,und als Kommunisten gilt unsere Solidarität auch nicht der jetzigen politischen Führung des Landes, sondern ausschließlich den Massen, die um ihre Befreiung vom Joch des Imperialismus kämpfen.

Angesichts der massiven Hetze, angesichts des fast unverhüllten Eintretens für den Völkermord, kann die Linke nicht schweigen und warten, bis sich die Tobsucht der Reaktion wieder legt. Jede linke Partei und Organisation muß auch daran gemessen werden, inwieweit sie aktiv für die Massen der unterdrückten Länder eintritt und auch dann ihre Solidarität unter Beweis stellt, wenn dies im eigenen Land nicht gerade populär ist. So schwach die Linke in diesem Land auch ist, sie muß ihre Stimme erheben gegen die drohende Gefahr einer militärischen Intervention des US-Imperialismus und gegen die Progrom-Hetze der bürgerlichen Presse.

Aus diesem Grund schlagen wir die Durchführung einer Demonstration vor, die der aktiven Solidarität mit den Massen des Iran dienen soll. Wir glauben, daß es notwendig ist, diese Demonstration auf der Grundlage einer möglichst breiten Aktionseinheit durchzuführen. Aus diesem Grund würden wir es auch für falsch halten, die Stellung zur jetzigen politischen Führung des Iran zu einer Grundlage der Aktionseinheit zu machen. Für Kommunisten kann die Solidarität mit den kämpfenden Massen gegen den Imperialismus niemals bedeuten, ihre Ablehnung der Khomeini-Führung zu verschweigen. Die Demonstration sollte also allein auf der Grundlage „US-Imperialismus – Hände weg vom Iran!“ erfolgen und breit gegen die bürgerliche Hetze Stellung beziehen. Darüberhinaus sollten alle Organisationen, Gruppen und Individuen die Freiheit der politischen Propaganda für sich in Anspruch nehmen können.

Wir schlagen vor, sich am Freitag,dem 7.Dezember um 19 Uhr, im Cafe Votiv (großes Hinterzimmer) zu treffen, um die Möglichkeiten einer solchen Demonstration zu diskutieren.

INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE LIGA

Dieser Brief ergeht an alle aus- und inländischen Organisationen.



Zentralorgan der
INTERNATIONALEN
KOMMUNISTISCHEN LIGA

Einzelpreis: S 7,–

Doppelnummer: S 10,–

ABONNEMENT

10 Ausgaben S 100,–
(inklusive Porto und Versandspesen)

Auslandsabos: S 130,–

ergebnisse u. perspektiven

THEORETISCHES ORGAN
herausgegeben vom
SPARTACUSBUND und der
INTERNATIONALEN
KOMMUNISTISCHEN LIGA

Abonnement

4 Ausgaben S 15o,–
(inklusive Porto und Versandspesen)

Redaktionsanschrift und
Kontaktadresse:

IKL, Postfach 1454, 1010 Wien

Alle Zahlungen:

Konto der Österreichischen
Postsparkasse Nr. 7106.024
(Karl Reitter)

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck und für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stöger, Pazmanitengasse 14, 1020 Wien

Ein krisenfreier österreichischer Kapitalismus?

Das kapitalistische Österreich hat mit sozialdemokratischem Management die Krisenjahre 1974/75 und 1977 verhältnismäßig heil überstanden. Die SP-Wirtschaftspolitik, von der Nationalbankpräsident Koren zuletzt meinte, daß auch eine andere Regierung in den grundsätzlichen Fragen nicht viel anders gehandelt hätte, ging in dieser Phase von der antizyklischen ‚Weisheit' aus, in der Rezession Schulden zu machen, um damit die Wirtschaft wieder ‚anzukurbeln' und im Aufschwung das verschuldete Budget wieder zu ‚sanieren'. Die Grundlagen für diese Politik legte freilich die internationale Entwicklung: auf 1974/75 folgte der Aufschwung von 1976, und die kritische Situation um 1977 wurde ebenfalls nicht so sehr von Androsch's Geschick gemeistert, sondern in der Hauptsache von der internationalen Konjunktur, ausgehend vor allem von der BRD. Genauer betrachtet widerspiegelt die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik mehr das Auf und Ab von Krise und Konjunktur der kapitalistischen Produktionsweise, die es nun international gesehen schon über Jahre hinweg auch in den imperialistischen Ländern nicht mehr zustande bringt, obigem Anspruch tatsächlich nachzukommen: die Konjunktur vorzubereiten, die Staatsdefizite zu bereinigen und die Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Dem mußte auch das ‚Genie' Kreisky Tribut zollen, und so steigt Jahr für Jahr das Budgetdefizit,und Jahr für Jahr beschäftigt sich die SPÖ auf ihren Regierungsklausuren und in ihren Budgetentwürfen mit dem Problem, wie die Massenbelastungen noch raffinierter, deswegen aber nicht weniger wirkungsvoll, erhöht werden können. So auch heuer. Der Androsch-Budgetentwurf, die angekündigten oder bereits durchgeführten Preis- und Tariferhöhungen und die SPÖ-Zustimmung zu den Rationalisierungen in der Industrie sind ihre vorläufig letzten und sehr wirkungsvollen Antworten in diesem Sinne.

Kein Vertrauen in den „österreichischen Weg"

1978/79 drohte das Land noch mehr von jenem, von der SPÖ propagierten „österreichischen Weg" abzukommen, als es bei den VEW, der VÖEST, bei Steyr-Puch, Eumig oder Semperit schon der Fall gewesen war. 1978 war eher ein Jahr der trüben Aussichten,und die Wirtschaftsforschungsinstitute waren für 1979 mit ihren Wachstumsprognosen äußerst zurückhaltend. Sie rechneten weder mit einem Exportboom noch mit einer steigenden Inlandsnachfrage. Beides traf nicht voll zu. Der tatsächlich eingetretene Konjunkturaufschwung bis zum Spätsommer 1979 muß jedoch relativiert werden, wenn es um die Frage seiner Dauerhaftigkeit geht. Die Exportsteigerungen resultieren vorwiegend aus dem Handel mit der BRD, in der sich für den Jahreswechsel 1979/80 ein Wendepunkt der Konjunktur abzuzeichnen beginnt. Daß das Handelsbilanzdefizit aber trotzdem gestiegen ist, beweist unter anderem die Schwäche des österreichischen Kapitalismus, dem es auch in der Konjunktur nicht gelungen ist, ‚seinen' Markt gegen die ausländische Konkurrenz zu behaupten. Wifo und IHS führten in ihren letzten Berichten den diesjährigen Exportboom auch auf „die unterdurchschnittlich gestiegenen Arbeitskosten" in Österreich zurück. Die gestiegene Inlandsnachfrage war so in erster Linie (einer) Auflösung von Spargeldern" geschuldet (Wifo-Bericht). Weder vom Export noch vom Binnenmarkt sind für 1980 stärkere Impulse zu erwarten. Die Entwicklung der Exporte wird sich „1980 vor allem infolge ausländischer Einflüsse verschlechtern" und „die allmähliche Verringerung der Reallohnzuwächse (ob es solche tatsächlich gegeben hat, ist fraglich –Anm.d.Red.) engt den Spielraum für Konsumsteigerungen ein". Für 1980 rechnen beide Wirtschaftsforschungsinstitute mit einer wesentlichen Konjunkturverschlechterung. Das Konjunkturjahr 1979, das die SPÖ-Regierung als Erfolg für sich vereinnahmen will, stellt sich so im wesentlichen als Produkt des internationalen Aufschwungs und der zeitlich begrenzten Reaktion der Bevölkerung auf die Einschränkungen der Sparförderung und die befürchteten Preiserhöhungen dar,die zu einer kurzfristigen Erhöhung des Massenkonsums geführt hatten.Auf dieser Grundlage ‚florierten' verschiedene Branchen. Mitte 1979 expandierte etwa die Konsumgüterindustrie um 11,4% gegenüber dem Vorjahr. Für die Kapitalisten positive Auswirkungen gab es auch in der Investitionsgüterproduktion. Das war der Hintergrund, vor dem gesehen werden muß, daß auch 1979 keine tiefen Eingriffe in die Arbeitsplatzsituation vorgenommen wurden. Die Kapitalisten verlangten in manchen Produktionszweigen sogar nach mehr Arbeitskräften. Laut Pressedienst der Industriellenvereinigung hätten sich „die Arbeitsmarktprobleme wieder verschärft: War es bis zum Vorjahr nur in einzelnen Branchen ein Problem, Arbeitskräfte für gewisse Arbeiten zu finden, so bekommen diesen Mangel nun immer mehr Betriebe – vor allem in Westösterreich zu spüren". (Oktober 1979) Arbeitsplätze haben sie heuer also deswegen ‚gesichert', weil es die Profiterwartungen zugelassen haben. Wie sehr für sie jedoch der Arbeiter und die Arbeiterin weiterhin eine Ware geblieben sind, die gemäß den Profitbedürfnissen herumgeschoben oder ausrangiert werden kann, und wie wenig sie sich davon auch durch die Subventionen und Steuergeschenke der Sozialdemokratie abhalten lassen, zeigt drastisch das Beispiel Eumig.

Eumig – der „österreichische Weg"

Eumig ist ein von der SP-Regierung mit Hunderten von Millionen Schilling subventionierter Privatkonzern, der in den letzten Jahren immer mehr dem Einflußbereich der Länderbank unterstellt wurde. Die Länderbank wiederum ist zu rund 60 % verstaatlicht; den Rest teilt sich in- und ausländisches Kapital, das ebenso in jenen Industriebetrieben sitzt, die von der Länderbank mehrheitlich oder teilweise kontrolliert werden. Außerdem ist die Länderbank, genauso wie die Creditanstalt eng mit dem internationalen Finanzkapital verflochten.

Vor ca. zwei Jahren kam Eumig verstärkt unter den Druck der internationalen Konkurrenz. Als traditionell exportorientierter Betrieb schwächte sich zudem seine Konkurrenzfähigkeit mit der Dollarabwertungsoffensive des US-Kapitals. Die Maßnahmen, die nun die Konzernleitung ergriff, orientierten sich ausschließlich an den Bedürfnissen dieser kapitalistischen Beziehungen, d.h. das erstrebenswerte Ziel blieb der maximale Profit. Die verstaatlichte Länderbank war hiebei der Motor und die staatlichen Investitionsförderungen der ‚Treibstoff' der Rationalisierungen. Der Eumig-Aufsichtsrat leitete in den Zweigbetrieben Umstrukturierungen ein, die weniger profitable Produktionen kürzen oder einstellen und andere vergrößern sollten. Dieser Jagd nach höheren Profitraten folgten Kündigungen in den Eumig-Betrieben, während in Fohnsdorf zugleich ein neuer Betrieb errichtet wurde, der die Produktion von Sofortbild-Kameras aufnahm. Dahinter standen die Abmachungen mit dem amerikanischen Polaroid-Konzern, die sich heute allerdings als weniger profitabel herausgestellt haben als damals angenommen. Die Polaroid-Produktion soll mit dem Ablaufen des Vertrages im August 1980 eingestellt werden. Eumig ist heute mit rund 1,5 Milliarden Schilling verschuldet.
Im November 1979 begann eine weitere Kündigungswelle bei Eumig. Hier soll nicht vergessen werden, daß die SPÖ und ihre Betriebsräte das schändliches Spiel schon jahrelang voll mitmachen. Nachdem der Vorstand vor ungefähr einem Jahr versprochen hatte, einen Teil der im Vorjahr entlassenen 400 Frauen wieder aufzunehmen und ihre Arbeitsplätze bis Ende 1979 zu gewährleisten setzte schon im Juli die zweite Kündigungswelle ein. 140 andere Arbeiterinnen wurden hinausgeschmissen, wobei die Firmenleitung wieder bei ihren 400 Arbeitsplätzen angelangt war, die sie ursprünglich ‚einsparen' wollte.

Parallel zu dieser ‚Reorganisation', die aller Wahrscheinlichkeit nach zu weiteren Kündigungen führen wird, verläuft eine Veränderung in der Betriebsleitung. Nicht, daß hier jemand gekündigt würde! (Vockenhuber und Hauser bleiben im Vorstand). Gemäß der starken Verschuldung des Konzerns bei der Länderbank erhielt diese in den letzten Jahren einen ständig größeren Einfluß auf die Konzernpolitik, was sich jetzt auch personell niederschlug. Sie setzte die Umwandlung in eine Gesellschaft mbH durch, wodurch sich der Einfluß des Privatkapitals mit einer Erhöhung der Gesellschafteranzahl vergrößern wird. Sie schickte zwei ihrer Vertreter in den Vorstand,und ihr Vertrauter Mussil wurde Vorsitzender im neuen Eumig-Aufsichtsrat. All das verspricht nichts Gutes für die Arbeiter. Eumig wird mit diesen Änderungen noch konsequenter in die internationalen Gepflogenheiten des Kapitalismus eingebaut werden, in dem die Arbeitsteilung nach den Profitbedürfnissen des Großkapitals über die nationalen Grenzen hinweg erfolgt. Es ist zu befürchten, daß die neue Betriebsführung nach den ersten tausend Entlassungen, die bisher insgesamt erfolgt sind, kräftig an die Wegrationalisierung der zweiten Tausend gehen wird. Vockenhuber schloß vor kurzem einen „Personalabbau in einzelnen Zweigwerken...aufgrund weiterer notwendiger Rationalisierungsmaßnahmen" nicht aus. Eumig zeigt einmal mehr, daß dem Kapital die Verfügungsgewalt über die Produktion genommen werden muß,und nur die Arbeiterkontrolle über die Fabriken und das Bankwesen die Interessen der Arbeiter sichern kann.

VÖEST und VEW

Auch in der Stahlbranche war das zweite Halbjahr 1977 eine Zeit düsterer Prognosen. Die ‚Wirtschaftsexperten' sprachen von „schweren Zeiten" und revidierten die Wachstumsquoten nach unten Sie rechneten mit einer anhaltenden Krise und einer Verschärfung der internationalen Konkurrenz. Die Reaktion der SPÖ war bezeichnend. Sie stimmte in das Wehklagen der Stahl-Bosse ein, forcierte die Lohnraubabschlüsse bei den Metallarbeitern und beteiligte sich an den Rationalisierungskonzepten. Gemeinsam mit den Apfalter und Bayer drohten sie mit Arbeitslosigkeit, führten bei der VÖEST Kurzarbeit und ‚Umschulungen' durch und in den VEW-Betrieben schreckten sie mit 2.000 Entlassungen, wenn nicht Lohneinbußen in Kauf genommen würden.

Zum einen stand hinter diesen Maßnahmen sicherlich die Befürchtung der Regierung und der Vorstände, im Stahlsektor noch schärfer als bisher unter internationalen Konkurrenzdruck zu kommen. Als zweites beeinflußten sie damit die vor der Tür stehende Metall-Lohnrunde , indem sie Belegschaften einschüchterten, was als drittes auch half, den Widerstand der Arbeiter gegen das kapitalistische ‚Strukturbereinigungskonzept' zu untergraben. Im steirischen VÖEST-Werk Donawitz wurde mit der Umstellung auf Strangguß begonnen, wobei noch aussteht, die dortige Gießereiproduktion nach Linz und Traisen zu verlegen. Dabei werden Arbeitskräfte ‚frei'. Apfalter in

platten Gemeinplätzen dazu: „In den betroffenenen Betrieben müssen wir für Ersatzarbeitsplätze sorgen." In St. Aegyd wird die alte Rohrproduktion nach Inbetriebnahme des Nahtlosrohrwerkes in Kindberg ‚überflüssig' – und damit auch die Belegschaft.

Judenburg

Daß dieses Konzept bislang nicht zu massenhafter Arbeitslosigkeit geführt hat, liegt an dem Zögern der SP-Bürokratie seit 1974, die Rationalisierungen kapitalistisch- konsequenter durchzuziehen. Sie war jener Teil in der kapitalistischen Wirtschaftspolitik, der nach 1974/75 auf eine ‚Wiederbelebung' auch im Stahlsektor hoffte, in der die Verstaatlichte wieder positiv abschließen würde können. Dafür nahm sie bewußt eine Aufblähung des öffentlichen Kreditvolumens in Kauf. Nicht zuletzt waren es aber das typisch sozialdemokratische Bedürfnis des ‚sozialen Friedens' und letztlich, über ihre Betriebsräte, der Druck der Stahlarbeiter, die sie in der Frage der Arbeitsplatzliquidierung eher zurückhaltender sein ließ als es traditionell-bürgerlichen Vertretern lieb war. Ausdruck dessen ist bis heute das Bestreben der SP-‚Betriebsratskaiser', die Pläne der Vorstände zu modifizieren, ohne sie freilich völlig zu verwerfen.

Apfalters Absichten, das Stahl- und Walzwerk in Judenburg zu schließen und damit auf weite Sicht das gesamte Werk in Frage zu stellen (von der Schließung wären von den 1.900 Arbeitern rund 1.200 betroffen), stellen sie eine ‚Alternative' entgegen, die nicht einmal ein Kompromiß ist. Bisher wurden die Belegschaften in keiner Weise gegen die kapitalistischen Pläne mobilisiert (bis auf einen einstündigen Warnstreik vor einigen Wochen). Ihr Anspruch, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, ist dieses Mal noch absurder. Haben sie aufgrund ihrer Sozialpartnerschaftspolitik bisher schon immer darauf verzichtet, die Macht der kapitalistischen Vorstände anzutasten und es diesen überlassen, etwaige ‚Kompromiß'-Konzepte durchzuführen, so ist dies vom Standpunkt der Belegschaften in der heutigen Krisensituation noch unrealistischer: Apfalter und Co lehnen den ‚Kompromiß' der Betriebsräte rundweg ab.

Die Vorgeschichte des aktuellen Konflikts zeigt zur Genüge, wohin der Weg der SP-Bürokraten führt. Seinerzeit hatte sich die VEW-Exekutive des Zentralbetriebsrates mit der Konzernleitung darauf geeinigt, einen generellen Aufnahmestopp, eine vorzeitige Pensionierung und einen unbezahlten Urlaub von zehn Tagen durchzuführen. Wir schrieben damals, daß dieser ‚Kompromiß' eine Niederlage der Arbeiter darstelle und die Kapitalisten dabei nicht stehenbleiben würden. Die Arbeiter hatten in der Lohnfrage nachgegeben, in der Provokation der unbezahlten Arbeit – alles, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Heute droht sie tatsächlich unmittelbar, und die SP-Betriebsräte (die KPÖ hat sich dem inzwischen angeschlossen) kommen erneut mit ihrem lauwarmen Plunder, ja stimmen sogar der Schließung von Werken ebenfalls zu, nur nicht so radikal, wie es Apfalter will. Es soll ‚nur' das Stahlwerk, die Gesenkschmiede und die Blockstrecke im Walzwerk geschlossen, die Mittelstrecke, die mechanische Werkstätte, die Vergüteanlagen und der Blankstahlbetrieb sollen hingegen ausgebaut werden.

Zu Judenburg soll bis Dezember eine Entscheidung fallen, und wenn es nach Apfalter geht, mit oder gegen die Stimmen des Betriebsrates. Nach seinen Aussagen könnten von den betroffenen 1.200 Arbeitern rund 300 weiter in Judenburg beschäftigt werden, einige hundert Arbeiter würden vorzeitig pensioniert werden (es ist nicht überraschend, wie sich beide Seiten, Apfalter und SP/KP, zur Zeit um das ‚Wohl' der älteren und Schichtarbeiter sorgen), der Rest müßte (im besten Falle) pendeln.

Die ‚Konjunkturwelle', auf der die verstaatlichte Stahlindustrie „gegenwärtig schwimmt" (ÖIAG-Grünwald), ist zweifellos der wesentliche Grund, warum 1979 die Rationalisierungsmaßnahmen noch ohne Massenentlassungen ablaufen konnten. Der Inlandsumsatz stieg in den ersten 8 Monaten um 13,7%, die Exporte um 8,6%, der Gesamtumsatz um 12,1%. Der Auftragsstand war um 7,8% gestiegen und der Beschäftigtenstand um 0,3%. Hinter diesen Zahlen versteckt sich ein gehöriges Maß an Arbeitshetze. Dadurch verringerte sich das Defizit der VOEST-Alpine auf rund 100 Mill. S, und der Chemie-Linz sei nach Grünwald ein „besonders starker Sprung" aus den roten Zahlen gelungen. Noch immer schlecht wären die Ergebnisse der VEW, meinte Grünwald am 15. Oktober, die Reorganisation müsse vorangetrieben werden, nicht zuletzt deswegen, weil die Regierung ihre erste Rate der versprochenen Subventionsmilliarde davon abhängig gemacht hat. Hier kommt die Lüge der SP-‚Arbeitsplatzsicherungs'-Politik unverblümt zum Vorschein. Mit dem offiziellen Sanktus der sozialdemokratischen Führer werden die staatlichen Unterstützungen ganz offen von der Schließung einzelner Werke abhängig gemacht, nachdem die Belegschaften durch die Drohung des SP-Finanzministers, ohne Subventionen ansonsten den ganzen Betrieb schließen zu müssen, ‚weichgeklopft' wurden.

Apfalter will den ganzen VEW-Bereich bis 1982 „aus den roten Zahlen holen", „falls nichts Gravierendes auf den Märkten passiert." Genau das ist der Punkt, an dem es liegen wird, mit welchen Widerständen die Kapitalistenvertreter rechnen müssen, wenn sie ihre ‚Stahllösung' 1980 fortsetzen wollen. Einige Zeichen am ‚Konjunkturhimmel' zeigen eine Verdüsterung an, die „Gravierendes" auch für die österreichische Stahlindustrie bringen könnte, und es ist verhältnismäßig unwahrscheinlich, daß sich die Stahlarbeiter in einer solchen Situation mit der ‚Perspektive', keine Ersatzarbeitsplätze zu bekommen, widerstandslos ihre Betriebe zusperren lassen werden.

SPÖ: „Rationalisierungssubventionen und ein Belastungsbudget

In einzelnen Branchen der österreichischen Industrie sind die Krisenerscheinungen schon vor dem Spätsommer aufgetreten. Die Eisen- und Metallwarenindustrie etwa kam 1979 unter starken Druck der Auslandskonkurrenz, die aufgrund ihrer höheren Produktivität. bzw. geringeren Produktionskosten ihren Marktanteil in Österreich auf 62,5% steigern konnte, während die österreichischen Exporte, z.B. in der Besteckindustrie, um fast ein Drittel absanken.

Und prompt griff Kreisky auf seine Überlegungen von 1977 zurück, daß „Investitionssubventionen" auch „Rationalisierungssubventionen" seien und dabei „Arbeitskräfte freigesetzt" werden könnten, was seinen letzten Aussagen gemäß bis zur Schließung von Betrieben führen muß(!). Ende September kündigte er eine „Generalüberholung(!) der wirtschaftlichen Struktur" an. In der ‚Sozialistischen Korrespondenz' meinte Kreisky, daß es „vor allem im Osten Österreichs" Betriebe gäbe, „die in der jetzigen Form nicht aufrechtzuerhalten" seien. Dies könne „leider(?) nicht schmerzlos für die Betroffenen vor sich gehen."

Der Wandel in den Aussagen ist beachtlich. Zuerst waren es Hunderte von Millionen Schilling, die er ausgeben wollte, nur um hundert Arbeitsplätze zu erhalten. Das war in jener Zeit gewesen, als die ‚Wirtschaftsexperten' vor der schweren Krise von 1974/75 ein „allgemeines Wachstum" voraussagten. Vor den Wintermonaten 1977/78 sprachen er und Benya bereits von „100 000 Arbeitslosen", die zu befürchten wären. Die Konjunktur 79 ließ sie indes wieder froher werden; doch kaum verdunkelt sich der ‚Konjunkturhimmel' ein wenig, beginnt der nun gar nicht mehr so sorgenvolle Kreisky von Betriebsschliessungen zu jammern, die „nicht schmerzlos" sein würden.

An sich ist dies für die österreichische Sozialdemokratie nichts Neues. Selbst in den Zwischenkonjunkturen der vergangenen Jahre nahm sie oft genug ihr eigenes Credo von der staatlich verordneten Arbeitsplatzsicherung nicht mehr ernst. Ihre Funktionäre waren z.B. maßgeblich an der ‚Errationalisierung' einer 10-prozentigen Arbeitslosenrate in Kärnten beteiligt. Dennoch beharrte sie in ihren Reden darauf, daß solches Ausnahmen seien und es ohnehin bald wieder besser werden würde. Den Arbeitern präsentierte sie sich als jene Partei, die sich gegen die (natürlich nur von ‚außen' importierte) Arbeitslosigkeit zu wehren wüßte. Heute mehren sich aber die Anzeichen, daß die SPÖ von ihrem ‚antizyklischen' Konzept noch mehr abzugehen gedenkt. Kreiskys Äußerungen der letzten Zeit weisen in diese Richtung, und vor allem wird sie die kapitalistische Krise dazu zwingen. Ihre Politik zu den VEW und der Androsch-Budgetent-

Palmers-Prozeß: Klassenjustiz bestätigt die Urteile

Am 20. November fand das Berufungsverfahren der Genossen Gratt, Pitsch und Keplinger im Zusammenhang mit den Urteilen zur Palmersentführung statt. Vor ca. 20 Zuhörern brachten die Anwälte der Genossen eine Nichtigkeitsbeschwerde gegen die ausgesprochenen Urteile ein. Sie forderten die Aufhebung der Strafen, sowie die Durchführung eines neuen Verfahrens, weil der Richter im I. Prozeß nicht seiner Informationspflicht (Rechtsbelehrung) gegenüber den Geschworenen entsprochen hatte.

Pitsch und Keplinger waren nämlich der Mittäterschaft angeklagt und wurden dessen auch schuldig befunden. Dabei hatte der Richter jedoch ‚vergessen', die Geschworenen dahingehend zu informieren, daß ein diesbezügliches Urteil nur auf der Grundlage der Beweisführung der bewußten Absicht, des Vorsatzes gefällt werden kann. Diese Beweisführung ist im ersten Verfahren nicht erfolgt. Das Ergebnis waren Urteile, die selbst nach bürgerlichem Rechtsverständnis in der Luft hängen.

Die Justiz will ein weiteres Verfahren vermeiden. Deswegen lehnte sie den Antrag auf eine Aufhebung der ersten Urteile ab. Dafür verstreute sie Almosen. Den Genossen Pitsch und Keplinger wurde ein Jahr Haft erlassen. Sie müssen jetzt 4 Jahre (Keplinger) und 5 1/2 (Pitsch) Gefängnis hinter sich bringen.

Auch in der Frage der Rückerstattung der 30 Millionen S Lösegeld an den Kaufhausmillionär Palmers wurde ein ‚österreichischer Weg' gefunden. Während Gen. Gratt nach wie vor für die Rückzahlung dieser Summe „haftet", wurde der „Herr Walter" Palmers bezüglich Pitsch und Keplinger an den Zivilrechtsweg verwiesen.

Nach dem Berufungsverfahren wurden die Genossen in einer Nacht- und Nebelaktion in andere Gefängnisanstalten verlegt. Gen. Pitsch nach Graz-Karlau und Gratt, Keplinger nach Stein. Auf diese Art sollen sie noch mehr als bisher isoliert und zermürbt werden. Jeden, auch noch so verzweifelten Versuch, gegen die politischen Verurteilungen und die Repression im Gefängnis zu protestieren , will die bürgerliche Justiz mit diesen neuen Maßnahmen verhindern. Die Hetzkampagne der österreichischen Massenmedien hat trotz der darin befindlichen Fälschungen ihre Früchte getragen. Am Terror der Urteile änderte sich nichts.

SOLIDARITÄT MIT DEN GENOSSEN PITSCH, GRATT, KEPLINGER!

wurf sind weitere Stationen auf dem Weg der SPÖ zur offenen Übernahme restriktiver kapitalistischer Wirtschafts-‚Lösungen'. Im allgemeinen hört man es freilich noch nach der alten ‚Schule': „Jetzt, in einer wirtschaftlich besseren Situation,muß nach der bewußten Verschuldung des Staates eine Budgetphase der Sparsamkeit einsetzen." (SPÖ-Abgeordneter Tull in der Parlamentssitzung vom 7. November 1979)

Androsch's Budgetparole: „Umdenken"

‚Originelles' wechselt sich in den Parolen der SP-Politiker mit uralter plumper kapitalistischer Demagogie ab. Androsch's ‚Dauerlutscher', daß ein größerer Selbstbehalt bei der sozialen Fürsorge bloß einer größeren Eigenverantwortlichkeit des Staatsbürgers entspräche und eine „soziale Überversorgung" bestehe, kommt aus dem Primitivrepetoire der Konservativen. Von mehr Einfallsreichtum zeugt da schon die Argumentation, heute, da die Sozialdemokratie stark sei, müsse man die Arbeitslosigkeit „offensiv" bekämpfen – eben durch die Schaffung „neuer" Arbeitsplätze, und nicht „defensiv", wie es etwa der Kampf für die 35-Stunden-Woche wäre. Das käme später(?).

Nichts anderes, als die arbeitenden Massen weiter ‚ruhig' zu halten, sollen auch die von Androsch vorgesehenen Etappen bewirken, in denen die einzelnen Belastungen auf die Bevölkerung zukommen. Strom, Milch, Ofenheizöl und Benzin sollen nicht mit einem Schlag verteuert werden.

Das Budgetdefizit ist in den letzten Jahren ständig angestiegen (1977 waren es 42 Mrd.S., 1978 51 Mrd. und für 1980 sind 55 Mrd. vorgesehen). Weiters hat sich die Staatsverschuldung vervielfacht (seit 1974 um das 3,8-fache), und der Sozialdemokratie schwant, daß Defizit und Verschuldung bei einer eventuellen wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung noch stärker anwachsen und damit einer inflationären Entwicklung Auftrieb geben könnten. So wie schon in den vorigen Budgets ist daher der heurige Leitfaden die Verringerung dieses Budgetdefizits. Gleichzeitig will die SPÖ jedoch den in- und ausländischen Kapitalisten die ‚Freude' am Investieren erhalten, wodurch sich 1980 Defizit und staatliche Schuldenlast erst recht erhöhen. Denn die ‚Investitionsförderungen' und die Steuergeschenke an die Kapitalisten sind nach wie vor die Hauptursache der fehlenden Beträge!

Das alles heißt für die SPÖ Erhöhung der Massenbelastungen, die neben der Tatsache, heuer nicht einmal mehr mit untauglichen Mitteln auch die Kapitalisten ein wenig zur Kassa zu bitten, der kennzeichnenste Zug des Budgetentwurfes sind. Ansätze, wie noch in den vorigen Jahren das 2. Abgabenänderungsgesetz oder die Lkw-Steuer,fehlen heuer völlig. Es ist ein einziges Belastungsbudget auf Kosten der Arbeiterklasse.

Österreich – Insel der seligen Kapitalisten

– Der Bundeszuschuß zur Sozialversicherung wird um rund 6 Mrd.S. gekürzt, wofür die Arbeiter und Angestellten durch erhöhte Beiträge (ab 1.1.1980) aufkommen müssen.

– Die staatliche Agrarstützung wird verringert, die Folgen sind bereits festgelegt: Milch, Brot, Mehl und die Folgeprodukte verteuern sich.

– Durch Reduzierung der Sparförderung trifft die SPÖ in erster Linie die Masse der ‚kleinen' Sparer: das Prämien- und vor allem das Bausparen werden unattraktiver.

– Die Weigerung der SPÖ, die Lohnsteuer wirklich zu mindern, hat 1979 dem Budget über 2 Mrd. S. mehr als im Vorjahr gebracht, und für 1980 rechnet Androsch mit einer Lohnsteuersteigerung um 15%!

– Lohn- und Mehrwertsteuer sollen zusammen auf 142,3 Mrd. S. anwachsen, während bei den Gewinn- und Besitzsteuern keine oder nur sehr geringe Mehreinnahmen zu erwarten sind.

– Die unmittelbare „Wirtschaftsförderung" für die Kapitalisten erreicht 1980 8 Mrd. S. und die Verluste durch legale und illegale Steuerausfälle gab Androsch mit über 70 Mrd. S. an.

– Dem Trippelfüßchen gegen die Bourgeoies mit dem 2. Abgabenänderungsgesetz zieht Androsch jetzt Siebenmeilenstiefeln für die andere Wegrichtung an: kräftig verbesserte Abschreibmöglichkeiten für die Betriebsfahrzeuge der Kapitalisten.

– Den Fächer an Begünstigungen für das Kapital schlagen die Sozialdemokraten heuer noch weiter auf, indem sie neue ‚Förderungen' für „energiesparende Investitionen" einführen - u.a.

Die da oben können also nach wie vor noch einer ‚geförderten' Zukunft entgegensehen, während für die anderen diese „leider nicht schmerzlos ...vor sich gehen" soll. So will's zumindest der Kreisky.

●●

BERICHTIGUNG – In der letzten Ausgabe ist uns auf der Seite 16 ein Tippfehler durchgerutscht. In der rechten Spalte (sechste Zeile von unten) heißt es: „...Es ist nicht leicht,...". Es soll natürlich heißen: „...Es ist nicht schwer,..."

Marxismus-Schulung der IKL

Von der in der letzten Nummer der ‚permanenten' angekündigten Marxismusschulung haben bereits die ersten Treffs stattgefunden. Die Methode, dabei inhaltlich ineinander übergreifende Texte zu verwenden, hat sich bereits sichtlich bewährt. Für den Monat Dezember wurden folgende Termine fixiert:

Dienstag, 4. Dezember,
Dienstag, 11.Dezember,
Dienstag, 18.Dezember.

Das Thema für alle drei Treffs lautet: „POLITISCHE ÖKONOMIE". Als Grundlage dient eine Schulungsbroschüre, die bei der Schulung erhältlich ist.

Genossinnen und Genossen, die bisher nicht teilgenommen haben, wollen wir als Vorbereitung die Marx-Schriften „Lohnarbeit und Kapital" und „Lohn, Preis und Profit" empfehlen.

Der Ort ist jeweils:

1040, Gewerkschaftshaus
Treitlstraße 4/4.Stock/69a.

DER 25. PARTEITAG DER SPÖ

Die fähigste bürgerliche Regierung der 2. Republik

Vor 570 Delegierten fand am 15. und 16. November der 25. Bundesparteitag der SPÖ statt. Es war ein Parteitag gestiegener innerer Geschlossenheit, von kaum mehr zu überbietendem Selbstbewußtsein – ein Parteitag des ‚Triumphes'. Wie hätte es auch anders sein können! Angesichts des großen Wahlerfolges im Oktober, angesichts der relativ günstigen Situation der österreichischen Wirtschaft und angesichts einer Opposition, die nicht ein noch aus weiß. Die Sozialdemokratie ist nun nach 10 Jahren Regierung auf dem Höhepunkt ihrer Macht angelangt. Noch nie war ihr politischer Freiraum so groß wie in der gegenwärtigen Phase. Der Aufbruch rechter Teile der Mittelschichten, die sich vor allem um die Frächterbewegung Steinhausers gruppierten, ist vorläufig versandet. Statt dessen wandte sich das Kleinbürgertum verstärkt der SP zu, weil es in ihr den Garanten für politische Stabilität und soziale Sicherheit sieht. Die Bourgeoisie wiederum, an ihrem ursprünglichen Ziel einer SP/VP-Koalitionsregierung gescheitert, beobachtet nun reserviert und auf Distanz den nur wenig Neues hervorbringenden ‚Erneuerungsprozeß' ihrer traditionellen Parteien, ÖVP und FPÖ. Aber gleichzeitig sieht sich die SPÖ auch keinem Druck seitens der Arbeiterklasse bzw. einer parteiinternen linken Opposition ausgesetzt.

„Weiter auf dem österreichischen Weg"

Die relativ niedrige Arbeitslosigkeit wie auch die niedrige Inflationsrate sind die wichtigsten Faktoren, auf denen sich das Selbstbewußtsein der Sozialdemokraten begründet. Der 25.Parteitag hat die Erhaltung der Arbeitsplätze als eine „der grossen Triebfedern" der SP-Politik verkündet. Das ist nichts Neues! Es ist im Gegenteil schon seit Jahren jenes schwere Geschütz, das die Sozialdemokratie stets auf die Arbeiterschaft gerichtet hält. Und es ist ebenfalls nichts Neues, wenn Kreisky auf dem Parteitag erklärt, sich mit Otto Bauer dort zu finden, wo „der meint, daß es unsere Aufgabe ist, die demokratische Form mit dem Inhalt des Sozialismus zu erfüllen".Kreiskys wiederholte und vorsichtige Verbeugungen vor dem Austromarxismus beeindrucken den alten Parteimahner Josef Hindels, der sich an die „besten Traditionen der alten Sozialdemokratie und den Geist des Austromarxismus" erinnert sieht. Aber die SP hat gerade auf dem Parteitag gezeigt, daß sie die Zeit für weitertreibende Reformen nicht geeignet hält. Denn, so Kreisky, „wir wissen auch, daß jene Gläubigkeit an die Verwirklichung des Sozialismus durch Reformen sich eine deutliche Differenzierung und Modifizierung hat gefallen lassen müssen". Das ist wohl auch die eigentliche Differenz zwischen den Ansätzen einer internen Opposition, hauptsächlich vertreten durch SJ und VSSTÖ, und der Parteiführung. Diese verlangten eine Politik, die sich weniger an Wechselwähler, d.h. Mittelschichten orientiert, sondern vielmehr reformfreudiger, initiativer in den Betrieben, in schulischen, militärischen etc. Bereichen darstellt. Doch heute hat die SP in ihrer überwiegenden Mehrheit noch kein Verständnis für eine derartige Änderung ihrer Politik. Nirgend wo ist sie auch nur ansatzweise gefährdet, wirksam von links überholt zu werden. Sie hat es absolut nicht notwendig, Trümpfe, wie z.B. in Form von linksdemagogischen und wortradikalen Abdekkungsversuchen gegenüber einer eventuellen Linksentwicklung innerhalb der Arbeiterklasse auszuspielen. Deswegen ist es auch kein Wunder, wenn diese Kritik auf dem Parteitag auf kein Echo gestossen ist. Es rundet dieses Bild nur ab, daß SJ-Bundesvorsitzender J.Cap mit der geringsten Stimmenanzahl von allen, mit 338 von 487 abgegebenen Stimmen, in den Bundesparteivorstand gewählt wurde.

Unruhe im allgemeinsten Sinn des Wortes möchte die SP vermeiden. Kreisky spricht vage, unverbindlich und nebulos davon, „in den nächsten Jahren und Jahrzehnten Fragen der Wirtschaftsdemokratie zu aktualisieren", ohne näher auf diese kryptische Formel einzugehen. Der Entwurf zum Mediengesetz wird noch einmal überdacht, nachdem 350 bürgerliche Journalisten eine Protesterklärung unterzeichneten. Der Entwurf für ein neues Mietengesetz wird nun nach heftigen Angriffen der Hausbesitzer und Unternehmerverbände von einer Ministerkommission eingehend begutachtet werden. So sind selbst die wenigen Reformansätze noch keineswegs Realität, sondern vielmehr Verhandlungsgrundlagen der SP mit den bürgerlichen Interessengruppen.
Wie nimmt sich doch diese unnachahmliche ‚Geschmeidigkeit' der österreichischen Sozialdemokratie angesichts dieser Verhaltensweisen aus, stellt man ihr ihre so typische wie historische Kraftprotzerei gegenüber: „Da diese Parteien (ÖVP und FPÖ, Anm.d.Red.) keine geistige Herausforderung darstellen, müssen die Sozialdemokraten ihre Politik noch stärker an den eigenen Grundsätzen messen." Die Erbarmungswürdigkeit sozialdemokratischer Grundsätze schimmert uns entgegen!

Die Rufer in der Wüste – Ermahnungen von oben

Trotz aller Selbstbeweihräucherung wurden auch Stimmen laut, die ein gewisses Unbehagen an der Sattheit eigener Parteifunktionäre ausdrückten. K.Birzele, Delegierter der Kinderfreunde Steiermark, kritisierte, daß sich in der SP „verderbliches Upper-Class-Denken" und persönliches Gewinnstreben breit mache. Klubobmann Fischer versicherte, „die SPÖ sei nicht blind für die Gefahr eines bloßen Hineinwachsens in das System". Hindels sprach sich gegen den Konservativismus in der Partei aus. Doch es wäre kein SP-Parteitag, würden solche Klagen, die auf die Dauer zu inhaltslosen Ritualen erstarren, nicht aufkommen.

Breiteren Raum nahmen die Probleme der SP mit ihrem Zentralorgan der ‚Arbeiter-Zeitung' ein. Weder die Verbreitung der ‚AZ' noch daraus hervorgehend die finanzielle Belastung der Partei stünden in Verhältnis zu ihrer Stärke. „Würde jeder Funktionär der SPÖ im Raum von Wien und Niederösterreich tatsächlich die AZ lesen, gäbe es überhaupt keine finanziellen Sorgen mit der Arbeiter-Zeitung". Zentralsekretär Blecha wiederum krempelt sich die Ärmel hoch: „ Es sei unvorstellbar, würde eine Bewegung, der sich 2,3 Millionen Menschen als Wähler, 700.000 Menschen als Mitglieder und 70.000 als Vertrauenspersonen verbunden fühlen, nicht genügend politisches Interesse aufbringen, um eine große politische Tageszeitung nicht nur am Leben zu erhalten, sondern ihr auch eine breite gesunde Basis zu ermöglichen". (AZ, 16.11.1979) Trotz dieser imposanten Zahlen bleibt es mehr als fraglich, ob diese Ermahnungen auch Ergebnisse zeitigen werden.

Das gleiche Fragezeichen muß auch **hinter** die Forderungen und Ankündigungen mehrere Delegierter gesetzt werden, einen Dialog mit Alternativgruppen, Bürgerinitiativen, Grünen, Naturschützern und Atomkraftgegnern anzustreben.
Die Entwicklung in der Bundesrepublik ist für die SP eine ausreichende Warnung. Allzu leicht nämlich könnten von dieser Seite potentielle SP-Wähler von zukünftigen Alternativströmungen umworben und von der SP losgelöst werden. Der Parteitag möchte sich in dieser Thematik auf kein Risiko einlassen oder wie Blecha es abwägend formuliert: „Es könnte sein, daß wir hier den Anfang einer neuen Bewegung erleben..." Klubobmann Fischer schlägt in die gleiche Kerbe: „Wir werden auch Fragen der Ökologie im weitesten Sinne des Wortes nicht vernachlässigen oder warten, bis sich Grüne Listen ihrer annehmen...' . Doch die Zweideutigkeit der Partei in Sachen Atomkraftwerke – so wurde auf dem Parteitag ein Antrag, die Atomsperrklausel in das Parteiprogramm aufzunehmen, abgelehnt – könnte einen Strich durch diese Rechnung machen.

Ebenso bleibt abzuwarten, ob die Alternativbewegungen tatsächlich eine ähnliche Stärke wie in der BRD erreichen und so Schritte der SP in diese Richtung notwendig machen werden. Denn schließlich kann hinter diesem offen gezeigten Interesse der SP an solchen Problemkreisen primär ihr Interesse am Halten ihrer 51,04% Wählerstimmen vermutet werden.

Der österreichische Weg – international

Das einzig Herausragende auf diesem Parteitag muß in der verstärkten Behandlung internationaler Fragen wie auch in dem demonstrativen Bekenntnis zur Politik der ‚Sozialistischen Internationale' als dritte Kraft gesehen werden. Die zentrale Forderung, die speziell Kreisky in diesem Zusammenhang erhob, war unüberhörbar. Die SI müsse sich stärker als bisher in internationale „Bewährungsproben" einbringen. Es bestehe „das Bedürfnis nach einer dritten politischen Kraft – nach einer politischen Kraft, deren Grundpfeiler Freiheit und soziale Gerechtigkeit, Humanität und Solidarität sind".Die zunehmende Isolation des US-Imperialismus,seine offenliegende Schwäche,erfordern in zunehmenden Maße einen Verhandlungspartner mit den Ländern der „Dritten Welt", der sich gegenüber den Befreiungsbewegungen und dem sozialen Elend der Völker nicht so offensichtlich exponiert und diskreditiert hat. Kreisky kommt mit seiner Vorstellung der Kooperation statt Konfrontation dem internationalen Kräfteverhältnis sehr nahe. Denn dort, wo die Kanonenbootpolitik ihr Ende findet, bedarf es der Diplomatie, der Verhandlungen, der faulen Kompromisse, die zu erzielen, ja auch eine Spezialität der sozialdemokratischen Schacherpolitik ist. Und eben in dieser Situation befindet **sich** die kapitalistische Welt zu einem Großteil heute. Die Industriestaaten sollten sich, nach Kreisky zusammenschliessen und den Entwicklungsländern bei der Errichtung ihrer Infrastruktur helfen, sodaß sie in „steigendem Masse' zu einem gleichwertigen Partner werden. „Nur so wird es übrigens möglich sein, gewaltige, brachliegende Kapitalien in den Ölländern zusätzlich zu mobilisieren, wird es möglich sein, die großen Produktionskapazitäten, über die wir in den Industriestaaten verfügen, auch ausnutzen zu können."

Der „österreichische Weg" steht vor seiner grossen Chance, ein international anerkannter Exportartikel zu werden. Die ersten Breschen sind geschlagen; die ‚Sozialistische Internationale' hat sich „den Weg nach Afrika und Lateinamerika geöffnet' . 42 Parteien sind ihr als Mitglieder angeschlossen. Weitere 15 Parteien nehmen als Beobachter teil. Und auch die Initiativen Kreiskys zum Palästina-Problem sind sicherlich mehr als die Initiativen eines Mannes mit „Erfahrungen, Weltblick und Menschlichkeit" (Willy Brandt über Kreisky am Parteitag). Die SI beginnt sich international immer stärker als Sachverwalter und Co-Partner des Kapitals in den Vordergrund zu schieben. Und Willy Brandt formulierte auch aufrichtig Beweggrund und Ziel dieser neuen Entwicklung: „Eine neue internationale Ordnung unter maßgeblicher Mitwirkung der sozialdemokratischen Parteien ist notwendig, um in der Welt nicht Chaos und Zerstörung entstehen zu lassen."

Es war und kam nicht zufällig, daß der Schwerpunkt des 25. Parteitages der SPÖ auf den internationalen Fragen lag. Von der Situation Österreichs aus gesehen entsprach diese Prioritätssetzung der Erstarrung der politischen Landschaft. Die SPÖ

zeigt sich weder willens noch fähig, Initiativen zu setzen, die über die Verwaltung des österreichischen Kapitalismus hinausgehen und als Kampfansage an die marktwirtschaftlichen Grundlagen verstanden werden können. Und die wenigen Reformbestrebungen (Mietrecht, Medienrecht, Schulreform) können nicht darüber hinwegtäuschen – eher verstärken sie diesen Zug – daß sich die SPÖ rechts von den meisten europäischen Sozialdemokratien bewegt. Die Erstarrung der politischen Landschaft in Österreich hat auch zu einer Erstarrung der SP geführt. Der 25. Parteitag hat diese Entwicklung nur bestätigt.

Die Opposition ist ratlos

Die traditionellen Parteien der Bourgeoisie, ÖVP und FPÖ, sind von der auf ihrem Höhepunkt stehenden SP regelrecht an die Wand gedrückt. Beide spekulierten bis kurz vor den Nationalratswahlen im Oktober mit einer wachsenden Polarisierung innerhalb der Bevölkerung, die es ihnen erlaubt hätte, Teile der Mittelschichten zurückzugewinnen und die SP entweder von der Regierung zu verdrängen oder die Regierungsgewalt mit ihr gemeinsam auszuüben.

Die ‚Aktion Leben', der Frächterstreik, das AK-Gesetz, die Wahl Bachers zum Generalintendanten des ORF – all das schien den Plänen dieser Partei für eine Regierungsumbildung entgegenzukommen. Weite Teile der Mittelschichten haben jedoch entsprechend ihrer Situation den anderen Weg eingeschlagen. Nicht Verlorenes zurückgewinnen, sondern „Erreichtes bewahren" war ihr Hauptanliegen. Ihr Bedürfnis nach Ruhe und Sicherheit richtete sich so gegen die traditionellen Ordnungsparteien.

Die ÖVP ‚erneuert' sich

Die ÖVP hat auf diese geänderte Situation einigermaßen prompt reagiert. Nach der Wahlniederlage signalisierte der Wechsel des Parteivorsitzenden auch eine Änderung der Linie. Der abtretende, vom Wirtschaftsbund unterstützte Obmann Taus wurde nun durch den ÖAAB-Vorsitzenden Mock abgelöst. Damit ging auch die klare Linie einer radikaleren Vertretung des Kleinbürgertums gegen SP und gegen die Arbeiterbewegung verloren. Die ÖVP ist seither in Reform. Doch ihr Dilemma kennt sie selber nur allzu gut und sie weiß, daß sie es nicht umgehen kann. 4/5 der Regierungsmaßnahmen, so drückte es ein ÖVP-Funktionär aus, wären auch von einer ÖVP-(Regierung) getroffen worden. Nur das letzte Fünftel – Medien- und Mietrecht, Schulreform – stoße auf Widerstand seitens der VP. Die ÖVP muß sich heute mit der Rolle des Beobachters begnügen. Solange es der SP möglich ist, aufgrund der wirtschaftlich günstigeren Situation verschiedene, einander widerstreitende Interessen auf sich und in sich zu vereinen, solange wird jede ‚Erneuerung' der ÖVP fortlaufend eine Karrikatur auf die vorhergehende sein. Selbstverständlich bedeutet der Kurswechsel der ÖVP nun nicht, wie es in den Medien suggeriert wurde, eine verstärkte Ausrichtung auf die Arbeiter und Angestellten. Es ist vielmehr der Versuch, der Ablehnung der Betonung christlich-konservativer Grundsätze in Form von Wahlverhalten eines Teiles des Kleinbürgertums Rechnung zu tragen.

Die VP als Gesamtpartei tritt leiser auf. Auch wenn ihr reaktionärster Flügel, vertreten z.B. in der Person des Ärztekammerpräsidenten Piaty, warnend auf die Einhaltung ehtischer Grundwerte wie Familie, christliche Lehre etc. besteht. Dem Pragmatismus der Sozialdemokratie tritt nun wieder in verstärktem Maße der Pragmatismus der VP gegenüber, die ja z.B. in Wien bezeichnenderweise gegen die Tariferhöhungen auftritt.

Die FPÖ – wohin?

Wesentlich klarer vollzieht sich die Diskussion in der FPÖ. Sie besitzt wesentlich mehr Handlungsfreiheit als die VP, ist doch ihre Politik fast ausschließlich auf den Mittelstand ausgerichtet. Mit dem Grazer Bürgermeister Götz an der Spitze vollzog sie ganz klar eine Wende nach rechts. Sie war der Ausdruck der schon erwähnten vorübergehenden Radikalisierung von kleinbürgerlichen Schichten. Götz beendet den ‚weichen' Kurs seiner Partei gegenüber der Regierungspartei „Attackieren statt Arrangieren" hieß die Leitlinie der FP. Die SP wurde damit zum primären Gegner erklärt. Götz machte kein Hehl aus seiner arbeiterfeindlichen Gesinnung. Als Grazer Bürgermeister war und ist er initiativ im Abbau von Sozialleistungen, war und ist er Meister in Einsparungen auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung.

Die heutige Situation der bedingungslosen Dominanz der SP erschüttert aber auch die FP. Der um Götz gescharte rechte Flügel steuerte eine rechte Sammlungsbewegung an. Doch die Stärke der SP läßt den ‚liberalen' Flügel, der gegen eine Zusammenarbeit mit ihr nicht sehr viel einzuwenden hat, wieder Boden in der FP gewinnen. Götz' Versuch diese Opposition auszuschalten, hatte nur teilweise Erfolg. Immerhin faßten die 2 Flügel in der FP einmütig den Beschluß, die SP mehr als die VP zu attackieren. Die objektive Situation jedoch gibt auch der FP kaum Möglichkeiten eines breiteren Aktionsfeldes. Solange keine Bewegung in die Beziehungen der Klassen untereinander kommt, steht sie vor den gleichen, in ihrer Situation nicht weniger unlösbaren Problemen, wie die VP.

Wenn die Bourgeoisie ihre traditionellen Parteien heute in einem unbrauchbaren Zustand vorfindet, so ist dafür zu allererst die aktuelle Situation des österreichischen Kapitalismus ausschlaggebend. Nichts wäre falscher, als diesen Zustand allein auf die SP zurückzuführen bzw. von der Politik der SP abzuleiten. Es ist klar. Die soziale Befriedung kann schlagartig abgelöst werden durch ein Aufbrechen der erstarrten und verkrusteten Strukturen der Gesellschaft. Und darin sind zum Teil auch die Hoffnungen von VP und FP gelegen, denen nichts wünschenswerter sein kann als ein Aufbruch der Mittelschichten nach rechts ähnlich wie vor einem Jahr. Und eines hat sich damals sehr klar und deutlich gezeigt: Die Sozialdemokratie wird von sich aus nichts unternehmen, um ihre Basis, um die Betriebe zu mobilisieren...

Antifaschismus: Kampf oder Krampf...

„Provokant und auf die Spaltung der breiten Aktionseinheit ausgerichtet war einmal mehr die Haltung der Ultralinken. Ob nun die sogenannte ‚IKL', die ganz im Interesse der Neonazis(!) gegen deren Verbot wettert, ob die reaktionären Maoisten: Hauptfeind ist der KSV." (aus einem KSV-Flugblatt, das nach der Anti-Burger-Kundgebung verteilt wurde)

Wut kommt einem hoch, hatten wir in unserem Flugblatt angesichts jener ‚antifaschistischen' Sattheit geschrieben, die Salzburg und Linz selbstgenügsam als „Erfolg" ausgab. Daß jedoch auch Satte gehäßig werden können, wenn ihnen jemand auf die Zehen tritt, beweist der KSV mit seinem Flugblatt, aus dem wir oben eine bezeichnende Stelle zitiert haben. Er kann es offensichtlich nicht leicht verkraften, daß sich währen ‚seiner' so ‚vorbildlich' organisierten Kundgebung gegen die Burger-Veranstaltung in der Strozzigasse spontan ein Demonstrationszug aus Antifaschisten formiert hatte, in dem er und seine antifaschistische Politik keine große Rolle mehr gespielt haben. Rund 200 Antifaschisten marschierten Richtung Herrengasse (zum Innenministerium), und während die KPÖ/KSV-Funktionäre mit feierabendlicher Stimme die Anti-Burger-Kundgebung in der Strozzigasse für beendet erklärten, erschallten am Ring, vor der Uni und bei der Oper immer wieder die Rufe, die zum Kampf gegen den Faschismus aufforderten. Die Maoisten werden sich zwar schon selber gegen die Anwürfe der Baier & Co zur Wehr setzen, aber auch wir können versichern, daß es die Genossen Maoisten waren, die es auf dieser nicht angemeldeten Demo (für KP-Funktionäre an sich schon eine unvorstellbare Sache) hin und wieder versucht haben, das ganze Streben der Antifaschisten darauf auszurichten, daß Lanc und Reidinger die NDP samt deren Burger verbieten. Nur, so richtig durchdringen konnten sie eigentlich nicht.

Der KPÖ-Tradition widersprach ebenso der Abschluß der Demonstration. In der Herrengasse – vor dem Innenministerium hatte die Polizei, routiniert wie sie nun schon ist, eine Doppelkette gezogen – stand den Antifaschisten und antifaschistischen Organisationen ein Megaphon zur Verfügung. Zuerst empörte sich ein FÖJ-Vertreter eindrucksvoll über das Verhalten der Polizei, deren Aufgabe es seiner Meinung nach ja gewesen wäre, nicht uns, sondern die Nazis zu attackieren, um zum Schluß erst recht wieder die Polizei aufzufordern, das nächste Mal „ihrer Pflicht" nachzukommen. Wir meinten nach ihm, daß den Antifaschisten das aggressive Verhalten der Polizei, daß uns Salzburg und Linz eine Lehre sein sollten und wir uns von den bürgerlichen Institutionen nichts erwarten dürften. Der Kampf gegen den Faschismus sei die Angelegenheit der Antifaschisten, nicht das Verbot dürfe unsere Forderung sein, sondern die Organisierung des selbständigen Kampfes.

Niemand kam da auf die Idee, die IKL hätte mit diesem Statement die „breite Aktionseinheit" gespalten. Was in der Herrengasse möglich und klärend war, verlangen wir schon seit Jahren: FREIHEIT DER KRITIK UND PROPAGANDA auf der Grundlage des Kampfes gegen den Faschismus. Abschließen sprach noch ein Genosse von der GRM, der in der Hauptsache die Bedeutung der Sozialistischen und der Gewerkschaftsjugend für den antifaschistischen Kampf hervorhob.

SALZBURG – LINZ – WIEN: „Erfolgreich"?

Wir kennen die Art der KSV-Funktionäre und ihrer KPÖ, die ‚Diskussion' mit der Linken zu führen, schon zur Genüge. Wie stets bringen sie keine Argumente, sondern arbeiten mit Unterstellungen und Fälschungen. Der Zusammenhang, den sie diesmal zwischen uns und den Nazis herstellten, ist eine weitere Spitze des ständigen Auf und Ab ihrer Lügen gegen die ‚Ultralinken'. Doch ist es aufgrund der letzten Ereignisse besonders leicht, alleine die Realität ‚sprechen' zu lassen, um die KPÖ/KSV zu widerlegen.

Die Rechnung des KSV ist klar: Je höher die Anzahl der versammelten Antifaschisten ist, desto größer sei der Erfolg. Alles andere, was da rundherum passiert ist, hat nichts mit der Sache zu tun. Bestenfalls wird darüber gejammert, nie jedoch werden die nötigen Konsequenzen gezogen: daß die Polizei schon wieder nicht ..., die Lanc, Reidinger, König und Konsorten wieder ‚taub' waren, und Faschisten schon wieder geschlägert und Antifaschisten verletzt haben. Genau darüber berichteten wir in unserem Flugblatt zur Anti-Burger-Kundgebung in Wien – wie sich die Salzburger Polizeidirektion zuerst keinen Furz um die Verbotsforderungen gekümmert hatte, wie etwa 10 ANR-Schläger mit Knüppeln, Feuerlöschern und Nazihelmen ausgerüstet in die Salzburger antifaschistische Kundgebung hineinstürmten und mehrere Personen verletzten. Darüber, wie die wenigen Nazis, die etwas später von der Polizei festgenommen worden waren, kurze Zeit nachher wieder freigelassen wurden, was sie dazu benützten, einen neuerlichen Überfall auf Antifaschisten zu unternehmen. In Linz prügelte die Polizei ebenfalls auf die Antifaschisten ein. „Verdammt noch einmal, diese antifaschistischen ‚Initiatoren' sollen doch endlich einmal wirklich zu den Ereignissen in Linz und Salzburg Stellung nehmen ..." Der KSV hat dies nun getan: Die IKL handle im Interesse der Neonazis ...

Der KSV schreibt, daß wir gegen das Verbot der Naziorganisationen „wettern". Da ist eine Kleinigkeit, die wir hier anmerken wollen. Wir wenden uns in der Tat vehement dagegen, daß die Antifaschisten ihre Aktionen darauf ausrichten, der bürgerliche Staat solle etwas gegen die Nazis tun. Andererseits würden wir sicherlich keine Gegenkampagne starten, wenn Lanc die NDP wirklich verbieten ließe. Nur kämen wir dabei nicht ohne den Hinweis aus – und da soll uns der KSV erst einmal das Gegenteil beweisen – daß solches noch nie die Entwicklung der Nazis ernsthaft behindert hat.

Was die gesetzestreuen Antifaschisten nicht verstehen oder verstehen wollen – ob sie nun den ‚Kampf' gemeinsam mit dem bürgerlichen Gesetz und Staat ‚tierisch' ernst nehmen (wie die KPÖ) oder die Verbotsforderung nur zum 'Drüberstreuen' verwenden (wie z.B. die GRM) –, ist auf der einen Seite der Zusammenhang zwischen der Verbotslogik und der Tatsache, daß wir bis zum heutigen Tage den Nazis keine wirkliche Niederlage zufügen konnten. Als zweites kapieren sie nicht die ‚Mechanik' des bürgerlichen Staates, der derart ‚demokratisch' ist, daß er es nicht bloß bei der Tolerierung der Rechtsextremen sein läßt.

Hinter dem Betteln nach dem Verbot steht ganz wesentlich der Apparat der KPÖ, und ihr geben wir tatsächlich eine Hauptschuld an der Stagnation des antifaschistischen Kampfes der letzten Jahre. Sie holt stets die Polizei zu den antifaschistischen Kundgebungen, um diese anzuflennen, um so von vornherein eine Niederlage der Nazis zu verhindern. Sie wiegelt die Wut der Antifaschisten ab, verhindert einen gemeinsamen Selbstschutz aller Antifaschisten – ihre Ordner traten schon des öfteren einer Ausweitung der Auseinandersetzungen entgegen, obwohl, weil die Polizei nicht rechtzeitig zur Stelle gewesen war, den Faschisten eine empfindliche Niederlage zugefügt hätte werden können. Das Fehlen einer gemeinsamen, gut ausgerüsteten Ordnertruppe in Salzburg hat ja erst die Aktion der Nazis möglich gemacht.

Trotz unserer unversöhnlichen Kritik am antifaschistischen Kretinismus der KPÖ unterscheiden wir zwischen ihr und den Nazis. Es ist die Linie zwischen der Arbeiterbewegung und den nazistischen Bürgersöhnchen, die wir hier ziehen. Mit den KSV-Genoss(inn)en wollen wir diskutieren und einen gemeinsamen Kampf führen, die Nazis wollen wir hingegen zertrümmern. Indes, darüber lügt der KSV ebenfalls, um uns umso leichter in den Geruch der Faschisten zu bringen.

Die Verbotsforderung bedeutet, die Vernichtung des Rechtsextremismus an den bürgerlichen Staat zu delegieren. Sie beinhaltet die Logik, daß die Antifaschisten auf dessen Eingreifen warten sollen, wodurch sie letztlich zur Passivität verurteilt sind. Wir dürfen nicht vergessen, daß die klassenkämpferischen Traditionen in Österreich weitestgehend verschüttet sind und das Bewußtsein gegen den Klassenstaat erst wieder geschaffen werden muß. Die Verbotsforderung tut das genaue Gegenteil.

Man sollte dabei nicht vergessen, daß der Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht nur das Verschwinden der NDP zum Ziele haben kann. Sie ist bloß die ‚Spitze eines Eisberges'. Burgers Beziehungen in die FPÖ, die Existenz der großen rechten Massenorganisationen in Österreich, etwa des ‚Kärntner Heimatdienstes' oder des ‚Österreichischen Kameradschaftsbundes' hat Bedeutung, die unmittelbar in den bürgerlichen Staat hineinreicht. Polizei, Heer, Justiz u.a. sind mit rechten Sympathisanten durchsetzt, an die auch die Rechtsextremen herankommen. Und die Sozialdemokratie besitzt nicht den Charakter, dagegen ernsthaft anzugehen. Sie buhlt genauso um die Stimmen der Rechten, die Kärntner SP-Landesregierung richtet sich teilweise nach der Politik des ‚KHD' und selbst der Innenminister der ‚Republik Österreich' Lanc zog auf die Intervention des ‚KHD' hin sein eigenes Vorwort in der antifaschistischen Broschüre „Rechtsextremismus in Österreich" zurück.

Darüber, und über vieles mehr, gilt es aufzuklären und aufzuzeigen, wie absurd es ist, auf diese Konstellationen Druck ausüben zu wollen, damit sie ihre Einstellung ändern. Ein solcher Druck müßte in der Tat gewaltig sein, so gewaltig, daß er eigentlich auf sich alleine gestellt dafür ausreichte, die Nazis zu schlagen. Auf weitere Sicht kann gesagt werden, daß es tatsächlich nur eine kämpfende Arbeiterklasse sein kann, die dem Faschismus den endgültigen Garaus bereiten wird. Etwaige Maßnahmen des bürgerlichen Staates und der SP-Bürokratie werden allenfalls das ‚Nebenprodukt' des Klassenkampfes sein. Mißtrauen ist heute angebracht und wird es auch ‚morgen' sein.

Ist es nach all dem denn so schwer zu verstehen, daß die Verbotsforderung keine Parole zur Mobilisierung der Antifaschisten sein kann? Nicht bloß ‚einlenken' und sagen: Wir nehmen sie ohnehin nicht so ernst und stellen sie nur „so nebenbei" auf. Ganz klar muß auf ihren Inhalt eingegangen werden: WER DEM VERBOT DER NAZIS NACHLÄUFT, SCHWÄCHT DEN ANTIFASCHISTISCHEN KAMPF!

KSV: DIE IKL SPALTET DIE „BREITE AKTIONSEINHEIT"

Die Aktionseinheitssitzungen vor antifaschistischen Kundgebungen laufen stets nach dem gleichen Schema ab. Wenn SJ - und Gewerkschaftsjugendfunktionäre dabei sind, kommt noch eine weitere Variante hinzu: In unüberbietbarer Präpotenz pflegen sie dann häufig in ihre Statements einzuflechten, daß „hinter" ihnen „30 000 Arbeiterjugendliche" stünden – bloß eine Mobilisierung, auch nur eines Teils davon, brächten sie „in so kurzer Zeit" nicht zustande. Ja,ja, die großen Organisationen sind eben schwerfälliger. Die antifaschistische Runde nickt verständig mit dem Kopf.

Das sonstige Schema ist folgendes: Die ‚besonnenen' Antifaschisten (das sind jene, die angesichts der Nazischläger und der Polizei immer zur „Besonnenheit" ermahnen) rufen zur „Einheit" auf, wollen dann jeden ausschließen, der ihre Verbotslogik nicht anhimmelt, um weiters jede Flugblattverteilung und jeden Zeitungsverkauf – aus der ihrigen selbstverständlich – zu verbieten. Wirklich, im Verbieten sind sie große ‚Klasse'! Diesmal folgte auf dieses Ritual, dem wir uns natürlich widersetzten, eine ca. einstündige Diskussion, was in der Erklärung an Innenminister Lanc zu stehen habe – zur Debatte um einen Ordnerdienst kamen sie nicht mehr ...

Das Urteil, wer da die Spalter sind, haben wir schon einige Male unseren Lesern überlassen. Wie immer traten wir dafür ein, daß nur der Kampf gegen den Faschismus die Grundlage der Aktionseinheit sein könne und darüber hinaus volle Freiheit der Kritik und Propaganda bestehen müsse. Also: „GEGEN DIE BURGER-WAHLVERANSTALTUNG", „NIEDER MIT DER NDP-BURGER-WAHLKAMPAGNE" und ‚ KAMPF DEM FASCHISMUS". Wir warnten vor der Resignation, die sich in der letzten Zeit im antifaschistischen Milieu bemerkbar machte, weil eben stundenlanges Herumstehen gegenüber den, von der Polizei geschützten, Nazis, ohne wirklich etwas gegen sie unternehmen zu können, und dann noch von Polizei und Nazis Prügel zu bekommen, während die ‚besonnenen' Führer um für Ruhe und Ordnung sorgen, dem antifaschistischen Kampf nicht gerade Auftrieb verleiht. Wir forderten die Organisierung einer gemeinsamen Ordnertruppe, die sich gegen die Nazis zu wehren weiß, und auch, wenn möglich und notwendig, offensiv gegen den braunen Mob vorzugehen bereit und fähig ist. Doch die antifaschistische ‚Runde' hatte ‚Besseres' zu tun (nur die GRM-Vertreterinnen urgierten in die gleiche Richtung): sie begannen um ‚Helsinki' zu streiten, weil der KSV unbedingt ‚seinen' Frieden samt Entspannung von den Nazis bedroht sah. Ab diesem Zeitpunkt waren eigentlich nur mehr die Anstrengungen von KBÖ und GRM bemerkenswert, Baier zum Schweigen zu bringen. Gegen die Flut von Verbotsforderungen hatten sie beide nichts einzuwenden gehabt, ‚Helsinki' hätte jedoch selbst sie aus den 'Rennen' um ein gemeinsames Flugblatt geworfen – was schließlich auch geschah.

FÜR DEN SELBSTÄNDIGEN KAMPF DER ANTIFASCHISTEN, ANTIFASCHISTISCHE PROPAGANDA IN DER ARBEITERKLASSE UND UNTER DEN ARBEITERJUGENDLICHEN!

Wir dürfen die faschistischen Keime nicht ungehindert sich entwickeln lassen. Wir müssen ihre Infrastruktur, ihren technischen, organisatorischen und militärischen Apparat erkunden und es ihnen so weit wie möglich schwer machen, sich materiell und physisch zu stärken. Die Nazis prügeln und fotographieren für ihre Archive. Das muß wirkungsvoll unterbunden werden, was mit noch so lautem Schreien nicht zu erreichen sein wird. Doch können die Antifaschisten mit ihren bescheidenen Mitteln die faschistischen Zellen nicht vollständig ausrotten. Dies kann nur eine aktive Arbeiterklasse erreichen. Die Antifaschisten müssen jede Anstrengung unternehmen, die Arbeiter und Arbeiterjugendlichen durch Aufklärung und Propaganda in diesen Kampf miteinzubeziehen.

●●●

ARGENTINIEN

Die argentinische Militärregierung hat durch eine Neuordnung des Gewerkschaftswesens die politische Macht der Arbeitnehmervertretung drastisch eingeschränkt und die einflußreiche ‚peronistische Gewerkschaftszentrale CGT aufgelöst.

Das von Staatschef General Jorge Videla bekanntgegebene Gesetz untersagt den Gewerkschaften jede politische Aktivität, sowie die Sammlung von Spenden und die Verwaltung von Gewerkschaftsgeldern und gewerkschaftlichen Sozialwerken. Gewerkschaften dürfen künftig „weder direkt noch indirekt Parteien, Kandidaten oder andere, politisch tätige Personen" unterstützen. Das Gewerkschaftskapital muß unter Kontrolle des Arbeitsministeriums bei staatlichen Banken deponiert werden. Den Gewerkschaften ist ferner verboten, „irgendwelche Hilfe oder Unterstützung von Unternehmern (?), argentinischen oder ausländischen Gewerkschaften und Parteien" anzunehmen. Dadurch will die Junta die internationale Solidarität unterbinden. Außerdem werden nur noch regionale Arbeitnehmerorganisationen anerkannt, nicht jedoch landesweite Gewerkschaften.

Die ‚peronistische' Gewerkschaftsleitung versucht gegen diese neuen Bestimmungen einen Generalstreik zu mobilisieren. Trotz der reformistischen Politik dieser Gewerkschaften ist internationale Solidarität notwendig!

Vor vierzig Jahren: Pakt zwischen Stalin und Hitler

Vor 40 Jahren, am 23. August 1939, schloß die Sowjetunion mit dem faschistischen Deutschland einen Nichtangriffspakt ab. Die Nachricht vom Pakt zwischen der Sowjetunion, die seit vielen Jahren den Kampf gegen den Faschismus als zentrale Frage ihrer Außenpolitik angesehen hatte, schlug in der Weltöffentlichkeit wie eine Bombe ein. Selbst die in der Kommunistischen Internationale vereinigten kommunistischen Parteien wurden vom Hitler/Stalin-Pakt völlig überrascht und zu geradezu grotesken ideologischen Sprüngen gezwungen , um einerseits die bisherige antifaschistische Propaganda im Rahmen der Volksfrontpolitik als durchaus richtig, andererseits aber die nun folgende 180 Grad Kehrtwendung mit dem Hauptstoß gegen die „Kriegstreiber England und Frankreich" und die wohlwollende Billigung der faschistischen Operationen als durchaus ebenso richtig erscheinen zu lassen. Bevor wir uns den theoretischen Kraftakten widmen, mit denen die Außenpolitik der stalinistischen Sowjetunion von den einzelnen kommunistischen Parteien verteidigt wurde, wollen wir uns die vorangegangene Politik der Kommunistischen Internationale gegenüber dem Faschismus noch einmal ins Gedächtnis rufen.

1.Die Politik der Komintern gegenüber dem Faschismus bis 1939

Die KPD als in Deutschland tätige Agentur der sowjetischen Außenpolitik leitete in den Jahren 1930 bis 1933 ihre praktische Politik aus der **Sozialfaschismustheorie** her, die in ihren Kernpunkten behauptete: „Der Faschismus ist die Kampforganisation der Bourgeoisie, die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützt. Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus...Diese Organisationen schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern ergänzen einander. Es sind nicht Antipoden, sondern Zwillinge." (1)

Die von der linken Opposition der KPD (Trotzkisten) immer wieder geforderte Einheitsfront zwischen KPD und SPD als einzige Möglichkeit, die faschistische Gefahr zu erschlagen, wurde von den „Theoretikern" der Komintern als verbrecherisch zurückgewiesen: „Auf die Frage in seiner Broschüre ‚Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?' gibt Trotzki immer nur die eine Antwort: ‚Die KPD muß mit der SPD einen Block bilden...Das ist die Theorie eines völlig verlorenen und konterrevolutionären Faschisten. Diese Theorie ist die schlimmste , gefährlichste und verbrecherischste Theorie, die Trotzki in den letzten Jahren seiner konterrevolutionären Propaganda aufgestellt hat." (2)

Die KPD richtete „entsprechend den Beschlüssen des 11.Plenums den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie" (3) und zwar auf allen Ebenen. In der Betriebsarbeit forderte die KPD „verjagt die Sozialfaschisten aus den Funktionen in Betrieb und Gewerkschaft" , die Junge Garde verlangte „vertreibt die Sozialfaschisten aus den Betrieben, den Arbeitsnachweisen, aus den Berufschulen". Und schließlich heißt es in der ‚Trommel': „Schlagt die kleinen Zörgiebels aus den Schulen und Spielplätzen". (4)

Die ultralinke Phase der Kominternpolitik, in der die KPD die historische Schuld auf sich lud, die Machtergreifung des Faschismus durch ihre verbrecherische Politik mitverschuldet zu haben, wurde auf dem VII.Weltkongreß der Komintern 1935 hin zur VOLKSFRONTPOLITIK „korrigiert". Von nun an sollten alle liberalen, christlichen und kleinbürgerlichen Kräfte und Parteien zu einem breiten, antifaschistischen Bündnis vereinigt werden.

Über die verhängnisvollen Illusionen und das Scheitern aller Volksfrontbündnisse in Frankreich und Spanien 1936 bis hin zur Volksfront Allendes in Chile ist schon genügend geschrieben worden (5). Ein besonders unglaubliches und weithin unbekanntes Beispiel stalinistischer Politik soll aber nicht unerwähnt bleiben: Die KP Italiens richtete 1936 einen „Aufruf an das italienische Volk", in dem die wirtschaftlichen Folgen des Abessinienkrieges für Italien beklagt werden. Verantwortlich für die Misere seien eine „Handvoll Großkapitalisten", die es zu bekämpfen gelte. Nun weiß man ja, daß in Italien 1936 eine faschistische Diktatur unter Mussolini herrschte. Und wer soll nun im Bündnis mit der KP Italiens die faschistische Diktatur beseitigen? Die Faschisten selbst! Hier ist der Beweis: „Nur die brüderliche Vereinigung des Volkes Italiens durch die Wiederversöhnung zwischen Faschisten und Nichtfaschisten erzielt, wird imstande sein, die Macht der Haifische in unserem Land niederzuschlagen...Reichen wir einander die Hand, Faschisten und Kommunisten, Katholiken und Sozialisten, Menschen aller Richtungen! Reichen wir einander die Hand und marschieren wir Seite an Seite...Wir haben den gleichen Ehrgeiz: den, !talien stark, frei und glücklich zu machen." (6)

Bei dieser speziellen Variante von Volksfrontpolitik werden in das antifaschistische Bündnis offensichtlich die Faschisten selbst aufgenommen.

2.Der Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes

Als der Außenminister des faschistischen Deutschland, Ribbentrop, im August 1939 in Moskau eintraf, wurde er mit Hakenkreuzfahnen empfangen, eine Kapelle der Roten Armee spielte das Horst-Wessel-Lied. Ribbentrops Verhandlungen führten zu einem Nichtangriffspakt, in dem es u.a. hieß:

„Art.3: Die Regierungen der beiden vertragsschliessenden Teile werden künftig fortlaufend mit Konsultationen in Fühlung bleiben , um sich gegenseitig über Fragen zu informieren, die ihre gemeinsamen Interessen berühren.
Art.5: Falls Streitigkeiten oder Konflikte...entstehen sollten, würden beide Teile diese Streitigkeiten und Konflikte ausschließlich auf dem Weg freundschaftlichen Meinungsaustausches ...bereinigen." (7)

Zu dem Vertrag wurde ein geheimes Zusatzprotokoll verfaßt, das erst 1945, nach der Beschlagnahmung der Akten der Reichsregierung durch die Alliierten bekannt wurde, in dem u,a. die Aufteilung Polens bekannt wurde:

„1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebiete bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR...
2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Narew, Weichsel und San abgegrenzt.
3. Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteresse an diesen beiden Gebieten erklärt.
4. Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim gehalten." (8)

Am 23. August 1939 wurde mit dem Abschluß des Paktes das Schicksal Polens besiegelt. Eine



Das Abkommen zwischen dem faschistischen Deutschland und der stalinisierten Sowjetunion hatte weitreichende und furchtbare Auswirkungen für die Kommunistischen Parteien. Die offizielle stalinistische Propaganda lügt, wenn sie heute das Abkommen als rein taktischen Schachzug der Sowjetführung darstellt. Keine Erwähnung in dieser Propaganda finden die Unzähligen deutschen und österreichischen Kommunisten, die den deutschen Faschismus übergeben wurden (so unter anderem einer der Gründer der KPÖ, Koritschoner, der in einem Konzentrationslager den Tod fand).

Woche später erfolgte der faschistische Angriff auf Polen (am 1. September), die Kriegserklärungen Englands und Frankreichs an Deutschland erfolgten am 3. September und am 17. September fiel die Rote Armee nach Ostpolen ein und besetzte den im geheimen Zusatzprotokoll vereinbarten Teil Polens.

3.Politische Reaktionen auf den Hitler-Stalin-Pakt

In den europäischen Ländern reagierte man mit Empörung auf den Paktabschluß. Es wurde darauf hingewiesen, daß lediglich die Gefahr eines Zweifrontenkrieges Deutschland von einem seit langem drohenden Überfall auf Polen zurückgehalten habe „Stalin war der Helfershelfer Hitlers beim Überfall auf die Welt", kommentierten österreichische Sozialisten verbittert. Die allgemeine Empörung über den „Verrat" der Sowjetunion am antifaschistischen Kampf wäre bei Kenntnis des geheimen Zusatzprotokolls grenzenlos gewesen.

Die Politik der einzelnen Sektionen der Komintern ist durch eine völlig prinzipienlose und schwankende Haltung zum Pakt und zum zweiten Weltkrieg gekennzeichnet.

Die Kommunistische Partei Englands begrüßte den Pakt als einen Sieg Stalins über Chamberlain, der Hitlers Angriff auf die SU habe lenken wollen. Der nun bevorstehende faschistische Überfall auf Polen wurde propagandistisch vorbereitet: „Es ist Zeit, all die Krokodilstränen zu trocknen, die im Zeitungsviertel, im Hauptquartier der Arbeiterpartei und in Downingstreet über das kommende Schicksal Polens vergossen wurden..." (9) Noch einen Tag nach dem Überfall auf Polen wurde festgestellt, „nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Paktes zersetze sich der faschistische Block und der Friede sei besser gesichert als vorher". Nach dem Ausbruch des Weltkrieges, nach dem sich der faschistische Block einfach nicht zersetzen wollte, nahm die KP Englands eine patriotische Haltung ein und befürwortete die Vaterlandsverteidigung. Ihr Parteisprecher,Campbell, erklärte, Hitler habe den Krieg „zum Ausbruch gebracht, und die Völker Frankreichs und Englands sind entschlossen, daß dieser Krieg nur ein Ende haben darf – die Vernichtung des Faschismus."

Noch deutlicher sprach sich im September der Generalsekretär der englischen KP. Harry Pollitt, für eine Beteiligung am Krieg aus und stellte fest, daß „die kommunistische Partei diesen Krieg unterstützt, weil sie ihn für einen gerechten Krieg hält... zur Seite zu stehen, nichts als scheinrevolutionäre Phrasen zu liefern, während die faschistische Bestie durch ganz Europa tobt, wäre ein Verrat an allem, was unsere Vorfahren während langer Jahre im Kampf gegen den Kapitalismus erreicht haben." (10) Doch die gesamte Pro-Kriegs-Propaganda der englischen KP wurde Makulatur, ihre Einschätzung des gerechten Krieges gegen Hitler-Deutschland erwies sich als völlig falsch, weil nämlich das Vater land der Werktätigen am 17. September in Ostpolen einrückte. Ein Quasi-Verbündeter der SU konnte ja so böse nicht sein, und darum hieß es schon am 30. September: „Macht dem imperialistischen Krieg ein Ende". Bis zum 7. Oktober hatte die englische KP endgültig den wahren Feind und Kriegstreiber erkannt und bewegte sich nun vollends auf der Linie der Komintern. In einer Erklärung des ZK hieß es: „Die reaktionären Imperialisten Englands und Frankreichs...richten i hre Hauptschläge gegen das Volk in der Heimat...Die Verantwortung für den Krieg lag...nicht nur bei den Nazi-Aggressoren,sondern auch bei den reaktionären Regierungen Englands, Frankreichs und Polens."

Die Politik der KPD

Die KPD wurde durch den Pakt natürlich besonders betroffen. Unter den in der Illegalität kämpfenden in Gefängnissen und Konzentrationslagern inhaftierten Mitgliedern kam es zu Selbstmorden und Parteiaustritten. Die Parteiführung wurde zu gewagten „dialektischen Sprüngen" gezwungen. Noch am 24. August 1939 hatte W.Ulbricht festgestellt, Polen führe „einen gerechten Kampf...für die Verteidigung seiner nationalen Unabhängigkeit" um nur 3 Wochen später den sowjetischen Einmarsch rechtfertigen zu müssen.

Die Propaganda der KPD wurde immer mehr darauf ausgerichtet, England als den Hauptfeind anzugreifen und die antifaschistische Propaganda immer mehr abzuschwächen. So begründete im Oktober 1939 Wilhelm Florin für die KPD, warum sie sich in dieser „völlig neuen Situation" weigere, sich dem Kampf gegen Nazi-Deutschland anzuschliessen. (12)

Nach der „Korrektur" der „Einheitsfront von unten"-Politik durch die Volksfrontpolitik, wurde nun wieder einmal jegliche Einheitsfront mit sozialdemokratischen Führern oder Organisationen abgelehnt, der Vorsitzende der Komintern, Dimitroff, verlangte wieder die „Einheitsfront von unten" (13) KPD, KPÖ und KPC's veröffentlichten im November eine von Herbert Wehner überarbeitete gemeinsame Erklärung, daß es mit den Verrätern der Sozialdemokratie keine Gemeinsamkeiten mehr gebe (14). Walter Ulbricht nannte in einer Auseinandersetzung mit sozialdemokratischer Positionen (Hilferding) den englischen Imperialismus noch reaktionärer als den deutschen, ja, die reaktionärste Kraft in der Welt." (15) Damit war eindeutig geklärt, wer im 2. Weltkrieg nach Auffassung der KPD-Papageien und ihrer Formulierungshelfer in Moskau der Hauptfeind der internationalen Arbeiterklasse war. Die Sowjetunion hingegen beließ es nicht nur bei der Propaganda,sie zeigte ihre wachsenden Sympathien mit Nazi-Deutschland auch praktisch.

4.Die faschistenfreundliche Politik der Sowjetunion in den Jahren 1939-41

Wie weit die SU in ihrer Anbiederung an den deutschen Faschismus gehen würde, deutete Molotow (Außenminister) an, der mit seiner Rede auf der V.Tagung des Obersten Sowjets am 31. Oktober 1939 bei zahllosen gegen den Faschismus kämpfenden Kommunisten Fassungslosigkeit und Entsetzen auslöste. Dort hieß es unter anderem: „*Seit dem Abschluß des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes vom 23.August wurde den nicht normalen (!!) Beziehungen...zwischen der SU und Deutschland...ein Ende gesetzt. An die Stelle von Feindschaft, die von Seiten einiger europäischer Mächte in jeder Weise geschürt wurde, ...ist die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der SU und Deutschland getreten...Zweitens muß auf die Tatsache verwiesen werden, daß Polen militärisch zertrümmert worden, daß der polnische Staat zerfallen ist...Es genügte jedoch ein kurzer Schlag gegen Polen, geführt zunächst von der deutschen Armee und danach von der Roten Armee, damit von diesem mißgestalteten Geschöpf des Versailler-Vertrages, das von der Unterjochung der nicht-polnischen Nationalitäten lebte, nichts übrig blieb.*"(16)

Und damit die KPD-Genossen in den faschistischen Konzentrationslagern auch wissen, warum sie gegen den falschen Gegner gekämpft haben, erklärt ihnen dieser stalinistische Gangster, daß sich die Sprachregelungen völlig geändert haben: „*Im Zusammenhang mit diesen wichtigen Änderungen der internationalen Situation sind einige alte Formeln, von denen wir unlänst noch Gebrauch gemacht haben ...offensichtlich veraltet und heute unanwendbar... Es ist beispielsweise bekannt, daß in den letzten Monaten Begriffe wie ‚Aggression', ‚Aggressor' einen neuen konkreten Inhalt bekommen, einen neuen Sinn erlangt haben ... Wie Sie sehen, wurden die Rollen vertauscht.*"

Der Umschwung in der sowjetischen Politik war so radikal, daß es selbst die Nazis kaum glauben mochten . Der deutsche Botschafter in Moskau, von der Schulenburg, berichtete am 6. September an das Auswärtige Amt: „*Die Sowjetregierung unternimmt alles, um die Haltung der Bevölkerung gegenüber Deutschland zu ändern. Die Presse ist wie umgewandelt. Angriffe gegen die Handlungen Deutschlands haben nicht nur ganz aufgehört, sondern die Darstellung außerpolitischer Ereignisse beruht in einem bemerkenswerten Umfang auf deutschen Berichten und antideutsche Literatur wurde aus dem Buchhandel entfernt usw.*" (17)

Stellvertretend für viele von der NS-Diktatur in die SU geflohene Kommunisten berichtet Wolfgang Leonhard: „*In der Bibliothek für ausländische Literatur lagen nun statt der Emigrantenzeitungen häufig Nazi-Zeitungen aus, und manche antifaschistische Romane deutscher Emigranten waren aus der Bibliothek entfernt worden. Das Wort ‚Faschismus' kam in der Sowjetpresse überhaupt nicht mehr vor...Schon am Abend des 23. August 1939 waren in allen Lichtspielhäusern der SU die damals bekannten antifaschistischen Sowjetfilme ‚Professor Mamlock'...und ‚Familie Oppenheim' abgesetzt worden. Auch alle Theaterstücke mit antifaschistischem Inhalt verschwanden am gleichen Abend.*" (18)

Als am 9. April 1940 die deutsche Wehrmacht in einem kombinierten See-, Land- und Luftunternehmen Dänemark und Norwegen überfiel („Unternehmen Wasserübung") wurde auch diese faschistische Aggression von der SU mit wohlwollendem Verständnis aufgenommen. Schon vorher waren Hitler-Reden unkommentiert in der ‚Prawda' abgedruckt worden. Zum Überfall auf Norwegen schrieb die ‚Prawda' beifällig: „*Die Maßnahmen Deutschlands in diesem Falle waren notwendig... Heute...in scheinheiliges Wehklagen auszubrechen über die Rechtmäßgikeit oder Unrechtmäßigkeit der deutschen Operationen bedeutet nichts anderes als sich in eine lächerliche Lage zu versetzen.*" (19) Molotow erfreute von der Schulenburg mit „*Wir wünschen Deutschland für seine Verteidigungs maßnahmen(!) vollen Erfolg.*" (20) Die KP Norwegens war offensichtlich vorher über die Invasion informiert worden, denn im Gegensatz zu den Sozialdemokraten flohen sie nicht, ihr Parteibüro blieb unbehelligt, ihre Zeitung ‚Arbeideren' konnte vom 9.4. bis zum 16. August unbehindert erscheinen, was von den norwegischen Stalinisten auch gebührend honoriert wurde, indem sie den Widerstand gegen die Nazis scharf verurteilten: „*Es ist an der Zeit mit dem Freischärlerwesen Schluß zu machen, da es nur Unheil über die Zivilbevölkerung bringt...denn Deutschland führt ja Krieg gegen England und nicht gegen Norwegen. Es liegt darum im Interesse des norwegischen Volkes, diesem Widerstand ein Ende zu machen,*"(21)

Die schlimmsten Verbrechen und die größten Abweichungen von den Prinzipien kommunistischer Politik blieben aber wieder einmal der in der SU herrschenden stalinistischen Büorkratie vorbehalten. Die offen propagandistische Unterstützung des deutschen Faschismus, die Sabotierung des antifaschistischen Kampfes in den von den Nazis besetzten Ländern und die nach dem deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages (28.9.1939) begonnene massive Lieferung kriegswichtiger Rohstoffe nach Deutschland,dies alles reichte nach Auffassung der stalinistischen Führung noch nicht aus, um Deutschland von der festen Bündnistreue der SU zu

---

Moskau, 24. August 1939

Der Reichsminister des Auswärtigen erklärte bei seinem Abflug aus Moskau: Deutschland und Rußland ist es früher immer schlecht gegangen, wenn sie Feinde waren, aber gut, wenn sie Freunde waren. Gestern war ein schicksalhafter Tag für die beiden Völker. Der Führer und Stalin haben sich für die Freundschaft entschieden. Der Nichtangriffspakt und Konsultationspakt, den Herr Molotow und ich gestern abend unterzeichneten, ist ein festes und unverrückbares Fundament, auf dem die beiden Staaten aufbauen und zu einer engen Zusammenarbeit kommen werden. Es ist dies vielleicht einer der bedeutendsten Wendepunkte in der Geschichte zweier Völker. Man hat versucht, Deutschland und Rußland einzukreisen, und gerade aus dieser Einkreisung ist nun die deutsch-russische Verständigung entstanden.

J. W. Brügel, Stalin und Hitler

überzeugen. 1939/40 erfolgte bei Brest-Litowsk als überzeugendster Beweis der stalinistischen Sympathien für die Nazis die Auslieferung von ca. 500 deutschen Kommunisten durch die NKWD an die Gestapo. Unter diesen Kommunisten, die vor dem Nazi-Terror in die Sowjetunion geflohen waren und die nun sofort in Konzentrationslagern kamen, mussten viele mit ihrer Ermordung rechnen: weil sie Juden waren, oder, wie ein KPD-Arbeiter aus Dresden, wegen eines bewaffneten Zusammenstoßes mit den Nazis vor 1933 in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden waren.(22)

Aber auch diese überzeugendste Ergebenheitsgeste konnte den faschistischen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 nicht abwenden. Am Morgen des Überfalls war in einer diesbezüglichen Rundfunkrede Molotows zum ersten Mal seit dem Pakt-

über das Schicksal anderer Nationen a la „Geheimes Zusatzprotokoll"). Trotzki kommentierte den Stalin-Hitler-Pakt folgendermaßen: „*Die Arbeiterklasse ist diesen Herrn natürlich völlig gleichgültig. Das durch die Zick-Zackpolitik der Komintern in den Köpfen der Arbeitern erzeugte Chaos ist eine der günstigsten Bedingungen für faschistische Siege. Wir sollten uns für einen Moment in die Lage eines revolutionären deutschen Arbeiters versetzen, der unter Lebensgefahr den revolutionären Kampf gegen den Nationalsozialismus führt und plötzlich sehen muß, daß der Kreml, der starke Kräfte unter seinem Kommando hat, nicht nur Hitler nicht bekämpft, sondern im Gegenteil vorteilhafte Geschäfte auf dem Gebiet der internationalen Räuberei mit ihm tätigt. Hat der deutsche Arbeiter nicht das Recht, seinen Lehrern von gestern ins Gesicht zu spucken?*"(23)

Moskau, 6. September 1939

Da Kriegsangst, insbesondere Furcht vor deutschem Angriff, Stimmung hiesiger Bevölkerung in den letzten Jahren stark beeinflußt, wurde Abschluß Nichtangriffspakt mit Deutschland allgemein mit großer Erleichterung aufgenommen und begrüßt. Allerdings wird plötzliche Schwenkung der Politik der Sowjetregierung nach jahrelanger eindringlicher, gegen deutschen Aggressor gerichteter Propaganda von Bevölkerung vorläufig noch schlecht verstanden, insbesondere stößt Feststellung amtlicher Agitatoren, daß Deutschland kein Aggressor mehr sei, teilweise auf erheblichen Zweifel. Sowjetregierung tut alles, um Einstellung hiesiger Bevölkerung gegen Deutschland zu ändern. Presse ist wie umgewandelt. Angriffe auf Haltung Deutschlands haben nicht nur völlig aufgehört, sondern auch Darstellung außenpolitischer Vorgänge fußt vorwiegend auf deutschen Nachrichtenquellen, aus Buchhandel wird antideutsche Literatur entfernt.

Beginn Kampfes zwischen Deutschland und Polen hat hiesige Öffentlichkeit stark beeindruckt und in weiten Kreisen erneut Furcht wachgerufen, daß die Sowjetunion in Krieg hineingezogen werden könnte. Jahrelanggenährtes Mißtrauen gegen Deutschland kann trotz wirksamer Gegenpropaganda, die in Partei- und Betriebsversammlungen geübt wird, nicht so schnell beseitigt werden. Von Bevölkerung wird Befürchtung geäußert, daß Deutschland, nachdem es Polen zerschlagen hat, sich gegen Sowjetunion wenden könnte. Erinnerung an deutsche Stärke im Weltkrieg ist allenthalben noch lebendig.

Für Beurteilung hiesiger Verhältnisse Tatsache maßgebend, daß Sowjetregierung es bisher immer aber meisterhaft verstanden hat, Stimmung Bevölkerung in dem von ihr gewünschten Sinne zu beeinflussen und es auch diesmal an der erforderlichen Propaganda nicht fehlen läßt.

Schulenburg

J. W. Brügel, Stalin und Hitler

Abschluß wieder das Wort „Faschismus" zu hören.

Die Westmächte hatten durch ihre Politik Ende der dreißiger Jahre deutlich gemacht, daß sie die Ausdehnung des deutschen Machtbereiches in östlicher Richtung zu akzeptieren bereit wären (z.B. Münchner Abkommen 1938). Sie hatten auch zu verstehen gegeben, daß die SU bei einem Krieg mit Deutschland keine nennenswerte Hilfe erwarten könne und Bündnisse mit der SU abgelehnt.

Bei dieser politischen Konstellation am Vorabend des 2.Weltkrieges ist ein Nichtangriffspakt eines Arbeiterstaates mit einem faschistischen Staat aus Sicherheitsgründen nicht von vornherein und prinzipiell abzulehnen, sondern ein angemessener Gegenstand politischer Kontroversen. Auch die Bolschewiki sahen sich 1918 gezwungen, aus Gründen des Überlebens der russischen Revolution einer Vertrag (Friede von Brest-Litowsk) mit dem imperialistischen deutschen Reich zu schließen. Aber bei einem direkten Vergleich dieses Vertrages mit dem Hitler-Stalin-Pakt werden die Unterschiede zwischen revolutionärer Politik und Kumpanei mit dem Klassenfeind deutlich.

Die Bolschewiki erklärten dem internationalen Proletariat, warum sie zu diesem schändlichen Friedensvertrag gezwungen seien. Aber nach wie vor forderten sie in ihrer Propaganda die deutschen Arbeiter zur Revolution und zur Beendigung des Krieges auf. Der deutsche General Ludendorff beklagte sich in seinen Memoiren („Meine Kriegserinnerungen") bitter über die zersetzenden Auswirkungen von Trotzkis Verhandlungsführung und Agitation auf die deutschen Soldaten.

Die Bolschewiki führten keine Geheimverhandlungen (schon gar nicht schlossen sie Geheimverträge

Fazit

Die stalinistische Bürokratie schloß den Hitler-Stalin-Pakt ab, weil sie nach ihrer Theorie vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land" alles tun mußte um das Vaterland der Werktätigen' sprich ihre eigenen Privilegien als parasitäre Kaste zu schützen. Zu diesem Zweck sind ihr alle Mittel von der völligen Diskreditierung des Kommunismus vor der internationalen Arbeiterbewegung bis hin zur Auslieferung ihrer eigenen Genossen recht.

Aber wozu?

Die zwei Jahre, in denen die SU vom 2.Weltkrieg verschont blieb, wurden nicht ausreichend genutzt, um sich auf den immer noch drohenden Angriff Deutschlands vorzubereiten. Dazu kam noch, daß die Rote Armee durch die Säuberungen der Jahre 1937/38 „geköpft" worden war – der Säuberung fielen zum Opfer:„*3 von 5 Marschällen, 14 von 16 Armeebefehlshabern der I. und II. Klasse, 8 von 8 Admiralen I. und II. Klasse, 60 von 67 kommandierenden Generalen, 136 bon 199 Divisionskommandeuren. Alle 11 stellvertretenden Verteidigungskommissare wurden entfernt und 75 von 80 Mitgliedern des Obersten Militärsowjets... Etwa das halbe Offizierskorps, einige 35.000, wurden erschossen oder eingesperrt.*" (24)

Die Folgen dieser Säuberungen zeigten sich schon im Versagen der Roten Armee im Krieg gegen Finnland 1939/40.

Völlig unverantwortlich war das Verhalten der stalinistischen Führung angesichts zahlloser Warnungen vor dem deutschen Überfall, die alle ignoriert wurden. Schon am 15. Mai lieferte der sowjetische Meisterspion Sorge aus Japan mit dem genauen Angriffstermin (22.6.) auch noch das Schema der deutschen Operationspläne. Am 6. Juni meldete der sowjetische Geheimdienst, daß 4 Mio. deutsche Soldaten an der Grenze aufmarschiert seien; am 11. Juni, daß die deutschen Diplomaten in der Botschaft in Moskau mit dem Verbrennen ihrer Akten begonnen hätten. Als das sowjetische Oberkommando über die unübersehbare Massierung deutscher Truppen beunruhigt, um Erlaubnis bat, die eigenen Truppen Abwehrstellung beziehen zu lassen, wurde dies von Stalin abgelehnt. Es gab noch nicht einmal Operationspläne für einen deutschen Angriff. (25)

Am 21. Juni verließen sämtliche deutschen Schiffe (allein in Riga über zwei dutzend Frachter!) fluchtartig und noch vor Ende der Ladearbeiten sowjetische Häfen. Die Schiffe wurden von mißtrauisch gewordenen Hafenbehörden angehalten, durften aber auf Befehl Stalins auslaufen. (26)

Als in den Morgenstunden des 22. Juni der Angriff erfolgte, war die Rote Armee noch nich einmal in Alarmbereitschaft. Ihrer total unfähigen und konzeptionslosen Führung unter Stalins Günstlingen Woroschilow und Budjonny (beide später von Stalin selbst wegen Unfähigkeit abgesetzt) war es zu verdanken, daß die Rote Armee in den größten Kesselschlachten der Geschichte (allein 650.000 Gefangene bei einer Schlacht an der Südfront) ungeheure Verluste erleiden mußte und der faschistische Angriff erst vor den Toren Moskaus zum Erliegen kam.

L. Sosnowski

Anmerkungen

(1) Stalin in ‚Die Internationale' Feb. 1932, S. 68 Vgl. Zum Thema „Sozialfaschismustheorie" auch ‚Ergebnisse und Perspektiven' Nr. 9 vom Juni 1979, S. 35-42

(2) Willi Münzenberg in ‚Der Rote Aufbau'. 15.2.32, S.151

(3) W.Hirsch in ‚Die Internationale', Januar 1932, S. 44

(4) Stimmen der kommunistischen Provinzpresse, zit. nach H.Remmele, ‚Die Internationale' („Schritt halten!") 1.-15.3.1930

(5) Vgl. ‚Chilenische Lehren', hg. von ‚Spartacus -BL' und ‚Ergebnisse und Perspektiven' Nr. 3 und 6 u.a.

(6) ‚Rundschau' Nr. 37, S. 1497-1499, 1936. Die in Basel erscheinende ‚Rundschau' wurde 1933 Nachfolgerin des offiziellen Komintern-Organs Inprekorr. Die ‚Rundschau' wurde 1939 durch die in Stockholm erscheinende ‚Welt' abgelöst, bis zur Auflösung der Komintern 1943

(7) Vertrags-Ploetz, Teil II, 4.Band, Würzburg 1959, S. 175

(8) Ebd., S. 176

(9) ‚World News and Views', 26.8.1939, zit. nach Franz Borkenau, Der europäische Kommunismus, Bern 1952, S. 222

(10) Borkenau, a.a.O., S. 222

(11) ‚Rundschau' Nr. 45, 1939, S. 1288, zit. nach Horst Duhnke, Die KPD, Räteverlag Wien 1974, S. 334

(12) W. Florin, Kampf den Kriegsverbrechern in Berlin und London und Paris, in ‚Kommunistische Internationale', Okt. 1939, S. 1085 ff.

(13) Dimitrow in ‚Die Welt' Nr. 9, 6.11.1939, S. 153f

(14) Herbert Wehner, Erinnerungen, S. 181; Text in ‚Kommunistische Internationale', Okt. 1939, S. 1284 ff

(15) W.Ulbricht, Hilferding über den ‚Sinn des Krieges', in ‚Die Welt' Nr. 6, 2.2.1940, S. 135ff

(16) Molotow, Über die Außenpolitik der SU, in: Hermann Weber, Die kommunistische Internationale, Hannover 1966, S. 315-322 ebenfalls bei Roy A. Medwedew, Die Wahrheit ist unsere Stärke, Geschichte und Folgen des Stalinismus, Frankfurt/Main 1973, S. 491

(17) Zit. bei Duhnke, a.a.O., S. 336

(18) Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Frankfurt/Main 1972, S. 53

(19) Leonhard, a.a.O., S. 64f

(20) P.W.Fabry, Der Hitler-Stalin-Pakt, Darmstadt 1962, S. 205

Moskau, 9. September 1939

Ich erhielt soeben von Molotow nachstehendes Telephonat: Ihre Mitteilung über den Einzug deutscher Truppen in Warschau habe ich erhalten. Übermitteln sie deutscher Reichsregierung meine Glückwünsche und Grüße. Molotow

Schulenburg

J. W. Brügel, Stalin und Hitler

(21) ‚Arbeideren', 22.4.1940, zit. nach Borkenau, a.a.O., S. 237

(22) Ausführliche Beschreibung bei Margarete Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler, Stuttgart 1958, S. 145ff Vgl. auch Duhnke a.a.O., S. 348 und Wehner, a.a.O., S. 167f.

(23) Trotzki, Writings 1939/40, p. 83

(24) Aus der umfangreichsten aller Stalinismus-Untersuchungen, „Am Anfang starb Genosse Kirow", des englischen Sowjetspezialisten Robert Conquest, Düsseldorf 1970, S.577. Siehe dazu auch Leonhard Schapiro, Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin 1963, S. 444. Die Geheimrede Chrustschows auf dem XX.Parteitag der KPdSU findet sich u.a. in ‚Ostprobleme', 8.Jg., 1956, S. 883

(25) „Während sich die Weltpresse mit der Möglichkeit eines unmittelbaren bevorstehenden Angriffes auf die Sowjetunion beschäftigte, lauteten die Leitartikel der ‚Prawda' am 19. Juni 1941: ‚Die sommerliche Erholung der Werktätigen' und am 20.Juni: ‚Gegen die Schwätzer und Müßiggänger'. Am 22.Juni, als die Schlagzeilen der ausländischen Zeitungen den deutschen Überfall meldeten, erschien die ‚Prawda' mit einem Leitartikel unter der Überschrift: ‚Die Sorge des Volkes um die Schule', aus: Richard Lorenz, Sozialgeschichte der SU 1, 1917 - 1945, Frankfurt/Main 1976, S. 259f.

(26) Detaillierte Berichte über das fast unglaubliche Verhalten der stalinistischen Führung bei Metwedew, a.a.O., S. 495 bis 504 sowie bei Nekritsch/Grigorenko: Genickschuß – Die Rote Armee am 22.Juni 1941, Europa-Verlag Wien 1969. Dieses für jeden Kommunisten unverzichtbare Buch des sowjetischen Historikers Nekritsch erschien 1965 in Moskau in einer Auflage von 50.000, die sofort vergriffen war. In einer schon legendären Diskussion im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU am 16.2.1966 über das Buch unter ca. 130 Offizieren der Roten Armee und Historikern wurde von alten Bolschewiki die Ansicht vertreten, daß Stalin als Verbrecher hätte erschossen werden müssen. Das Protokoll der Diskussion ebd. S. 189-201 sowie ‚Der Spiegel' Nr. 13 vom 20.3.1967, S. 132-138.

INTERNATIONALE NACHRICHTEN

Frankreich: Spaltung der LCR

Vom 1. - 4. November fand ein außerordentlicher Kongreß der LCR (‚Revolutionäre Kommunistische Liga' – Sektion des ‚Vereinigten Sekretariates') zur Vorbereitung des 11.Weltkongresses dieser ‚IV.Internationale' statt. Dieser stand ganz im Zeichen einer inneren Umgruppierung, einer ‚Bereinigung' der internationalen Situation, die einer internationalen Signalwirkung für das gesamte ‚Vereinigte Sekretariat' entspricht.

Denn bereits am 1. Kongreßtag traten 25%, d.h. 41 der anwesenden 161 Delegierten aus der LCR sowie aus dem ‚VS' aus. Sie gehörten internationalen Tendenzen an, die der ‚VS'-Mehrheit oppositionell gegenüberstehen: der ‚Leninistischen-Trotzkistischen Tendenz', sowie der ‚Bolschewistischen Fraktion'. Insgesamt verließen mit den 41 Delegierten ca. 300 Mitglieder ihre Organisation.

Anlaß für diese Spaltung war die Unterzeichnung eines Aufrufes zur Bildung eines ‚paritätischen Komitees' dieser beiden Tendenzen mit der sich ebenfalls auf den Trotzkismus berufenden OCI, um ein offenes internationales Diskussionsforum für alle sich auf den Trotzkismus berufenden Organisationen und Gruppierungen zu bilden. Konkret soll dieser Anspruch durch die Abhaltung einer offenen internationalen Konferenz erfüllt werden.

Die LCR schätzt diesen Versuch als die „Liquidation der IV.Internationale als Weltpartei" ein, „zugunsten (...) von Gruppen und Fraktionen, von denen jede einzelne ihre Hände frei für ihre nationalen Aktivitäten hält. Das ist der Weg des Nationaltrotzkismus. Nicht mehr, nicht weniger!" Das Abkommen dieser Genossen mit der OCI sei „im strengen Sinn des Wortes ein prinzipienloser Block". Im Endeffekt wäre, nach dem Pol-Büro der LCR, auch schon die Spaltung „prinzipienlos" gewesen.

Dieses von den VS-Genossen in solchen Situationen immer wieder gern benutzte Argument hat schon rituellen Charakter. Wie wird diesmal argumentiert?

D. Bensaid erklärte für das Pol-Büro: „Wir haben Differenzen zu Nicaragua ...". „Wir haben Meinungsverschiedenheiten über die Charakterisierung der Doppelmacht, über die Rolle der FSLN und folglich über die aktuelle Aufgabe der Regierung des Wiederaufbaus und die Aufgaben, die sich daraus ergeben." Diese Differenzen seien nicht schwerwiegender „als jene von gestern über Portugal, über Angola." Diese Differenzen wären „keine ernsthafte programmatische Basis, um eine Spaltung zu rechtfertigen." Übrig kann dann natürlich nur mehr der Vorwurf bleiben, gegen den demokratischen Zentralismus verstoßen zu haben.

Die meisten der teilweise ausgetretenen, teils ausgeschlossenen Genoss(inn)en haben sich zu einer neuen Organisation, der LCI (‚Internationale Kommunistische Liga') zusammengeschlossen. Wir haben von ihnen noch keine authentischen Informationen, und die Informationen, die die LCR gibt, können bestenfalls für einen Fragenkatalog und nicht für eine Kritik herhalten.

Zweifellos ist es dubios, wenn die alleinige Achse des ‚paritätischen Komitees' in der Diskussion zu Nicaragua die Verteidigung der demokratischen Freiheiten darstellt. Noch dubioser, wenn die OCI auf ihrer Nicaragua-Veranstaltung mit dieser ‚demokratischen' Ausrichtung 5 Mitglieder der ‚Trotzkistischen Liga Frankreichs' (‚International Spartacist Tendency') am Verkauf ihrer Zeitungen hinderte und die Genossen sogar physisch attackierte und zu Boden warf. Von der OCI und ihrem Ordnerdienst ist man derlei schon gewöhnt. Es bleibt abzuwarten, ob die von der OCI auf diese Veranstaltung eingeladene LTT und BF das gleiche skandalöse Verständnis von Arbeiterdemokratie teilen.

Aber selbst dann, wenn wir uns in den Rahmen der LCR-Argumente begeben, kommen wir um gewisse Ungereimtheiten nicht herum. Die Kontaktierung der OCI durch diese beiden oppositionellen Strömungen hinter dem Rükken der LCR-Führung, zu einer Zeit als diese noch der Organisationsdisziplin der LCR unterworfen waren, ist zweifellos ein Bruch der Disziplin der Organisation. Aber hat denn nicht vor geraumer Zeit die amerikanische Sektion, die SWP samt ihrem Anhang, genauso agiert, Verhandlungen mit derselben OCI geführt, ja für Jahre hindurch einen permanenten Zustand politischer und organisatorischer Spaltung des VS geschaffen, ohne deswegen – wegen „prinzipienlosen' Verstosses gegen den Demokratischen Zentralismus – ausgeschlossen zu werden? Da mußte offensichtlich auf einmal des Prinzip der „Weltpartei" einer dubiosen ‚Realpolitik' weichen.

Oder sehen wir uns die Frage der offenen Diskussion an. Das Pol-Büro der LCR erklärt, daß die Genossen der OCI und der ihr angeschlossenen internationalen Organisationen „ seit mehr als sechs Monaten im Besitz der Vorbereitungsdokumente für den 11.Weltkongreß" sind. Damals und noch vor wenigen Monaten haben beide Seiten zumindest öffentlich gegenseitige Erklärungen über „Wiedervereinigung", „Überwindung der Spaltung" abgegeben. Damals wusch man sich gegenseitig die Hände. Sogar der völlig bürokratische Ausschluß eines OCI-Leitungsmitgliedes, Ch. Berg, wurde von der LCR beispiellos diplomatisch-wohlwollend verurteilt.

Was unterscheidet die offizielle Öffnung der LCR gegenüber der OCI von gestern von der inoffiziellen Beibehaltung dieser Öffnung durch Teile der LCR heute? Wo liegt denn zwischen diesen der so große Unterschied? Wirklich nur zu 90% im Statut? Oder vielleicht doch in Änderungen der politischen Linie gegenüber OCI und „Wiedervereinigung"?

Es ist absolut nicht verwunderlich, wenn die LCR die Spaltung als eine Anhäufung organisatorischer Disziplinbrüche hinstellt und dann philisterhaft lamentiert, politisch wäre diese Spaltung sektiererisch, aber leider organisatorisch ... So erspart man sich wahrlich die politische Auseinandersetzung. Es ist halt wesentlich einfacher zu erklären, daß die paritätischen Komitees „gegen die IV. Internationale gerichtet und nicht auf ein substantiell - programmatisches Abkommen begründet sind."Einfacher,als politisch zu begründen, weshalb eine offene internationale Diskussion „der Weg des Nationaltrotzkismus" ist. Aber die LCR betrachtet eine politische öffentliche Erklärung dazu offensichtlich nur als lästige Verpflichtung. Hurtig geht es weiter. Denn die 1971 u.a. auch durch eine Spaltung der LCR gegründete OCT ist zerfallen. Und die LCR befindet sich jetzt in einer (‚Wieder?)-Ver-

einigungsdiskussion' mit den ehemaligen Tendenzen 3 und 4 der OCT. Es gibt laut LCR nur mehr 2 Hindernisse zu überwinden: die Frage der IV.Internationale und die der Arbeiterstaaten. Ob da nicht eine prophylaktische Diskussion zum demokratischen Zentralismus angebrachter wäre?

POLEN

Die innere Situation der polnischen Gesellschaft bewegt sich fernab von jeder 'Entspannung', die es der stalinistischen Bürokratie erlauben könnte, ihre angeschlagene Position zu verbessern und zu stabilisieren. Die Tätigkeit der verschiedenen Gruppen der Opposition sowie ihre zunehmende gesellschaftliche Bedeutung zwingt die Bürokratie, die Repression zu verschärfen, da sie in der heutigen Situation keine Möglichkeiten einer 'integrationistischen' Lösung dieser Kritik hat. Hinter dieser Einengung des bürokratischen Handlungsspielraumes steht die krisenhafte Entwicklung der polnischen Wirtschaft.

Die Wirtschaftsverschuldung hat in diesem Jahr eine Höhe von 15Milliarden Dollar erreicht. Allein der Schuldendienst für das laufende Jahr beträgt 4,1 Milliarden Dollar. Das sind fast die Hälfte aller in Dollar zahlbaren Exporte. Um ein weiteres Anwachsen der Verschuldung zu verhindern, schränkt nun die Bürokratie die Produktion zugunsten von Rohstoff- und Produktionsgüterexporten ein. Es ist die Folge und Misere bürokratischer Planung, wenn daraufhin 1/3 der Produktionskapazitäten nicht ausgelastet sind. Im krassen Gegensatz steht dazu die ausgesprochen schlechte soziale Situation der Bevölkerung, die diese Maßnahmen am härtesten zu spüren bekommt. Das oppositionelle KSS/KOR ('Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung') erklärt dazu: „Die Reallöhne verringern sich ... Wenn man dazu den Mangel an Medikamenten, Vitaminen und an Nahrungsmitteln miteinbezieht, so ist es nicht übertrieben zu behaupten, daß bestimmte Bevölkerungsgruppen biologisch (!) bedroht sind." Zu diesen Versorgungsproblemen kommen noch wichtige Kürzungen der Sozialbeiträge, sowie die Mangelhaftigkeit des Gesundheitsdienstes und der Kindergärten. Der Vorsitzende der KP-Polens, Gierek, mußte auch schon „Schwierigkeiten" in der Versorgung öffentlich eingestehen. Deswegen hat auch die KP eine Kampagne gegen den bisher tolerierten Privatanbau in der Landwirtschaft entfaltet. Die Ironie dieses Schwenks liegt darin, daß die Bürokratie mit ihrer Sparpolitik gerade den privaten Anreiz fördert. Wenn das KSS/KOR auch diese Wendung der KP ablehnt, bedeutet das nicht, daß sie die Herausforderung der inferioren Situation der Bevölkerung nicht annimmt: „Es ist vielmehr notwendig sich zu fragen, was jeder einzelne von uns für das Wohl der Gesamtheit machen kann." (aus Dokument des KOR – Warschau 10. Mai 1979)

Die Opposition kann vor diesem sozialen Hintergrund von der Partei- und Staatsbürokratie nicht entscheidend geschlagen werden. Obwohl sie einer permanenten Repression ausgesetzt ist, hat sie in weiten Teilen der Bevölkerung und hier besonders in der Arbeiterklasse Fuß gefaßt. So gibt es insgesamt 23 illegale (!) Zeitungen, deren Gesamtauflage bei 50.000 Stück liegt. Die Auflage des 'Robotnik' ('Der Arbeiter' – Zeitung des KSS/KOR) ist auf 20.000 Exemplare angestiegen. Der Verlag 'Nowa' hat ca. 20 Bücher,Essays etc. herausgegeben, die offiziell verboten sind. Die Opposition als Gesamtheit aller illegalen Gruppierungen ist einem zunehmenden Differenzierungsprozeß (Position zur KP, zur nationalen Frage, zur UdSSR) ausgesetzt. Doch noch steht der Weg nicht fest. Ein Redakteur des 'Robotnik' antwortete auf eine diesbezügliche Frage: „Wir sind klarerweise links, aber aus welcher Gemeinschaft? Ultralinke, Sozialdemokraten? Wir wissen es noch nicht!"

Am Tag der Unabhängigkeit Polens (1918), dem 11. November, manifestierte die Opposition erneut ihre Stärke. Obwohl die Polizei mehrere Oppositionelle verhaftete, so von der Anfang dieses Jahres gegründeten KPN ('Vereinigung des unabhängigen Polens') vom KSS/KOR, von ROPCIO ('Bewegung zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte') usw., konnte sie die seit Wochen vorbereitete Demonstration in Warschau nicht verhindern. Transparente wurden mitgetragen, die „Freiheit, Unabhängigkeit, Brot" oder „Kein gerechtes Europa ohne ein unabhängiges Polen" forderten. Auch in Gdansk an der Ostseeküste organisierte die Opposition eine Demonstration, die der in Warschau an Stärke und Beteiligung um nichts nachstand.

Doch die Repression des SB (Sicherheitsdienst, ähnlich dem KGB) geht weiter. Nach diesen Demonstrationen wurden weitere Oppositionelle festgenommen. Der wachsende Widerstand veranlaßt die Bürokratie, die Daumenschrauben anzuziehen.

Die Aktivitäten am Unabhängigkeitstag haben gezeigt, wie tief die Frage der Unabhängigkeit Polens gegenüber der Sowjetunion in die Bevölkerung reicht. Sie ist eine der wesentlichsten Problemkreise, an denen die einzelnen Gruppierungen der Opposition zu messen sind. Weg von der Sowjetunion, aber wohin? Die Notwendigkeit einer solchen Diskussion mag stellvertretend für die gesamte Bandbreite der Opposition der Sprecher der KPN, Leszek Moczulski, verdeutlichen: „Einige Gruppen, die der Vereinigung (KPN, Anm. der Red.) angehören (...) glauben, daß es notwendig ist, ein wirklich sozialistisches System zu errichten, die fortgeschrittene Sozialisierung der Produktionsmittel miteinbeziehend..... Andere Gruppen, die glauben, daß die Verstaatlichung der Wirtschaft geradewegs in einen Totalitarismus mündet, streben ein breites Feld für die Privatinitiative an." Diese Konfrontation ist notwendig, auch und gerade in der Frage der Unabhängigkeit Polens. Denn die kleinbürgerlichen und die teilweise der Arbeiterbewegung direkt entgegengesetzten Srömungen – die polnische Kirche steht hier wohl an vorderster Stelle – erkennen deutlich, welchen Ansatzpunkt die nationale Frage für ihre Tätigkeit abgibt.

SPANIEN

Am 25. Oktober wurde in Katalonien und im Baskenland eine Volksabstimmung über zwei (ähnliche) Autonomiestatute durchgeführt. Während die Frage des Statuts die Situation in Katalonien nicht wesentlich beeinflußte, entfaltete sich im Baskenland eine starke Kampagne, die zur Herausbildung zweier großer Lager führte. Zum einen die Befürworter des Referendums, zu denen neben den großen bürgerlichen Parteien UCD und PNV (Baskische Nationalpartei) auch KP, SP, die maoistische PTE-ORT und die mit der politisch-militärischen ETA verbundene Organisation Euzkadiko Eskerra zu zählen waren. Ihnen standen u.a. die radikal-nationalistische Herri Batasuna (Volkseinheit), die 'Revolutionär-Sozialistische Volkspartei', die MCE und die LKI (baskische Zweigorganisation der LCR/ETA VI, Sektion des 'Vereinigten Sekretariates' der IV. Internationale) gegenüber, die zur Wahlenthaltung aufriefen.

Das zur Wahl gestellte Statut ist ein fauler Kompromiß, der den wichtigsten Forderungen des baskischen Volkes nicht nachkommt. Nach wie vor wird darin dem Baskenland das Recht auf Selbstbestimmung verweigert. Die Ordnungskräfte bleiben unter der Kontrolle der Zentralregierung in Madrid. Ein Zivilgouverneur, der von der Madrider Regierung nominiert wird, stellt die oberste Instanz in der baskischen Justiz dar. Und schließlich anerkennt das Statut die künstliche, administrative - politische Teilung des Baskenlandes. Traditionelle baskische Gebiete, wie die gesamte Provinz von Navarra(!), bleiben völlig willkürlich vom Baskenland abgetrennt und werden auch nicht als baskische Gebiete betrachtet.

Das offizielle Wahlergebnis hat eine Niederlage für die Gegner des Statuts gebracht. Von 1.541.775 Wahlberechtigten haben sich mehr als 921.000 (59,77%) an den Wahlen beteiligt. Mehr als 620.000 (40,23%) haben dem Aufruf zur Wahlenthaltung Folge geleistet. Von den 'abgegebenen' Stimmen sprachen sich ca. 832.000 für , und mehr als 47.000 gegen das Statut aus. Ob allerdings dieses Resultat tatsächlich dem Wahlverhalten der Basken entsprochen hat, bleibt dahingestellt.

Da wird in den Altersheimen neben den Wahllisten auch gleich die Erklärung der Bischöfe („Sich enthalten ist eine Sünde.") mitgeliefert. Da erfahren andere erstaunt im Wahlbüro, daß sie nicht wählen dürften, weil sie ihre Stimme schon über den Postweg abgegeben hätten: Auch den im Ausland lebenden Basken wird auf diese Art die Arbeit 'abgenommen' – andere wählen für sie; damit es nicht so auffällt, durch Briefwahl. Oder in Sopelana (Provinz Viskaya) fallen 100 Briefkuverts auf, die nicht abgestempelt waren. Die Vertreter der PNV im Wahlbüro boten sich spontan an, zur Post zu gehen und Versäumtes nachzuholen. ...

Die Auswirkung dieser Wahlbetrügereien wird auf insgesamt 10% des Ergebnisses geschätzt. Offiziell jedoch hat das Statut die erforderliche Mehrheit gefunden. Allerdings muß man sehen, auch wenn man die Betrügereien in das Wahlresultat miteinbezieht, daß noch immer ein großer Teil der baskischen Bevölkerung für die Annahme des Statuts gestimmt hat. Diese Entwicklung geht zu einem Gutteil auf das Konto der beiden großen reformistischen Parteien PSOE und PCE. Diese organisierten im Baskenland selbst eine Kampagne gegen den „Terrorismus" der ETA. Als ein ETA-Kommando einen Polizisten liquidierte, wandten sich PSOE und PCE gegen die ETA.

Die Ermordung eines PSOE-Mitgliedes am 28. Oktober im Baskenland wurde von diesen Parteien besonders makaber ausgeschlachtet. Der politische wie auch der militärische Flügel der ETA hatten sich von diesem Mord ausdrücklich und öffentlich distanziert. Trotzdem wurden sie die Zielscheibe der Hetze dieser Reformisten, die sogar einen Streikaufruf gegen den 'Terrorismus' verbreiteten.

Trotz dieser gezielten Hetze geht der Kampf der baskischen nationalistischen Gruppierungen weiter. Die politisch-militärische ETA entführte im November den Sekretär für internationale Beziehungen der UCD, Javier Ruperez. Für dessen Freilassung forderte sie am 13. November die Gründung einer Untersuchungskommission über die Gewalttätigkeit der Staatsorgane, sowie die Freilassung von 5 baskischen politischen Gefangenen.

Doch die Situation hat sich geändert. Die Aktivitäten der radikal-baskischen Strömungen finden vor einem Hintergrund statt, der die Beschränktheit des nationalen Kampfes dieser Gruppen aufzeigt. Ein großer Teil der baskischen Arbeiterklasse zieht sich zusehends vom politischen Kampf zurück. Auch der Generalstreik im September konnte diese Entwicklung nicht aufhalten. Angesichts der reformistischen Kampagne gegen 'Gewalt und Terrorismus', sowie der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation im Baskenland schiebt sich der Kampf für soziale und ökonomische Forderungen in den Vordergrund. 18% der arbeitsfähigen Bevölkerung ist ohne Arbeit. Und 85.000 Arbeitslose werden vom Ende dieses Jahres an keine Arbeitslosenunterstützung mehr beziehen können. Von 5 Mittelbetrieben sind 4 verschuldet und können nur mit Unterstützung der Banken weiter bestehen. Über dem steht drohend der Wirtschaftsplan von Regierung und Wirtschaft, der eine Neustrukturierung der wichtigsten Industriebetriebe, wie Stahlindustrie, Schiffsbau etc. vorsieht.

Für das Baskenland steht die Verbindung des Kampfes für sein Recht auf Selbstbestimmung und gegen die politische Unterdrückung mit den sozialen Forderungen der Arbeiterklasse dringender denn je auf der Tagesordnung.

Denn der Rückzug wichtiger Teile der baskischen Arbeiterklasse läßt sogar die reformistischen Parteien hinter sich. Ihre Gewerkschaften sind einer dramatischen Schwächung ausgesetzt. Die sozialdemokratische Gewerkschaft im Baskenland, UGT, hat nur mehr 5%(!) ihres Mitgliederstandes von Ende 1977. Und auch die KP-orientierten 'Arbeiterkommissionen' haben 75% ihrer Mitglieder verloren.



Der Rechtsputschismus tobt sich aus in Bolivien

Am frühen Morgen des 1. November fuhren in La Paz Panzer auf. Das Regierungsgebäude wurde von schwerbewaffneten Soldaten umzingelt – ein gewohntes Bild in der Hauptstadt Boliviens. Einheiten der Armee und Polizei stürzten den seit 3 Monaten amtierenden zivilen Staatschef Walter Guevara Arce, der nach der vergangenen Wahl, bei der nach massiven Fälschungen und Wahlschwindeleien kein Präsident ermittelt werden konnte, als Übergangspräsident bis zu Neuwahlen am ersten Sonntag im Mai 1980 vom Kongreß ernannt worden war. Neuer Staatschef nach dem 1. November war Oberst Alberto Natusch Busch. Er konnte sich genau zwei Wochen an der Macht halten.

Ein Kompromiss

Als bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen vom 1. Juli 1979 keine der großen Wahlfronten
UDP (linkes Bündnis unter dem MNRI-Kandidaten Siles Zuazo),
ADRN (bürgerliches Bündnis unter dem MNR-Kandidaten Paz Estensoro),
ADN (rechtsradikale Gruppierung unter dem jahrelangen Diktator Hugo Banzer),
die absolute Mehrheit erlangen konnte, wäre es Aufgabe des Parlaments gewesen, einen Präsidenten zu ermitteln. Auf dieser Ebene entstanden jedoch endlose Verzögerungen. Hugo Banzer und seine Partei weigerten sich, ihre Stimmen abzugeben. Estensoro drohte mit einem Putsch, sollte die Wahl auf den linken Kandidaten Zuazo fallen. So wurde ein Interimspräsident erstellt: Guevara Arce. Ein Kompromiß im wahrsten Sinn des Wortes. Er ist Chef der PRA (Authentische Revolutionäre Partei), die sich 1960 rechts von der MNR abgespalten hatte. Er war sowohl in der Regierung Estensoro (1952–55), als auch unter Siles Zuazo (1958–59) Minister.

Nach seiner Nominierung zum Staatschef am 8. August stellte sich jedoch bald heraus, daß keine der politischen Kräfte bereit war, sich an seiner Regierung zu beteiligen. Daraufhin bildete er sein sogenanntes ‚apolitisches' Kabinett, dem hauptsächlich alte Anhänger angehörten, und verkündete lauthals, er wolle das Steuer zu einer ‚Politik der nationalen Einheit' herumreißen.

Diese politisch labile Situation bildete von allem Anfang an unzählige Angriffspunkte für jene Sektoren der Armee, die an die Regierung wollten (schon Anfang Oktober hatten in Trinidad – einer Stadt nordöstlich von La Paz – rechtsgerichtete Truppen versucht, die Macht an sich zu reißen). Am 31. Oktober stellte Guevara dem Kongreß ein Ultimatum. Er forderte nicht nur, daß die Parteien über ihre Beteiligung an einem neuen Kabinett umgehend entscheiden sollten, er forderte darüberhinaus, man solle seine nur für ein knappes Jahr anberaumte Amtszeit verlängern und aus diesem Grund die für Anfang Mai vorgesehenen Wahlen verschieben. Damit bot er das auslösende Moment für einen erneuten Putsch.

Der Eiertanz des Oberst Natusch

Der neue Machthaber, Oberst Alberto Natusch Busch, hatte genügend „Argumente" in der Hand, um seinen Staatsstreich zu rechtfertigen: Das Land drohe, in Chaos und Anarchie abzugleiten; es gelte zu verhindern, daß die Neuwahlen nicht wie vorgesehen abgehalten werden; es sei an der Zeit, Bolivien eine ‚wahrhafte' Demokratie zu bringen.

Wer stand tatsächlich hinter dem Putsch? Oberst Natusch war unter Banzer bereits Landwirtschaftsminister gewesen (Hugo Banzer hatte in seiner siebenjährigen Herrschaftsperiode das Land an den wirtschaftlichen Ruin gebracht). Seine Kandidatur bei den Wahlen 1978 wäre aussichtslos gewesen, und so schob er seinen ehemaligen Minister Pereda Asbun vor, der als sein Schüler seine politischen Interessen wahren sollte. Hugo Banzer steht nun seit einigen Monaten in einem Strafverfahren unter Anklage wegen
- Verletzungen verfassungsmäßiger Rechte und Garantien
- Morden und Folterungen
- Wirtschaftsverbrechen
- Landesverrat.

Die Anklage führt Marcelo Quiroga von der sozialistischen Partei.
Es wäre immerhin naheliegend, wenn Banzer, dem derzeit die Hände gebunden sind, wieder einen politisch Nahestehenden – diesmal Natusch – ausgeschickt hätte, die Macht heimzuholen. Dafür spricht auch die Tatsache, daß genau jene paramilitärischen Rechtsextremisten aus Santa Cruz, die von Banzer wiederholt eingesetzt worden waren – nicht zuletzt, um Wahlveranstaltungen der UDP gewaltsam aufzulösen –, sich nun Oberst Natusch anschlossen.

Dafür distanzierten sich alle anderen politischen Richtungen. Silez Zuazo drohte mit einem Hun-

Politische

Leo Trotzki, Übergangsprogramm/Schriften zum Programm	6,50
Verteidigung des Marxismus	17,80
Verratene Revolution	8,80
Die russische Revolution 1905	13,50
1917 – Lehren der Revolution	3,00
Kopenhagener Rede/Drei Konzeptionen der russ. Revolution	3,80
Ihre Moral und unsere	3,----
Drei Konzeptionen der russischen Revolution	0,70
England/Europa und Amerika	11,80
Der neue Kurs	6,50
Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?	12,-----
Fragen des Alltagslebens	6,80
Frau, Familie und Revolution	3,--
China, die erwürgte Revolution, Band 1 (z.Zt vergriffen, Vorbestellungen erwünscht	
Band 2	18,80
Kapitalismus oder Sozialismus	4,80
Wohin geht Frankreich?	4,50
Bolschewismus oder Stalinismus	1,00
Stalins Verbrechen	16,80
Schriften über Deutschland, Zwei Bände	92,00
Ergebnisse und Perspektiven/Die permanente Revolution	12,00
Mein Leben, Versuch einer Autobiographie	8,80
Revolution und Bürgerkrieg in Spanien, 2 Bände	20,00
Terrorismus und Kommunismus	8,00
Die internationale Revolution und die Komintern	16,80
Die Fälschung der Geschichte der russischen Revolution	2,80
Die Sowjetmacht und der internationale Imperialismus	1,70
	9,50
Schriften zum imperialistischen Krieg (neu!)	9,50
Spanische Lehren	1,00
Programm und Plattform der Linken Opposition im Kampf gegen die Stalin-Fraktion	9,60
Literaturtheorie und Literaturkritik	15,80

Trotzki–Texte sind auch in englischer Sprache erhältlich, auf Wunsch gibt es ein Literaturverzeichnis beim Verlag

Karl Marx, Die Geschichte der Geheimdiplomatie des 18. Jh.	19,80
Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses	9,80

Ferner alle Marx-Texte, die in der DDR erschienen sind.

Marx, Lenin, Trotzki, Luxemburg, Zur kommunistischen Gewerkschaftspolitik	7,00
A. Losowski, Die Rote Gewerkschaftsinternationale	15,00
Liebknecht, Lenin, Trotzki, Gegen den bürgerlichen Militarismus und Pazifismus	1,60
Ferner alle Lenin-Texte, die in der DDR erschienen sind	
Die Jugendinternationale (11 Kriegsnummern) 1915 - 18	12,80
E. Preobrazenskij, Die neue Ökonomie	18,80
Die sozialistische Alternative	6,00
UdSSR 1975, Ein Rückblick in die Zukunft	8,00
Dokumente der Linken Opposition in der Sowjetunion 1923 - 28, Bd. 1	26,00
Bd. 2	26,00
Bd. 3	29,80
Bd. 4	26,80
Bd. 5	29,80

Bd. 6 ist noch nicht erschienen, Vorbestellungen erwünscht, ca. 29,80

Alle Preise in DM

gerstreik – wie in jeder für ihn ungünstigen politischen Situation –, und die MNR schloß 3 Mitglieder aus, die in der neuen Regierung Ministerposten angenommen hatten.

Auch innerhalb der Armee stand Natusch isoliert General Padilla, er hatte die Regierung Pereda abgelöst und bei den jüngsten Wahlen nicht kandidiert, lehnte den Putsch ab. Er wurde prompt als Generalstabschef durch Victor Castillo ersetzt und unter Hausarrest gestellt. Allerdings gelang es ihm, unterzutauchen, und laut Pressemeldungen sei er nun dabei, innerhalb der Armee eine Opposition aufzubauen.

Ebenso wie alle seine Vorgänger sparte Natusch nicht mit liberalen Versprechungen. Unter dem Motto, eine „Regierung der nationalen Linken" aufbauen zu wollen, beteuerte er, sämtliche ‚demokratischen' Institutionen unangetastet zu lassen – und löste das Parlament auf. Er bekannte sich zu einer „Rückkehr Boliviens zu einer demokratischen Ordnung" und rief gleichzeitig Belagerungs- und Kriegszustand aus. Mit einem Bekenntnis zu den Menschenrechten auf den Lippen ließ er auf Demonstranten schießen, die gegen sein Regime auftraten, trieb mit Panzern die demonstrierende Menge auseinander, setzte Kampfflugzeuge ein. Jene Anti-Guerilla Sondertruppe „Montero Rangers", die bei der Bekämpfung ‚Che' Guevaras eine wichtige Rolle gespielt hatte, sollte von SantaCruz nach La Paz verlegt werden, um bei der Niederschlagung der Regime-Gegner zu helfen.

Der ursprünglich unblutige Putsch löste eine Flut von Gewalt und Blutvergießen aus. Am 6. November ließ Natusch das Land hermetisch abriegeln. Die Fernmeldeleitungen wurden unterbrochen, der Flugverkehr stillgelegt. Überall im Land marschierten Truppen auf. Bei Unruhen und Demonstrationen gab es bisher an die 200 Tote und unzählige Verletzte.

Guevara Arce im Untergrund

Die Rolle des gestürzten provisorischen Präsidenten wurde durch die vergangenen Ereignisse völlig zu unrecht aufgewertet. Obwohl es ihm noch vor knapp einem Monat nicht gelungen war, ein Kabinett auf die Beine zu stellen und die Unterstützung der diversen Parteien zu erlangen, bekannten sich nach dem Putsch 77 der 144 Mitglieder des Parlaments zu seiner Person und verurteilten den Staatsstreich.

Die internationale Presse war des Lobes voll: „Guevara im Untergrund!" „Guevara bildet Gegenregierung!" „Guevara taucht mutig für einige Stunden auf und gibt eine Pressekonferenz!" „Die Regierung Natusch bisher von keiner ausländischen Macht anerkannt!" „Die USA bedauern die Unterbrechung des von Arce in Gang gesetzten Verfassungsprozesses!" (Ein willkommener Anlaß, die Militär- und Wirtschaftshilfe der USA an Bolivien in der Höhe von 27 Millionen Dollar einzustellen. Darüber hinaus wollen die USA 35.000 Tonnen Zinn auf den Weltmarkt bringen, die sie als strategische Reserve während des 2.Weltkrieges zu 1 Dollar/Pfund von Bolivien erworben haben und nun zu 7 Dollar/Pfund verkaufen wollen. Das bedeutet einen Preissturz für Boliviens wichtigsten Exportartikel. Auf diese Weise wird die Wirtschaft des ärmsten Landes Lateinamerikas weiter geschwächt.) Tatsächlich scheint Guevara Arce seine Rolle auf der politischen Bühne Boliviens ausgespielt zu haben.

Die letzten Entwicklungen

Der Gewerkschaftsdachverband COB hatte gegen die Regierung Natusch einen unbefristeten Generalstreik ausgerufen, der vor allem von den Arbeitern der Zinn- und Kupferminen befolgt wurde. Wie wenig ernst dieser Streik von seiten seiner Organisatoren gemeint war, zeigt der Umstand, daß eine Fernsehrede Natuschs, in der er den Gewerkschaften einen gewissen Freiraum versprach, genügte, um den COB zu einem Abbruch des Generalstreiks zu bewegen. Nichtsdestoweniger führte ein Teil der Arbeiterklasse den Streik weiter. Ein Generalstreik kann nur dann zu einem gesellschaftsverändernden Faktor werden, wenn er im wahrsten Sinne des Wortes ‚unbefristet' ist, wenn er nicht nur auf ein Nahziel (den Rücktritt Natuschs) ausgerichtet ist, sondern auf die Errichtung von Organen, die sich abseits der jeweiligen militärischen oder zivilen Regierung zu bestimmten Fragen, etwa der Versorgung mit Lebensmitteln, finanzieller Absicherung der streikenden Arbeiter, Versorgung der Arbeiter und armen Bauern mit Waffen, bilden.

Der COB allerdings bricht einen Generalstreik, der bereits von weiten Kreisen der Arbeiter befolgt wurde, auf leere Versprechungen eines Mannes hin ab, der wenige Tage zuvor gedroht hatte, er werde alle jene Arbeiter, die am 5.November nicht zur Arbeit erschienen waren, vor ein Gericht stellen lassen.

Als sich Natusch von allen Seiten in die Defensive gedrängt sah, versuchte er ein letztes Manöver. Er hob den Kriegszustand wieder auf, versprach in der oben erwähnten Fernsehrede neben einem gewissen Freiraum für Gewerkschaften auch die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Beendigung des Belagerungszustandes. Darüber hinaus teilte er seinen Wunsch mit, gemeinsam mit einem Gewerkschaftsführer und einem Kongreßabgeordneten eine 3-Personen-Junta zu bilden, die die Regierung bis zu den Mai-Wahlen führen sollte. Gleichzeitig aber ließ er einige Militärs festnehmen, um einen Gegenputsch zuvorzukommen.

Schließlich wurde Natusch von seiten des Oberkommandierenden der Streitkräfte überredet, die Macht abzugeben. Der wiedereingesetzte Kongreß ernannte die Parlamentspräsidentin Lidia Gueiler Tejada (ehemals Privatsekretärin bei Estensoro) zur neuen Staatschefin. Es war vorgesehen, daß sie als Übergangspräsidenten Oscar Binifaz (von der MNR) ernennen sollte.

Somit ist letztlich, wenn auch über Umwege, der eigentliche Sieger der Wahlen vom 1. Juli Victor Paz Estensoro von der MNR geblieben. Obwohl er diese Wahl den Stimmen nach verloren hat und nun im Hintergrund steht, so scheint er doch die Machtfäden wieder in der Hand zu halten – bis zum nächsten Militärputsch.



Literatur

Reprint der "Permanente Revolution" - Zeitung der Linken Opposition in der KPD Juli 1931 - Februar 1933, 2 Bände	je	38,00
(Z.Zt. vergriffen, Vorbestellungen erwünscht!)		
Felix Morrow, Revolution und Konterrevolution in Spanien		10,00
Peng Shu Tse, Die chinesische Revolution, Teil 2 und vollständige Ausgabe erscheint demnächst, Vorbestellungen erwünscht		
Abraham Leon, Judenfrage und Kapitalismus		9,80
Leo Sedow, Rotbuch über den Moskauer Prozeß		4,00
Arbeiterliteratur 1924, volllständiger Nachdruck in zwei Bänden,	je	24,00
Marx-Arbeitsgruppe Historiker, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Einführung in das 'Kapital' Bd. 1		7,00
Rjasanow, Marx und Engels – nicht nur für Anfänger		7,00
Roman Rosdolsky, Die Entstehungsgeschichte des Marx'schen 'Kapital', 3 Bde. zus.		24.80
Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals		9,80
Gesammelte Werke (Dietz-Verlag), 5 Bde., zus.		75,00
Eugen Varga, Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen		15,00
Albert Soboul, Die große französische Revolution		29,80
Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte 1918		24,80
R. Müller, Geschichte der deutschen Revolution		
Bd. 1 Vom Kaiserreich zur Republik		8,80
Bd. 2 Die Novemberrevolution		12,80
Bd. 3 Bürgerkrieg in Deutschland		9,80
Crusius u.a., Die Betreibsräte der Weimarer Republik, 2 Bände zus.		39,80
Karl Retzlaw, Spartakus. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, gekürzte Studienausgabe		14,80
Paul Fröhlich, Die Bayerische Räterepublik, Studienausgabe (z.Zt. vergriffen, Vorbestellungen erwünscht)		8,80
Die Internationale, Theoretisches Organ der KPD, vollständiger Nachdruck, 12 Bde		420,00
Einzelband		40,00
Clara Zetkin, Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung		16,80
Isaac Deutscher, Trotzki (Biographie), 3 Bde	je	12,00
IKL, Ungarn 1956, Stalinismus oder Sozialismus		4,50
IKL, Repression - Russische Revolution - Frankreich - Feminismus(theoretische Artikel)		3,00
Bent H. Claesson, Sexualinformation für Jugendliche		11,80
George Orwell, Mein Katalonien		9,80
John Reed, 10 Tage, die die Welt erschütterten		7,50
Max Hölz, Vom weißen Kreuz zur Roten Fahne, Jugend,-Kampf- und Zuchthauserlebnisse 1914 - 1927		19,80
E. Wollenberg, Als Rotarmist vor München		5,00
P.P. Zahl, Schutzimpfung, Gedichte		6,00
Alle Türen offen, Gedichte		8,00
Wie im Frieden, Kurzgeschichten		8,50
Bahros 'Alternative' im Echo der linken Presse		2,00
Gegenpol, Neofaschismus in Österreich, Entnazifizierung 1945, Was ist Faschismus?		2,00
Die Kommunistische Internationale, Thesen und Resolutionen, 3. und 4. Weltkongreß, Bd. 2 (Bd, 1 noch nicht erschienen)		19,80
Victor Serge, Die KLassenkämpfe in der chinesischen Revolution 1927		9,80
F. Keller, Gegen den Strom, Fraktionskämpfe in der KPÖ, Trotzkisten und andere Gruppen, 1919 - 1945		15,00
John Heartfield, Fotomontagen-Bildmappe		9,80

Wir besorgen auch Bücher, die hier nicht aufgeführt sind, wenn Verfasser, Titel und Verlag angegeben sind

Überweisung des Rechnungsbetrags sofort nach Erhalt der Ware!
Überweisungen auf das Konto 1106 49 – 603, PschA Ffm, I. Stibor Verlag & Vertrieb

Bestellungen auch an: IKL, 1010 Wien, Postfach 1454

El Salvador vor einem Bürgerkrieg?

Die Entwicklung der letzten Wochen hat auf dramatische Weise bestätigt, welchen Herren die neue Junta dient. Ihre reformistischen Phrasen der ersten Stunden hielten der Konfrontation mit der Praxis keinen Moment stand.

Mit Methoden, die dem Henker Romero zur ,Ehre' gereicht hätten, wurden Streikende und Demonstranten niedergemetzelt, besetzte Fabriken und Ländereien blutig geräumt. Hunderte Arbeiter wurden ermordet.

Da half auch die parlamentarische Augenauswischerei mit den in die Regierung berufenen zivilen Ministern recht wenig. Kombiniert mit demokratischem Wortgeklingel versucht die Junta,Breschen in die Front der linken Opposition zu schlagen, um eine ähnliche Entwicklung wie in Nicaragua zu verhindern. Trotz alledem steht die Mehrheit des salvadorianischen Volkes und seiner Organisationen der Junta feindlich gegenüber. Die den Massen aufgezwungenen bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Einheiten der Bourgeoisie haben noch nicht das Ausmaß eines entscheidenden militärischen Kampfes angenommen. Der labile Zustand ist prolongiert.

Bürgerliche Opposition im Dienste der Junta

Die Opposition, die sich während der Amtszeit Romeros gegen seine Diktatur bildete, setzte sich aus bürgerlichen und linken Kräften zusammen, welche als „gemeinsames" kurzfristiges Ziel den Sturz Romeros anstrebten.
Natürlich gab es unterschiedliche methodische Herangehensweisen. Während die Bourgeoisie Romero eher nur als politisch lästig und unangenehm empfand und ihn auch ausschließlich durch diplomatischen Druck über Vermittlung seitens der USA loswerden wollte, stellte sich für die ausgebeuteten Massen die Frage nach revolutionärer Beseitigung eines tyrannischen Unterdrückers und seines Apparates, mit dem Ziel, den eigenen politischen und ökonomischen Bedürfnissen Ausdruck zu verleihen. Trotzdem traten in dieser Zeit die an sich unüberbrückbaren Differenzen innerhalb der Opposition – welche dem Klassenunterschied geschuldet waren – etwas in den Hintergrund.
Mit der Machtübernahme durch die neuen Militärs hat sich diese Situation wesentlich geändert.

Denn unmittelbar nach dem Putsch, wurden die neuen Obristen – die im übrigen beste Beziehungen zum Pentagon haben – von den bürgerlichen Oppositionsparteien Union Democratica Nacionalista (UDN), dem sozialistischen Movimiento Nacional Revolutionario (MNR) und den Christdemokraten (PDC), anerkannt. Der Generalsekretär der Sozialdemokraten, Manuel Ungo, ist neben dem Rektor der katholischen Universität, Ramon Mayorga und dem Direktor der Firma Pelps-Dodge, Mario Andino (welcher ein direkter Vertreter des US-Imperialismus ist), einer der drei Zivilisten, welche in die Junta einberufen wurden.

Neben diesen Parteien der oppo itionellen Bourgeoisie, hat auch die stalinistische KP El Salvadors, die Putschisten von Anbeginn an offen unterstützt So ist die KP auch für den Posten des Arbeitsministers im Gespräch.

Die bürgerlichen Parteien haben relativ wenig Einfluß unter den Massen El Salvadors.Schon zu Zeiten Romeros wurden sie zusehends in den Hintergrund gedrängt oder manövrierten sich selbst ins Abseits. Sie hatten sich bei den proletarischen und kleinbürgerlichen Massen durch ihre Unfähigkeit, politische Schritte gegen Romero, aber auch schon gegen seinen Vorgänger Molina, anzugeben, diskreditiert. Angesichts der plumpesten Wahlfälschungen durch die Militärs riefen sie höchstens zu „gemäßigten" Demonstrationen auf, welche regelmäßig von den Sicherheitstruppen in ein Blutbad verwandelt wurden. Mit dieser Politik der „Mäßigung" erreichte sie nur, daß viele ihrer Anhänger (vor allem aus den kleinbürgerlichen Schichten) zu den linken Gruppierungen, fast möchte man sagen,gestoßen wurden.

Gegenwärtig setzt die bourgeoise Opposition voll auf die neuen Militärs. Von ihnen erhofft sie sich eine Eindämmung der revolutionären Aktivitäten der Massen. Den Putsch der Junta unterstützt sie, denn er kam vorläufig einem Aufstand der Massen zuvor, welcher für die salvadorianische Bourgeoisie der Anfang vom Ende hätte sein können.

Die linken Gruppierungen und ihr Kampf gegen die neuen Machthaber

Die größte und einflußreichste Gruppierung ist der BPR (Bloque Popular Revolucionario) mit ca. 70.000 Mitgliedern. Der ,Bloque' entstand 1971 aus einer Abspaltung aus der KP-Salvadors, weil diese im Krieg zwischen Honduras und El Salvador auf seiten der eigenen Bourgeoisie stand.

Die nächstgrößten Organisationen der Linken sind die FAPU mit ihrer militärischen Organisation FARN (Bewaffnete Kräfte des Nationalen Widerstandes) und die Volksliga 28.Februar mit ihrer ERP.
Weitaus geringeren Einfluß haben das DPA (Destacamento Politica Antifascisto) mit der FRAP als seinem militärischen Arm und die LL (Liga para Liberacion) mit ihrer Guerillagruppe PRTC(Partei der mittelamerikanischen Arbeiter). Die LL wurde haup.sächlich durch ihre Entführungen bekannt, mit denen sie ganzseitige Inserate in der ,Frankfurter Allgemeinen Zeitung' und in der ,New York Times' erzwang. In diesen Inseraten wurden Programmpunkte der Gruppe angeführt, sowie auf die politischen Zustände in El Salvador hingewiesen.

Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien, hatten die Organisationen der Linken zu einer Fortsetzung des Kampfes gegen die Junta aufgerufen.Sie und die Massen, die hinter ihnen stehen, sind der einzige ernstzunehmende Gegner der Junta. Da auch die KPS voll auf die Demokratisierungsphrasen der Junta setzt, kann diese ihre militärischen und politischen Kräfte voll gegen die Guerilla-Gruppierungen richten. Zu diesem Zweck kündigte die Junta gleich nach dem Putsch die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zu Nicaragua und Kuba an und hob den Ausnahmezustand am 24.10. auf. Dieser wurde aber am 30.10. erneut in Kraft gesetzt. Obwohl die Junta keinerlei praktische Konsequenzen aus ihren verbalen Ankündigungen, wie Rückkehr aller Exilierten oder Auflösung der faschistischen Terrororganisationen zog, stellten die „Volksliga 28.Februar" und deren bewaffneter Arm, die ERP, den Kampf am 24.10. ein. Erst nachdem offenkundig wurde, daß die Sicherheitskräfte nicht daran dachten dasselbe zu tun, nahm die Volksliga ihre militärischen Aktivitäten Anfang November wieder auf.

Anders der BPR. Er kämpfte weiter und antwortete gleich am 27.10. mit einer spektakulären Geiselnahme. Der ,Bloque' besetzte das Wirtschafts- und Arbeitsministerium, sowie die Kathedrale von San Salvador und brachte 200 Angestellte und die beiden Minister Gabriel Gallego Valdes und Manuel Enrique Hints in seine Gewalt. Gleichzeitig stellten die Guerillas Forderungen auf, auf deren Verwirklichung sie drängten und deren zentralste folgende waren:
– Auflösung der Sicherheitskräfte
– Freilassung aller politischen Gefangenen
– Lohnerhöhung und mehr Urlaub für die Landarbeiter und Angestellten.

Gleichlaufend mit diesen Besetzungen wurden Demonstrationen organisiert, an denen sich sämtliche Organisationen der Linken (getrennt) beteiligten.

Am 7.11. wurden die besetzten Gebäude geräumt und die Geiseln freigelassen. Obwohl diese Aktion ein großes Echo – auch international – fand, verlief sie nicht sehr erfolgreich. Die Junta hatte zwar versichert die paramilitärische Organisation ORDEN zu verbieten, versicherte auch den anderen Forderungen nachzukommen, hat aber bis heute noch nichts diesbezügliches in die Wege geleitet.

Acht Tage vorher war es zu einer Demonstration in der Hauptstadt gekommen, die von den ,Ligen' organisiert war und die zum Sitz der Tageszeitung ,Prensa Grafica' marschierte. Dort waren jedoch sehr starke Armeeinheiten postiert, welche sofort das Feuer auf die Demonstranten eröffneten. 30 Tote und mindestens 100 Verletzte waren die Folge dieses Massakers.
Die Junta gab dazu an, daß sie mit diesen Ereignissen nichts zu tun habe und daß diese Armee-Einheiten auf eigene Verantwortung handelten...

Es ist offensichtlich, daß die Junta mit Zuckerbrot und Peitsche arbeitet. Während sie auf der einen Seite ununterbrochen Lippenbekenntnisse von sich gibt, schießen auf der anderen Seite ihre Truppen wahllos Demonstranten nieder.

Mit der Demokratisierungsdemagogie versucht sie einerseits einen Keil zwischen die linken Organisationen zu treiben, andererseits hofft sie, rückständigere Teile des Proletariats und vor allem des Kleinbürgertums von ihren Organisationen zu trennen, mit dem Ziel diese Organisationen in die politische Isolation zu treiben, um sie dann leichter liquidieren zu können.

Gerade das Kleinbürgertum stellt in El Salvador einen wichtigen Faktor dar. Da es ökonomisch permanent einem Pauperisierungsprozeß ausgesetzt ist, erscheint es recht anfällig für die Demagogie der Junta, aber auch für die Ideologie der faschistischen und paramilitärischen Einheiten ORDEN, Falange, UGB, OLC und Manu Blanco. Diese Organisationen sind bestens organisiert, verfügen über rund 85.000 Mitglieder und üben die gleichen Funktionen wie unter Romero aus: Bespitzelung und Kontrolle der gesamten Opposition, Werkschutz und Organisierung von Streikbrechern, bis hin zur direkten Repression gegen die Bevölkerung (vor allem gegenüber dem Proletariat) mit Morden, Plünderungen und Vergewaltigungen.

Doch der Widerspruch zwischen dem Wort und der Tat wird größer. Die politische Demagogie der Junta stößt auf immer stärkeren Widerstand. Die Massen wenden sich in verstärktem Ausmaß den linken Organisationen zu. Die Polarisierung innerhalb El Salvadors nimmt weiter zu. Die Linke hat nicht unendlich Zeit,um sich auf die letzten entscheidenden Schlachten vorzubereiten. Als Wichtigstes erscheint im Moment die Vereinheitlichung der Aktionen der linken Organisationen. Dazu gehört als erstes, jedweges Vertrauen in die demokratischen Phrasen der neuen Schlächter des Proletariats aufs Schärfste zu bekämpfen und zu denunzieren. Weiters muß dazu aufgerufen werden, daß sich die Arbeiter und Landarbeiter, die Bauern und die Halbproletarier in Komitees vereinigen, welche die Aufgabe haben sollen, gegen die paramilitärischen und militärischen Verbände neue Milizen aufzustellen, die in den Kampf eingreifen können. Darüber hinaus wäre es in einem Land, das als das am stärksten industrialisierte von Mittelamerika gilt, enorm wichtig, die Industriearbeiter weitaus stärker als bisher in die Kämpfe einzubeziehen, Betriebe zu besetzen, systematisch Schlüsselindustrien zu bestreiken, mit anderen Worten,in verstärktem Ausmaß das ökonomische ,Hinterland' der reaktionären Junta und ihrer Herren zu treffen.

Ölkrise – Krise des Imperialismus!

Mit Beginn des Jahres 1979 wurde die kapitalistische Welt mit einem neuen Krisenphänomen konfrontiert – der "Ölkrise" – oder allgemeiner, der Energiekrise. Eine um über 100 %ige Steigerung der Preise von Produkten aus Erdöl (Benzin, leichtes und schweres Heizöl etc.) läßt Erinnerungen an die letzte "Ölkrise" in den Jahren 1973/74 wach werden, die sich vergleichsweise dramatischer äußerte. Sonntagsfahrverbot (einige Umweltschützer würden heute jubeln), Benzinrationierungen, Tempolimit u. a. werden wieder in unser Gedächtnis gerückt. Und wieder müssen die "Ölscheichs" als Erklärung für die "Ölkrise" herhalten.
Waren für die bürgerliche Journaille 1973/74 die Verantwortlichen der Krise schnell ausgemacht –"Fette Ölscheichs und moskauhörige Diktatoren drehen den Ölhahn ab" – d.h. die Marktwirtschaft noch heil und rein, so muß sie heute angesichts der enormen Gewinnsteigerungen der internationalen Mineralölkonzerne vorsichtiger argumentieren. Die Schuldigen sind zwar noch immer die Araber (derzeit v.a. die islamischen Mullahs), aber auch den Konzernen wird eine Beteiligung an der Krise vorgeworfen.

Dies freut so manchen Linken, der dies schon immer wußte und jetzt die Hoffnung pflegt, daß die "öffentliche Meinung" endlich zur Einsicht kommt und ein geschlossenes Vorgehen gegen die Konzerne in den Bereich des Möglichen rückt.
Wie wenig solche Verschwörungstheorien die Krise wirklich erklären, wollen wir im folgenden Artikel versuchen aufzuzeigen. Insbesondere wird dargestellt, daß die "Energiekrise" Ausdruck gegensätzlicher Krisentendenzen kapitalistischer Produktion ist *).

Der sprunghafte Preisanstieg der Erdölprodukte.....

Reformisten, aber auch ein nicht unbeträchtlicher Teil der Linken machten die Konzerne zum Übeltäter der derzeitigen Ölpreisentwicklung. Und in der Tat sind es die Konzerne, die seit Beginn des Jahres die Preise enorm erhöht haben. Nun stellt sich aber die Frage, wieso gerade zu diesem Zeitpunkt Preiserhöhungen durchsetzbar, bzw. warum gerade jetzt die Konzerne ihr Verwertungsstreben in diesem Maße forcieren. Die Antwort auf diese doch so entscheidende Frage ist erstaunlich naiv und vom marxistischen Standpunkt nur abzulehnen. Für die Reformisten erklären sich die Preiserhöhungen aus der Monopolmacht der Konzerne, die ganz beliebig, je nach Gefallen, entweder ihre Preise in die gewünschte Höhe schrauben oder, wie wir es in den letzten Jahren beobachten konnten, auch mal senken. Logisch ist dann natürlich die politische Folgerung, durch staatliche Kontrolle oder durch die Verstaatlichung den Konzernen ihre "Preisfestsetzungsmacht" zu nehmen. Die Forderung wird mit der Erwartung verknüpft, daß mit der Veränderung der Organisationsform kapitalistischer Produktion im Ölsektor auch zukünftige Krisen ausgeschaltet sind.

Sicherlich ist es richtig, daß im Zuge der letzten Ölpreiserhöhungen die Konzerne durch manipulierte Verteilungen und Verknappung zusätzliche Spekulationsgewinne realisieren konnten Dies trifft aber nicht den wirklichen Kern der "Energiekrise".

Nach Marx konstituiert sich der Marktpreis/Produktionspreis (= Kostpreis plus Durchschnittsprofit) durch den individuellen Produktionspreis der Waren, die den bedeutenden Anteil der gesellschaftlichen Bedürfnisse nach dieser Ware in dieser Sphäre befriedigen - dies unter der Voraussetzung, daß sich die Nachfrage und das Angebot im Gleichgewichtszustand befinden. Kapitale, die unter schlechteren Bedingungen produzieren, werden verdrängt und die, die gegenüber dem Durchschnitt über bessere verfügen, realisieren einen Surplusprofit. Die höhere Produktivkraft verallgemeinert sich dann, wenn sie zum Durchschnittsniveau wird.

In der Sphäre der Rohstoffproduktion, also in der von der Natur abhängigen Produktionssphäre, kommt es nicht zu einer Verallgemeinerung der höheren Produktivkraft. Die stoffliche Basis der Rohstoffproduktion ist gekennzeichnet von großen Differenzierungen in Quantität (Rohstoffe sind nicht beliebig reproduzierbar), Qualität und Standort. Die höhere Produktivkraft der Arbeit – bedingt durch die von der Natur gegebenen besseren Produktionsbedingungen – steht nur den Kapitalen in derselben Produktionssphäre zur Verfügung, die sich das Monopol über die qualitativ bessere Naturbasis der Rohstoffproduktion aneignen konnten.

Da von einer Verallgemeinerung der höheren Produktivkraft nicht ausgegangen werden kann, stellt sich nun die Frage, wer die Marktpreise im Energiesektor reguliert. Energieproduzierende Kapitale sind neben den Ölkonzernen hauptsächlich die kohleproduzierenden Kapitale. Über den Gebrauchswertzusammenhang von Kohle und Erdöl als Energieträger bzw. über die Möglichkeit der gegenseitigen Ersetzbarkeit stehen die Ölkonzerne und kohleproduzierenden Kapitale in einem Konkurrenzverhältnis. Stehen auf dem Weltenergiemarkt die Kohle und Erdöl produzierenden Kapitale in Konkurrenz zueinander, so konkurrieren auch die amerikanischen Kohle produzierenden Kapitale mit den europäischen, die europäischen untereinander wie auch die amerikanischen Kohle produzierenden Kapitale mit den amerikanischen Öl produzierenden Kapitale. Wenn auch noch nicht der Wert- und Preisbildungsprozeß international vereinheitlicht ist (wesentlich verhindert durch staatlichen Protektionismus), so gibt es zumindest einen einheitlichen kontinentalen Wert- und Preisbildungsprozeß.

Gehen wir von den besonderen Bestimmungen des Wertbildungsprozesses in der Rohstoffproduktion (präziser: von der Energieträgerproduktion) aus, dann regulieren die unter den schlechtesten Bedingungen energieproduzierenden Kapitale mit ihrem individuellen Produktionspreis den Marktpreis auf dem Energiesektor - allerdings unter der Bedingung, daß zur vollständigen Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse nach Energie die Produktion von Energieträgern unter ungünstigster Bedigungen erforderlich ist. Zweifellos sind die europäischen Kohlevorkommen gegenwärtig die ungünstigsten Naturbasen der Energieträgerproduktion und die Erdölproduktion im Nahen Osten die günstigsten. Dazwischen rangieren US-Erdöl und US-Kohle. Die Kohleproduktion in der BRD verfügt im europäischen Verglich über die ungünstigste Naturbasis und konnte bisher nur durch Einfuhrbeschränkungen und Subventionen (Kohlepfennig) aufrechterhalten werden.

Auch wenn davon auszugehen ist, daß die europäische Kohle den Marktpreis für Energieträger reguliert, kann nicht von unmittelbar gleichen Preisen der Energieträger ausgegangen werden. Es findet – abhängig von der Zufuhr und Nachfrage nach Erdöl – eine mehr oder weniger starke Annäherung der Ölpreise an die Kohlepreise statt.

War die Preisentwicklung des Erdöls bzw. der Erdölprodukte in den letzten Jahren von Preisrückgang gekennzeichnet – einer verstärkten Zufuhr stand eine konjukturell bedingte Abnahme der Nachfrage gegenüber – so ändert sich die Situation auf der Nachfrageseite bedingt durch partielle konjunkturelle Aufschwünge und klimatische Extremsituationen (der lange und kalte Winter) und auf der Seite der Zufuhr durch den relativ langen Ausfall der iranischen Öllieferungen (die, wie es scheint, auch nicht mehr den alten Lieferstand 6 Mio. Faß tägl. erreichen werden). Offensichtlich wurden die Schwierigkeiten durch Manipulationen der Erdölkonzerne verschärft. Neben einem beträchtlichen Anstieg der amerikanischen Rohölimporte führte die BRD im 1. Quartal 1979 um fast 18 % mehr Öl ein als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die ungleichgewichtige Entwicklung auf dem Ölmarkt führte zu einem sprunghaften Anstieg der Ölpreise.
Das Auftreten der USA auf dem Rotterdamer Spotmarkt – hier werden Rohölmengen wie auch Ölprodukte angeboten, die nicht vertraglich an die Konzerne gebunden sind – als Käufer freier Mengen, beschleunigte die Preisentwicklung. Rohöl wurde pro Faß (159 l) für über 30 Dollar gehandelt. Das Heizöl verteuerte sich in der BRD um fast 100 %. Auslösendes Moment der Preisentwicklung ist nicht die Erhöhung der Abgabepreise durch die erdölexportierenden Länder - diese erfolgten erst viel später - , sondern ein Ungleichgewichtszustand von Nachfrage und Zufuhr auf dem Ölmarkt.
Die Mengenreduzierung des Erdölexports durch den Iran und die fehlende Bereitschaft anderer OPEC–Staaten, einen Lieferausgleich zu schaffen auf der einen Seite, der verstärkte Bedarf nach Energie kapitalistischer Metropolen auf der anderen Seite, näherte den Ölpreis an sein Regulativ (der Preis des anderen Hauptenergieträgers) in der Intensität an, daß die Kohle, die unter den ungünstigsten Bedingungen produziert wird, offensichtlich keiner weiteren Subventionierung bedarf. Die Überlegung, auf die Abgabe des Kohlepfennigs in der BRD zu verzichten, ist ein eindeutiges Indiz für diese Entwicklung.
Trotzdem steht der Substituierung von Erdölprodukten, z.B. Benzin, durch die Hydrierung von Kohle die wesentlich höheren Kosten entgegen aufgrund des erforderlichen technologischen Aufwands, aber auch, weil eine Tonne Rohöl von seiner chemischen Substanz 1,7 mal mehr Wärmeeinheiten liefert als eine Tonne Kohle. Insofern ist nicht davon auszugehen, daß der derzeitige Rohölpreis dem Öl gegenüber der Kohle tendenziell Konkurrenznachteile bringt. Deshalb ist selbst bei einer weiteren Verfestigung des Ungleichgewichtszustands und weiteren Rohölpreiserhöhungen keine Substituierung des Öls durch Kohle zu erwarten.

... zum sprunghaften Anstieg der Surplusprofite

Die Ölkonzerne wollen der Öffentlichkeit weismachen, daß in der Erhöhung der Abgabepreise durch die Erdöl exportierenden Länder die eigentliche Ursache der Preismisere zu sehen sei. Sie lassen dabei aber wohlweislich außer Betracht, daß die OPEC *erst im April 1979* den Abgaberichtpreis auf 14,54 Dollar heraufsetzte, also zu einer Zeit, als die Ölpreise auf dem Weltmarkt eine bis dahin nicht gekannte Höhe erreicht hatten. Ab 1. Juli 79 beträgt nun der Basis-Preis für Rohöl 18 Dollar pro Faß. Jedes OPEC-Mitglied kann unabhängig von den üblichen Auf- und Abschlägen aufgrund von Qualitäts- und Transportunterschieden Zuschläge bis zur Obergrenze von 23,5 Dollar vornehmen. Diese Preiserhöhungen, die nur zum Teil Reaktionen auf den unvergleichlich höheren Anstieg der Weltmarktpreise sind, gleichen weitgehend

aber nur den bisherigen Kursverfall des Dollars aus. Letztendlich haben sich also die Einstandspreise der Konzerne für Rohöl unter Berücksichtigung der Abwärtsbewegung des Dollars bisher im Vergleich zur extremen Steigerung des Marktpreises nicht in dem Maße erhöht. Dies wurde zu Jahresbeginn von den Ölkonzernen auch unumwunden zugegeben. Nach ihren Angaben hat die Dollarschwäche die Tonne Rohöl im Jahre 1978 um 30 DM verbilligt (FAZ vom 12. 1. 79).

Hier stellt sich natürlich die Frage, aus welchen Faktoren sich der Weltmarktpreis für das Rohöl und die Erdölprodukte zusammensetzt und welchen Einfluß der Abgabepreis der Ölförderländer auf den Weltmarktpreis hat.

Für Rohöl finden wir zwei Preise vor.
Zum einen den Listenpreis, berechnet nach der im Rohöl enthaltenen Energiemenge (in Steinkohleeinheiten), der die Grundlage der Abgaben der Konzerne an die Ölförderstaaten ist: zum anderen den Marktpreis, der seinem wirklichen Wert entspricht, aber wesentlich höher liegt als der Listenpreis. Hinzugerechnet werden muß noch der Preis von Nebenprodukten, die bei der Ölverarbeitung entstehen, über deren Verwertung wegen der Nichtveröffentlichung von Kosten und Gewinnen keine konkreten Aussagen gemacht werden können. Auch ohne konkrete Angaben über Verarbeitungskosten des Rohöls bedarf es nicht gerade einer Spürnase, um zu erkennen, daß die große Masse des Surplusprofits sich nicht die OPEC-Staaten aneigenen, sondern die Konzerne und die kapitalistischen Metropolen durch ihre bis zu 100 prozentige Besteuerung des Mineralöls. Die staatlichen Steuern sind nicht ein willkürlicher Aufschlag auf den Marktpreis, sondern dessen Bestandteil. Das Ansteigen der staatlichen Einnahmen aus der Mineralölsteuer, und noch im stärkerem Maße die sprunghafte Entwicklung der Surplusprofite der Konzerne, die nur zum Teil in den Bilanzen ausgewiesen werden, lassen eindeutig den Schluß zu, daß nicht die Ölförderländer die eigentlichen Gewinner der letzten Preiserhöhungen sind. An ihnen wird ein ungeheurer Betrug von Seiten der Konzerne unter Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Metropolen vorgenommen.

Entwicklungstendenzen im Energiesektor

Obwohl die letzte Preisentwicklung auf dem Ölmarkt auf Ungleichgewichtslagen von Zufuhr und Nachfrage zurückzuführen ist, zeigt sich erneut eine verstärkte Tendenz zu einer Veränderung des Verhältnisses der Ölförderstaaten zu den kapitalistischen Metropolen. Die Mengenreduzierung der Ölproduktion im Iran - ausgelöst durch die Kämpfe zum Sturz des Schahs — hat zwar vorübergehend eine Milderung erfahren, ist aber bis heute nicht aufgehoben. Inzwischen überlegen andere OPEC-Staaten, ob sie nicht ebenfalls ihre Ölförderungen einschränken. Unweigerlich würde die Realisierung dieser Überlegungen eine weitere Verschärfung des Ungleichgewichtszustandes mit all ihren Folgen zur Konsequenz haben.

Mit dem Eindringen des Kapitals in vorkapitalistische Gesellschaften, deren Reste wir zum Teil noch in den Ölförderländern vorfinden, setzt es auch die Bedingungen zur Auflösung vorgefundener Strukturen vorkapitalistischer Produktionsverhältnisse. Mit der Integration in den Weltmarkt wird die kapitalistische Mehrwertproduktion zur bestimmenden Form der Produktion, verändern sich auch die Klassenverhältnisse grundsätzlich. Herrschende Klassen peripherer abhängiger kapitalistischer Staaten geben sich nicht mehr mit einem Tribut zufrieden, sondern beanspruchen in ihrem Streben nach Profit den durch die Anwendung der günstigen Naturbasis durch die Mineralölkonzerne erzielten Surplusprofit für sich selbst. Die Erkenntnis, daß die Naturbasis der Rohölproduktion in zeitlich absehbarer Zeit erschöpft ist, verstärkt das Bestreben der OPEC-Staaten. Auch wenn diese Tendenzwende kein einheitlicher Prozeß der OPEC-Staaten ist, so zeigen doch schon die Nationalisierungsbestrebungen des nationalen iranischen Bürgertums im Jahre 1951 - die Zerstörung vorkapitalistischer Strukturen im Iran war im Vergleich zu den anderen Ölförderstaaten am weitesten fortgeschritten — die Berechtigung dieser These. Die neueste Entwicklung im Iran hat das Tempo einer grundsätzlich veränderten Stellung der Ölförderstaaten zu den kapitalistischen Metropolen beschleunigt.

Wert- und Preisbildung, Verteilung des Surplusprofits, wie es im vorhergehenden Teil analysiert wurde, lassen den Schluß zu, daß die „Energiekrise" kein partielles konjunkturelles Problem des Imperialismus ist, sondern Anzeichen einer in der Tendenz zunehmenden, tiefgreifenden Krise kapitalistischer Produktion, deren Wachstum durch Einschränkung des Zugangs zur Naturbasis der Rohstoffproduktion und dem Bestreben rohstoffreicher Gesellschaften, den Surplusprofit sich selber anzueignen, Grenzen gesetzt sind.

W.W.

TABELLE 1 Rohölproduktion in den wichtigsten ölexportierenden Ländern

Hauptproduzenten im Nahen Osten				1977	1978				1979	
	Production per day	1977	1978	4 Qtr	1 Qtr	2 Qtr	3 Qtr	4 Qtr	1 Qtr	2 Qtr
Kuwait[a]	'000 barrels	1,973	2,095	2,294	1,863	1,905	2,295	2,319	2,601	2,545[c]
Saudi Arabia[a]	"	9,204	8,279	9,069	7,919	7,581	7,643	9,974	9,780	8,791[d]
Iran	"	5,699	5,236	6,033	5,502	5,713	5,928	3,889	1,181	3,738[d]
Iraq[b]	"	2,493	2,627	...	2,362	2,433	2,647	3,065	3,231	3,300[c]
Libya	"	2,077	1,977	2,051	1,825	1,929	2,066	2,083	2,104	2,050[c]
Abu Dhabi	"	1,667	1,447	1,636	1,440	1,437	1,454	1,458	1,455	1,413[d]
Qatar	"	436	482	492	451	446	509	521	488	548[c]
Oman	"	342	315	333	325	312	310	309	301	305[c]

TABELLE 2
Die wichtigsten Rohölimporteure (aus Nah-Ost), monatl. Durchschnitt in Mio. US-Dollar

Importe aus	Japan[a]		USA[b]		France		Italy		W Germany		UK	
	Jan-Dec 1978	Mar 1979	Year 1978	Jan-Apr 1979	Jan-Dec 1977	1978	Jan-Dec 1977	1978	Jan-Dec 1977	1978	Jan-Dec 1977	1978
Kuwait	168.46	201.68	3.46	2.07	28.46	21.91	55.25	70.71	6.09	14.49	76.59	94.94
Saudi Arabia	596.20	807.46	438.97	618.07	358.40	337.87	237.09	197.84	156.25	123.84	151.50	120.03
Iran	347.58	61.14	224.15	49.08	82.13	93.89	117.48	120.20	132.66	144.26	109.31	78.59
Iraq	70.05	114.60	19.79	45.75	151.50	174.35	114.28	155.05	9.68	16.55	47.00	77.88
Bahrain & Qatar	48.13	85.29	26.48	13.68	26.32	41.02	8.26	8.00	8.53	5.63	14.38	4.29
United Arab Emirates	212.06	255.32	154.33	148.86	98.70	86.36	20.22	23.81	75.86	57.71	36.10	35.11
Libya	1.99	-	308.84	324.44	24.60	31.38	116.64	129.94	174.01	133.09	18.13	11.75
Summe	1,444.47	1,525.49	1,176.02	1,196.95	770.11	786.78	669.22	705.55	563.08	495.57	453.01	422.59
Summe aller Prod.	1,971.47	2,122.21	2,678.37	2,973.13	985.94	995.07	813.62	897.69	845.18	830.91	595.52	564.29
Nah-Ost-Länder in %	73.3	71.9	43.9	40.3	78.1	79.1	82.3	78.6	66.6	59.6	76.1	74.9

Quelle: Quarterly Economic Review of Oil in the Middle East, 3rd Quarter 1979

*) Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Analyse von M. Massarat, Energiekrise oder Krise des Kapitalismus in: ‚Prokla' Nr. 11/12, 1974 und M. Massarat, Linksbürgerliche Analysen der Energiekrise in: 'Prokla', Nr. 23, 1976. Ich teile seine Einschätzung und habe zur Verdeutlichung der „Energiekrise" darauf zurückgegriffen.

Gespräch mit einem ägyptischen Genossen

Der Nahe Osten von Nasser zu Sadat

Wie sehr die Ereignisse im Iran die ganze Region des Nahen Ostens betreffen, wurde unter anderem durch die Bereitschaft der israelischen Regierung bewiesen, intervenierenden US-Truppen Armee-Stützpunkte zur Verfügung zu stellen. Die imperialistische Befriedung des Nahen Ostens tritt auf der Stelle. Nicht zuletzt wegen großer Differenzen innerhalb der israelischen Regierung. Die Koalitionsregierung Begins droht täglich in ihre einzelnen Bestandteile zu zerfallen. Grundlage dieser Auseinandersetzungen ist die unterschiedliche Stellung zu den Siedlungsprojekten in der Westbank und die Haltung zu einem Staat der Palästinenser auf diesem Gebiet. Ohne Zweifel wächst innerhalb der israelischen Bourgeoisie die Bereitschaft,Siedlungsprojekte aufzugeben, einen (kastrierten) Palästinenserstaat zu billigen, um der Stabilisierung der Region nicht länger im Wege zu stehen. Dies entspricht auch den Interessen des US-Imperialismus.

Doch nicht nur extrem rechte Zionisten stehen dieser Politik im Wege, sondern es sind vor allem die in den besetzten Gebieten lebenden Araber, die nicht nur gegen eine israelische, sondern auch gegen eine jordanische Oberhoheit auftreten.

Die ungeheuerliche Sparpolitik auf dem Rücken der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums hat in den letzten Wochen in Israel selbst zu einer Welle von Auseinandersetzungen geführt. Die israelische Arbeiterklasse muß zu dem Bewußtsein gelangen, daß die Unterdrückung der arabischen Nation und die innere Raubpolitik zwei Seiten einer Medaille darstellen. Das aktive Eintreten der israelischen Arbeiterklasse für die Rechte der Palästinenser, gegen den permanenten Krieg Israels gegen die im Südlibanon lebenden Palästinenser würde die imperialistischen Pläne umstoßen und den Weg zu einer fortschrittlichen Entwicklung im Nahen Osten öffnen. Und nicht zuletzt ist dies auch die einzige Möglichkeit der israelischen Arbeiter, ihre eigenen Probleme zu lösen.

Das folgende Gespräch mit einem ägyptischen Genossen wurde im August dieses Jahres in Wien geführt.

Die Klassenkampfe im Jänner 1977

permanente revolution: Was waren die gesellschaftlichen Grundlagen der Klassenkämpfe im Jänner 1977? Waren ausschließlich die städtischen Arbeiter in die Kämpfe einbezogen, oder griffen die Unruhen auch auf die armen Bauern über? Darüberhinaus wäre es auch wichtig zu wissen, welche linken Organisationen – und mit welcher Politik – in die Auseinandersetzungen eingegriffen haben.

Hamed: Die Auseinandersetzungen im Jänner 1977 waren der Höhepunkt von Klassenkämpfen, die schon 1970 einsetzten. Deshalb ist es besser, die gesamte Entwicklung darzustellen. Ich will also beginnen mit dem Tod des Bonaparte (gemeint ist Nasser, Anm.d.Red.) und der Machtübernahme Sadats. Sadat war der direkte Repräsentant der Bourgeoisie, der eine Phase einleitete, in der die Errungenschaften der Massen, die während der Nasser-Periode erkämpft wurden, rückgängig gemacht wurden. Als Reaktion auf diese Maßnahmen und wegen der zunehmenden ökonomischen und sozialen Krise im Lande begannen die Massen in Bewegung zu kommen.
Hervorheben möchte ich den Streik der Stahlarbeiter von Kairo 1969 und 1970, sowie die Streiks und Demonstrationen der Studenten im ganzen Land 1971, 1972 und 1973. Das alles geschah vor dem Krieg 1973. Es gab in dieser Periode im ganzen Land von einander unabhängige Streiks um ökonomische Forderungen. Man kann also allgemein sagen, daß in dieser Periode die ägyptische Arbeiterklasse sich ihrer Stärke bewußt wurde.
Aber das politische Bewußtsein der Arbeiter hinkte der Entwicklung nach. So wurden die Streiks nicht verallgemeinert und es gab Streiks, in denen die aktiven Arbeiter von ihren Kollegen aus der benachbarten Fabrik nicht unterstützt wurden.
Durch die Studentendemonstrationen kam eine große nationale Opposition gegen das Sadat-Regime zum Ausdruck, die auch von den Arbeiterkämpfen und von der Opposition des städtischen Kleinbürgertums manifestiert wurde. Dem Regime gelang es aber, durch die nationalistische Demagogie, die während und nach dem Krieg 1973 entfacht wurde, diese Bewegung zu stoppen. Die Massenbewegung stagnierte. Mit diesem Krieg wollte die ägyptische Bourgeoisie die Phase der verstärkten Öffnung gegenüber dem Imperialismus einleiten,was aber von einem Ansteigen der Inflation und der Preise für Lebensmittel begleitet war. Dadurch kamen die Massen wieder in Bewegung.
In den Jahren 1974 und 1975 kommt es wieder vermehrt zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und der Bevölkerung (viele Polizeistationen wurden zerstört). Es kam auch wieder zu bedeutenden Streiks in Alexandria und Kairo. Von Alexandria ausgehend, kam es zu einem Generalstreik, dessen Hauptforderung die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom Staatsapparat war.

Im Jänner 1975 gingen die Massen auf die Strassen, besetzten Bahnhöfe und nahmen den Kampf mit Polizei und Armee auf. Vom Industriebezirk Kairos ausgehend, formierten sich die Arbeiter zu einer machtvollen Demonstration, legten den Verkehr lahm und vereinigten sich mit den Studenten zu einem Marsch in das Zentrum der Stadt. Es kam zu einer neuen Repressionswelle und der Verabschiedung von reaktionären Gesetzen, die sich gegen das Proletariat im allgemeinen und gegen die Streiks im besonderen richteten.

Ende 1975 wurde Sadat zum Präsidenten ‚gewählt'. An diesem Tag streikten die Bediensteten der öffentlichen Verkehrsmittel und legten den öffentlichen Verkehr Kairos lahm. Das Militär schoß auf die sich in den Remisen versammelnden Arbeiter und tötete 20 von ihnen, die Streikführer wurden gefangengenommen. Einer von ihnen wurde zu 20 Jahren verurteilt, da er angeblich einen Polizisten erschossen hätte. Typisch für die politische Situation ist es, daß im Moment dieser großen Klassenkämpfe die Zeitungen des Landes vom 99%igen ‚Wahlsieg' Sadats sprachen...

Während dieser tiefgehenden sozialen Krise und als Folge der verstärkten Ausbeutung durch den Imperialismus erfolgte Ende 1976 eine Welle von massiven Preiserhöhungen. Die internationalen Banken banden ihre Kredite für das Sadat-Regime an die Bedingung, die staatliche Stützung des Brotpreises aufzugeben und die Preisentwicklung den kapitalistischen Marktgesetzen anzupassen. Dies war der Ausgangspunkt für die Demonstrationen und Streiks im Jänner 1977, die von allen Klassen – mit Ausnahme der reichsten Kleinbürger und der Bourgeoisie – unterstützt wurden.
Die Unruhen breiteten sich auf 15 Städte aus,und obwohl ich nicht ins Detail gehen will, ist es notwendig, die Zahlen der Kampfteilnehmer, die von der staatlichen Presse angegeben wurden, zu berichtigen. 10 Millionen Menschen waren damals in Ägypten auf den Straßen,und sie wurden vom Militär mit Maschinengewehren und Panzern angegriffen.
Sadat unternahm zwei Schritte. Einerseits nahm er die Freisetzung der Preise zurück, andererseits rief er den Notstand aus, d.h. Versammlungen und Demonstrationen waren verboten,und ab 6 Uhr abends herrschte ein Ausgangsverbot. Neben der politischen Opposition wurden Tausende verhaftet, die außerhalb der Opposition standen. Die staatliche Propaganda behauptete, daß die Sowjetunion und die KP dies alles ‚angezettelt' habe, um das Regime zu vernichten. Daß die Kampfhandlungen am Ende des 2.Tages durch die massiven Repressionsmaßnahmen des Regimes zum Stillstand kamen, ist meiner Meinung nach darauf zurückzuführen, daß die Massenbewegung explosionsartig und ohne organisatorische Führung war. Die Kampfhandlungen wurden zwar von Angehörigen der Linken angeführt, doch waren diese kaum in den Massen verankert. Die Demonstrationen begannen völlig spontan. 300 Arbeiter zogen auf die Straße, hunderte andere Arbeiter und Studenten folgten ihnen und schließlich waren es Millionen.
Es ist nicht möglich zu sagen, welche linke Organisation die Kämpfe angeführt hat. Jedenfalls ist keine Massenpartei aus den Kämpfen entstanden. Dazu war die Linke insgesamt zu jung, unerfahren und zu wenig in der Arbeiterklasse verankert. Ich kann nicht behaupten, daß meine Organisation 10 Millionen in 15 Städten angeführt hat.Aber es war die extreme Linke, die die Massen auf die Straßen rief und die Demonstrationszüge anführte, vor allem in den industrialisierten Teilen des Landes.
In Alexandria wurden die Kämpfe von den Arbeitern des Marine-Arsenals geführt, die eine lange Kampfkontinuität hatten und die zum ersten Mal ein politisches Programm formulierten, in dem ökonomische Forderungen für die gesamte Arbeiterklasse und politische Forderungen für die gesamte Nation enthalten waren. Sie hatten schon früher für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom Staat gekämpft und traten für eine Gewerkschaftsbewegung ein, die auf Rätebasis organisiert sein sollte. Ein Vertreter dieser Arbeiter führte die Kämpfe in Alexandria an.
Ein Kern der Arbeiterklasse führte das Proletariat an,und dieses wurde dadurch zur führenden Kraft der Nation und zog die Studenten und das städtische Kleinbürgertum in den Kampf, sogar einzelne Polizisten und die Angehörigen des Militärspitals unterstützten die Kämpfe. Die Nation war gegen das Sadat-Regime aufgestanden.

Die politischen Organisationen

Die Kommunistische Partei hatte keine Massenaktion angeführt, dazu sind ihre Mitglieder schon zu alt. Innerhalb der Einheitspartei des Sadat-Regimes, der ‚Sozialistischen Union', gab es die ‚Linke Partei', die vom Regime erlaubt wurde, um den Unmut der Massen zu kanalisieren und ein Wachsen der extremen Linken zu verhindern. Der Führer dieser Partei, ein ehemaliger Mitkämpfer Nassers – er selbst nennt sich ‚Marxist' –, verurteilte den militanten Kampf und sprach sich allein für eine ‚legale Opposition' aus. Aber Sadat fürchtete sogar diese legale Opposition,und die Partei wurde während der Kämpfe im Jänner 1977 verboten. Die KP war in dieser ‚Linken Partei', ordnete sich deren Programm völlig unter und trat ausschließlich für legale demokratische Reformen ein.
Die ‚Workers Communist Party' und die ‚Revolutionary Communist League' sowie kleinere Gruppen, die zum Teil Abspaltungen der ‚Communist

Workers Party' sind, waren die aktivsten Teile der Linken in den Kämpfen.

permanente revolution: Die Bauern gehören doch sicherlich zu den unterdrücktesten und ausgebeutetsten Schichten der Bevölkerung. Nahmen sie aktiv an den Auseinandersetzungen teil?

Hamed: Es gab kein einziges Dorf in Ägypten, das der städtischen Bevölkerung zu Hilfe kam. Seit 1968 waren es immer nur die Arbeiter und Studenten, die sich aktiv gegen das Regime wandten. Es ist erstaunlich. Obwohl die Bauern die ärmste Schicht der Bevölkerung sind, kommt von ihnen die geringste Militanz.

Von Nasser zu Sadat

permanente revolution: Kommen wir nun auf jene grundsätzlichen Fragen zu sprechen, die die Entwicklung im Nahen Osten betreffen. Nach der Erlangung der nationalen Unabhängigkeit gibt es bei vielen Regimes eine Phase der relativen Unabhängigkeit vom Imperialismus, eine Phase, in der die Armee die einzige intakte Kraft der bürgerlichen Gesellschaft ist – daher ist der Begriff des Bonapartismus durchaus angebracht – und die sich auch durch eine ziemlich enge Anlehnung an die Sowjetunion auszeichnet. Mit Hilfe der Sowjetunion wurde die Schwerindustrie und die Armee aufgebaut, kurz – der bürgerliche Staatsapparat stabilisiert. Als Folge der ökonomischen Stärkung, ja überhaupt des Anwachsens der nationalen arabischen Bourgeoisien, setzte in den letzten Jahren auch eine politische Wende ein. Der Handel mit dem Imperialismus – und damit die finanzielle Abhängigkeit der arabischen Regimes – nimmt an Ausmaß zu, die Regimes geraten in verstärkte Schuldenabhängigkeit vom Imperialismus. Politischer Ausdruck dieser gesellschaftlichen Tendenzen ist dann eben unweigerlich eine Änderung im politischen Überbau. In Ägypten eben der Wechsel vom „Antiimperialisten' Nasser zum offenen Lakaien des US-Imperialismus Sadat.

Hamed: Der Nasser-Bonapartismus basierte auf der Niederlage, die die arabischen Regimes 1948 durch Israel erlitten hatten. Die ägyptische Bourgeoisie war zu schwach, um den Faruk-Regimes den Todesstoß zu versetzen. Ihre Opposition beschränkte sich auf die Forderung nach einer konstitutionellen Monarchie, was sie mit Unterstützung des britischen Imperialismus zu erreichen hoffte.
In einer Situation (Anfang der 50iger Jahre), in der es zu umfassenden Auseinandersetzungen und Kämpfen gegen das Faruk-Regime kam, suchte die ägyptische Bourgeoisie ein Arrangement mit Faruk und dem englischen Imperialismus zu erreichen, um einen radikalen Wechsel zu verhindern.
Der im Juli 1951 erfolgte Putsch der Offiziere um Nasser war in einer Situation des Klassengleichgewichts die einzige Chance für das bürgerliche Regime, als solches zu überleben und den gesamten Staatsapparat zu stabilisieren. Das erste, was die Nasser-Militärdiktatur tat, war die Ausübung massiver Gewalt gegen die Massen, um diese von den Straßen wegzubringen und um ihre Aktivität zurückzudrängen. Es wurden alle Parteien und die Gewerkschaften verboten. Nach sechs Monaten seiner Herrschaft kam es zu einem Streik in einer Fabrik in Alexandria. Zwei Streikführer, die gefordert hatten, daß die Armee in die Kasernen zurückkehre, wurden gehenkt und zur Abschreckung eine Woche lang öffentlich am Galgen gelassen. Der Mann, der damals den Vorsitz des Gerichtes führte, war Sadat! Man kann den Bonapartismus in mehreren Phasen einteilen. Von 1952 bis 1961 gab es eine Phase der Stabilität, die darauf gegründet war, daß jedes freie politische Leben, jeder Streik unterdrückt wurde. Die Profitmöglichkeiten der Bourgeoisie nahmen in dieser Periode zu. Zum Beispiel hatte die ‚Ägyptische Bank' – die damals noch in Privatbesitz war – in den Jahren 1957/58 ihr Stammkapital um 150% vergrössern können. Nasser war im Grund genommen derjenige, der der ägyptischen Bourgeoisie den Weg ebnete. Unter seinem Regime wurden 1956 ausländische Banken nationalisiert, aber die nationale Bourgeoisie war zu schwach, um eine lebensfähige nationale Industrie aufzubauen und investierte nur dort, wo es kurzfristig hohe Profite gab.

Der Konflikt zwischen dem Nasser-Regime und der nationalen Bourgeoisie hatte schließlich darin seine Grundlage: Nasser wollte eine nationale ägyptische Industrie aufbauen, die ägyptische Bourgeoisie aber investierte vor allem im Handel mit Häusern, Grundstücken (generell im Handel). Die Landreform Nassers war keine Aufteilung des Landes auf die armen Bauern, sondern begünstigte die mittleren und reichen Bauern (Agarkapitalisten). Bis 1961 war Nasser der politische Vertreter der Bourgeoisie. Als es aber offensichtlich war, daß die nationale Bourgeoisie nicht fähig war, ihre Aufgabe des Aufbaues einer nationalen Industrie zu erfüllen, mußte der Staat diese Aufgabe übernehmen. Nasser wurde damit auch zum ökonomischen Repräsentanten der Bourgeoisie. Der Rückhalt, den Nasser hatte, um diese Aufgabe zu erfüllen – die sich gegen bestimmte Sektoren der nationalen Bourgeoisie richtete –, kam von der gestärkten Agrarbourgeoisie und vom Kapital der nationalisierten Banken und Betriebe. Diese Industrialisierung wurde demagogisch unter der Flagge des „Sozialismus" begonnen und von der Sowjetunion unterstützt. Das leitete die Periode der Freundschaft zwischen Ägypten und der Sowjetunion ein.

Ein Bonapartist wie Nasser versucht nicht nur, im nationalen Rahmen ein Kräftegleichgewicht herzustellen – in Ägypten machte er Zugeständnisse an das Kleinbürgertum und an die Arbeiterklasse, um sie politisch zu stabilisieren –, sondern auch international zwischen den beiden Großmächten zu lavieren. Die Ausdehnung des ägyptischen Handels auf den arabischen Raum brachte die Möglichkeit eines Konfliktes mit dem US-Imperialismus mit sich. Aus diesem Grund suchte Nasser die Freundschaft mit der Sowjetunion.
Die Sowjetunion opferte die Interessen des ägyptischen Proletariats, indem sie das Nasser-Regime als einen „Weg zum Sozialismus" darstellte. Für ihre kurzfristigen Vorteile forderte die Sowjetbürokratie ihre Genossen von der KP – die zu dieser Zeit in den Gefängnissen saßen – auf, die Partei aufzulösen und in die „Sozialistische Union" Nassers einzutreten; was auch geschah.

Ab 1965 kann man von einer neuen Phase sprechen, in der die ägyptische Bourgeoisie sich wieder stärker gegenüber dem Imperialismus zu öffnen trachtete. Die grundsätzliche Stellung der ägyptischen Bourgeoisie gegenüber dem Imperialismus – nämlich die der Unterordnung – hat sich auch unter Nasser niemals geändert. 60% des Nationaleinkommens kamen noch immer aus der

„Palästina" – die Zeitung des Komitees „Solidarität mit der arabischen Revolution" erschienen!

Seit ca. 2 Monaten arbeitet das Komitee und hat bereits, trotz aller Schwierigkeiten, kräftige Lebenszeichen von sich gegeben.

Das rasche Erscheinen der ersten Nummer der Komitee-Zeitung „PALÄSTINA" war ein beachtlicher Erfolg. Sie kam Anfang November heraus und hatte 16 Seiten – 11 arabisch, der Rest deutsch. Der Verkauf ging weit besser als erwartet, und schon nach wenigen Tagen wurden alleine in Wien einige hundert Zeitungen verkauft. Sie erzielte besonders unter arabischen Genossen eine beachtliche Resonanz. Für die zweite Nummer wurden von Mitarbeitern des Komitees und von Außenstehenden spontan so viele Artikel angeboten, daß eine Auswahl getroffen werden muß.

Trotz aller anderen Aktivitäten wird „PALÄSTINA" das zentrale Mittel der Information und der internationalen Solidarität bleiben. „PALÄSTINA" Nr.2 wird demnächst erscheinen, diesmal hoffentlich in noch besserer technischer Gestalt. Geplant sind Artikel zur Tunis-Konferenz, zur Repression in Saudi-Arabien, Berichte und Analysen zum Generalstreik und zur zionistischen Repression im Westjordanland, u.a.m.

Mit „PALÄSTINA" 1 wurde versucht, auch außerhalb Wiens Propaganda für die Solidarität mit der arabischen Revolution zu betreiben. In Salzburg führte das Komitee am 7. November eine Diskussionsveranstaltung durch, auf der ein Genosse über die politischen Prozesse gegen die linke Oppos'tion in Ägypten und die Situation im Nahen Osten berichtete. Im Anschluß an sein Referat kam es zu einer sehr lebendigen Diskussion.

Gegen die laufenden Prozesse in Ägypten organisierten das Komitee und wir am 14. November eine Protestkundgebung vor dem Büro der ägyptischen Fluglinie. Wie schon bei der vorher einberufenen Aktionseinheitssitzung fehlten auch bei der Kundgebung die linken Organisationen. Obwohl die Anzahl der Teilnehmer dementsprechend gering war, halten wir es weiterhin für unsere Pflicht, durch offenes Auftreten auf die Kämpfe, bzw. die Repression in den arabischen Ländern hinzuweisen.

Gemeinsam mit dem Spartacusbund führte ein Genosse des Komitees Informationsveranstaltungen in 4 deutschen Städten durch. Den größten Widerhall erzielte man in Berlin, wo ca. 100 Personen kamen. Doch auch in Frankfurt, Tübingen und Münster stießen die Veranstaltungen auf reges Interesse und es ergaben sich interessante Kontakte. Möglicherweise kommt es in der nächsten Zeit zur Bildung von Solidaritätskomitees in Berlin und Tübingen und zu einem geregelten Informationsaustausch mit dem schon bestehenden Komitee in Frankfurt. Sollte dies tatsächlich gelingen, wäre es ein beachtlicher Erfolg.

Neben diesen Kontakten ist beabsichtigt, schon existierende Komitees, die Solidaritätsarbeit zu den Kämpfen der arabischen Massen leisten, anzuschreiben und einen Informationsaustausch in die Wege zu leiten.

Beginn des neuen Jahres ist in Wien eine zweite Veranstaltung des Komitees geplant, auf der die aktuelle Lage im Nahen Osten und die Arbeit des Komitees zur Diskussion stehen werden – möglicherweise kombiniert mit einem Film. Auf diese Weise soll versucht werden, Einzelpersonen und linke Organisationen zur Mitarbeit zu gewinnen, die Kräfte des Komitees zu vergrößern und damit bessere Möglichkeiten zu schaffen, auf die tagtäglichen Kämpfe im Nahen Osten und die Versuche der arabischen reaktionären Regimes, sie zu unterdrücken, zu antworten. So wäre es z.B. heute unmittelbar notwendig, auf die brutale Repression im Westjordanland mit öffentlichen Kundgebungen oder Demonstrationen zu reagieren und damit unsere internationale Solidarität aktiv unter Beweis zu stellen.

Arbeitet im Komitee zur Verteidigung der arabischen Revolution mit!

Nächster Treff:
Mittwoch, 12. Dezember
Gewerkschaftshaus, 19.30 h
4, Treitlstraße 3/ 4.Stock

duktion. Auch während der Phase der Freundschaft mit der Sowjetunion war das Ausmaß des Handels mit dem Kapitalismus größer, als das mit den „Arbeiterstaaten".
Der arabische Nationalismus – der 1967 in dem Krieg mit Israel mündet –, der sich gegen den US-Imperialismus richtet, verhinderte zu dieser Zeit aber ein massiveres Reagieren des Imperialismus auf diese Entwicklung.

Durch die Politik des Nasser-Regimes regenerierte sich die Bourgeoisie. Diese ‚neue' Bourgeoisie setzte sich zusammen aus jenen Teilen der ‚alten' Bourgeoisie, die vom Nasser-Regime unberührt blieben (Innen- und Außenhandel), sowie aus Zivil- und Militärbürokraten, die ihre Einkünfte (legal und illegale) in kapitalistische Projekte investierten. Insgesamt war diese ‚neue' Bourgeoisie kräftiger, als jene unter dem Faruk-Regime. Die Arbeiterklasse nahm unter dem Nasser-Regime an Zahl zu und wurde durch die Industrialisierungspolitik zentralisiert. Die permanente Repression des bonapartistischen Regimes und die politische Irreführung der Stalinisten verhinderte, daß mit diesem zahlenmäßigen Anwachsen auch ein Ansteigen des Klassenbewußtseins einherging.

Nach 1967 war offensichtlich, daß sich das Nasser-Regime überlebt hatte, die ägyptische Bourgeoisie benötigte jemanden, der die Neuorientierung zum Ausdruck brachte, ihr zum völligen Durchbruch verhalf. Noch unter dem Nasser-Regime entsandte die Bourgeoisie ihre direkten Repräsentanten in die Regierung und setzte Maßnahmen in Richtung verstärkter Öffnung gegenüber dem Imperialismus durch. Auch auf der politischen Ebene wurde schon unter Nasser die spätere Entwicklung vorbereitet. Nasser mußte den Ausgleich mit den reaktionären arabischen Regimes suchen (d.h. den pro-amerikanischen), Resolutionen der UNO unterzeichnen und auch erste Gespräche mit Israel führen. Nachdem er starb, übernahm sein Vertreter – Sadat – die Macht und führte die begonnene Politik weiter. Unter Sadat setzte die ägyptische Bourgeoisie eine Reihe von Maßnahmen durch, die die relative Verselbständigung des Staatsapparates wieder rückgängig machen. 1970/71 kam es zum Konflikt zwischen den Nasser-Anhängern im Staatsapparat und der ‚neuen' Bourgeoisie, die politisch um Sadat gruppiert war. Im sogenannten ‚Mai-Konflikt' (1971) wurden in einer Nacht sämtliche Ministerien, das Pressewesen, kurz: der gesamte Staatsapparat von den Nasser-Anhängern gesäubert.
Das Ende der Freundschaft mit der Sowjetunion hatte ebenfalls ökonomische Grundlagen. Die Sowjetunion hatte mit ihrer Unterstützung an Ägypten vor allem den nationalen Sektor – Armee, Infrastruktur, große nationale Wirtschaftsprojekte – aufgebaut. Die neue Orientierung der ägyptischen Bourgeoisie auf den imperialistischen Weltmarkt benötigte diese Art der Unterstützung nicht mehr. Darüberhinaus machte der Imperialismus den Bruch mit der Sowjetunion zur Voraussetzung für verstärkte ökonomische Investitionen in Ägypten.

Der „Friedensplan" von Sadat

permanente revolution: Wir sind uns darüber einig, daß der sogenannte ‚Sadat-Frieden' politischer Ausdruck jenes ökonomischen Prozesses ist, den du vorher beschrieben hast. Zugespitzt könnte man durchaus berechtigt sagen, daß der ‚Sadat-Frieden' nichts anderes ist, als das Projekt der imperialistischen Befriedung im Nahen Osten. Nicht zufällig kommt dieser Prozeß – der doch alle Länder des Nahen Ostens betrifft – in Ägypten zum Ausdruck, also jenem Land im Nahen Osten, in dem er am weitesten fortgeschritten ist. Wir brauchen nun nicht auf jede einzelne Schwierigkeit bei der Durchsetzung des imperialistischen Friedens eingehen, auf die Verzögerungen und all das diplomatische Geklingel. Offensichtlich ist aber, daß der israelische Impe. ialismus nicht völlig konform mit dem US-amerikanischen geht, ja daß vielmehr Israel – durch seine Politik der Besiedelung der besetzten Gebiete – ein Haupthindernis für die reibungslose Durchsetzung dieses imperialistischen Friedens ist. Denn klarerweise ruft die zionistische Politik Reaktionen bei arabischen Regimes hervor, die dann in derartigen Projekten wie der ‚Ablehnungsfront' münden, über die wir nachher noch sprechen werden. Das zweite Haupthindernis sind die arabischen Massen. Die letzte Entwicklung hat darüberhinaus gezeigt, daß die PLO-Führung durchaus bereit ist, einen ‚ehrenvollen' Frieden mit dem Imperialismus zu schliessen. Ich erinnere nur daran, daß Arafat ursprünglich nicht zu jenen gehörte, die den Sadat-Frieden scharf angriffen, und erst nach einiger Zeit in die Front der Ablehnung kam. Weiters kann nicht daran gezweifelt werden, daß Syrien und Jordanien bereit sind, ein Arrangement mit dem Imperialismus einzugehen. Sadat ist bereit, vor der zinonistischen Aggression in die Knie zu gehen, die Besetzung und Besiedelung der Westbank hinzunehmen. Das syrische und jordanische Regime fürchtet – sicherlich nicht zu Unrecht –, daß eine solche Politik einen Sturm der Massen auslösen würde.

Hamed: Alle arabischen Regimes – ob sie nun sogenannte progressive oder konservative sind – waren dieser sogenannten friedlichen Lösung wohl geneigt. Die Differenzen lagen allein beim Zeitpunkt, an dem ein ‚Friede' mit Israel abgeschlossen würde. Diese Differenzen zwischen den arabischen Regimes wurden vom Stand der Massenbewegung und vom Ausmaß der ökonomischen Krise bestimmt. Sadat tat diesen Schritt zu früh für die anderen arabischen Regimes. Syrien hat niemals daran gedacht, den Sadat-Begin-Frieden radikal zu bekämpfen. Das Regime hat die UNO-Resolution 242 unterstützt, in dem die Existenz des zionististischen Staates auf palästinensischem Boden bestätigt wird. 1974 hat Syrien den Entflechtungsvertrag Kissingers unterzeichnet, der alle Kriegshandlungen zwischen den beiden Staaten unterband, und sie akzeptierten, daß Verhandlungen der einzige Weg zur Lösung des Nahost-Problems seien. Die ägyptische Bourgeoisie unternahm Schritte, um einen Separatfrieden mit Israel zu erreichen, und allein deshalb kam es zu Differenzen mit den anderen arabischen Regimes.

Der Irak, der lange Zeit demagogisch gegen die ‚friedliche Lösung' auftrat, legte auf der Bagdad-Konferenz der ‚Ablehnungsfront' eine Resolution vor, in der die UNO-Resolution 242 de facto akzeptiert wurde, die nichts anderes ist, als eine Formulierung der arabischen Niederlage von 1967 und der imperialistischen Bedingungen.

Hussein von Jordanien hat sich zu einem ‚Antizionisten' entwickelt. Aber diese Entwicklung ist nur dadurch zu erklären, daß das jordanische Regime fürchtete, bei einer Neuaufteilung der Einflußsphären völlig an den Rand gedrängt zu werden. Marokko, Saudi-Arabien und die Ölstaaten wurden plötzlich zu ‚Antiimperialisten'... In Marroko demonstrierten hunderttausende gegen das Abkommen, und im Zusammenhang mit der ökonomischen Krise des Regimes ergibt dies die Grundlage für die plötzliche Ablehnung des ‚Friedens' durch Hassan, der vorher der Reise Sadats nach Israel zugestimmt hatte.

Wenn wir auf die Politik der PLO-Führung zu





Mit der Vertreibung des palästinensischen Volkeshatte der Zionismus seine Funktion als imperialistisches Bollwerk im Nahen Osten, daß sich gegen die arabische Revolution richtet, nach dem 2. Weltkrieg begonnen.

Der permanente Krieg, den der Zionismus gegen die Palästinenser in den Lagern führt, die Bombardierung der Elendsbehausungen der Flüchtlinge, wird durch die brutale Unterdrückung jeglichen Widerstandes in den besetzten Gebieten ergänzt.

sprechen kommen, dann muß festgehalten werden, daß es sich um eine bürokratische bonapartistische Führung handelt. Diese Führung kommt von zwei Seiten unter Druck. Auf der einen Seite die unterdrückten Massen und die bewaffneten Kämpfer, auf der anderen Seite die reaktionären arabischen Regimes. Die Struktur der PLO erlaubt es den arabischen Regimes – die sie gegründet und finanziell unterstützt haben –, direkten Einfluß auf die Politik dieser Organisation zu nehmen. Die Führer der PLO – also die politischen Vertreter der palästinensischen Bourgeoisie –, wollen an der Entwicklung zum imperialistischen Frieden partizipieren, und sie vertreten die Forderung nach einem Palästinenser-Staat auf dem Gebiet der Westbank und des Gaza-Streifens. Ein derartiges Palästina würde in Kooperation mit den arabischen Staaten und Israel funktionieren. Der PLO-Apparat ist aufgebaut wie ein ‚normaler' bürgerlicher Staatsapparat. Der Kampfeswille der palästinensischen Massen mußte gebrochen werden, bevor der „Frieden" und ein kastrierter Palästinenser-Staat aktuell wurden. Daran haben alle arabischen Regimes mitgearbeitet. Der ‚schwarze September' in Jordanien, die Rolle der Syrer im libanesischen Bürgerkrieg beweisen deutlich, daß sie alle ein großes Interesse an der Unterdrückung des aktiven palästinensischen Widerstandes haben. Im Gegensatz zu früher können die PLO-Führer heute offen von einem Frieden mit Israel sprechen. Obwohl die palästinensische Revolution schwere Niederlagen erlitten hat, ist sie noch nicht geschlagen, denn Arafat drückt nicht die Stimmung der unterdrückten Massen aus, er hat nicht den großen Einfluß unter den Massen, wie viele glauben. Sein Einfluß und der seiner Gruppe stammt von den besonders guten Beziehungen zu den arabischen Regimes.
Der Einfluß der Arafat-Führung wird durch Repression aufrechterhalten. Diese Führung verfügt über eine politische Geheimpolizei, die linke Organisationen bespitzelt und unter Druck setzt, ihre Führer einsperrt usw. Dies geht bis zur Durchführung von Attentaten.

Sadat und der Imperialismus wünschen eine Beteiligung der PLO an ihrem Friedensplan. Aber sie fürchten, daß die Arafat-Führung die Kontrolle über die radikalisierten Massen und über die Linke verliert, wenn es zu einem unabhängigen Palästinenser-Staat kommt, und streben deshalb eine ‚Lösung' an, bei der sie selbst die Kontrolle ausüben.
Ich glaube, daß die Voraussetzung für eine offene und uneingeschränkte Teilnahme der PLO am imperialistischen Frieden die völlige Zerstörung der Linken ist. Der Konflikt zwischen Sadat und der Arafat-Führung ist darin begründet, daß Sadat die militärische Oberhoheit der Israelis in den palästinensischen Gebieten nicht antasten will. Das heißt, Sadats Weg zu einem Frieden hätte bedeutet, daß die PLO-Führung jede Bedeutung verliert. Von daher kommt ihr Widerstand dagegen und ihr Kurs auf ein „demokratisches Palästina", was absolut nicht den revolutionären Kampf bedeutet, sondern den Verhandlungsweg mit dem Imperialismus auf der Genfer Konferenz. Da ihr Rückhalt durch die arabischen Regimes immer schwächer wird, werden sie letztlich die Existenz Israels anerkennen müssen.

permanente revolution: Es besteht wohl kaum Zweifel darüber, daß die Meldungen über den Jubel der ägyptischen Massen manipuliert sind, besser gesagt, daß dieser Jubel selbst manipuliert wurde, d.h. die Massen wurden auf die Straßen getrieben, um Sadat zu loben. Trotzdem ist es vermutlich nicht ganz unbegründet anzunehmen, daß die ägyptischen Massen mit diesem politischen Kurs eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation – d.h. Arbeit und Brot – verbinden. Die Demagogie des Sadat-Regimes lief ja genau in diese Richtung.
Auf der anderen Seite wäre es interessant zu wissen, ob es Widerstand innerhalb der ägyptischen Armee gibt – einige Meldungen darüber liegen vor, können aber keinen Schluß auf das Ausmaß des Widerstandes zulassen. Und zuletzt würde uns interessieren, wie die parlamentarische Opposition gegen Sadat einzuschätzen ist. Also drücken diese wenigen Abgeordneten eine Stimmung innerhalb der Massen aus, oder sind sie isoliert?

Hamed: Die Stimmung der Massen ist abwartend. Sie sind weder dafür noch dagegen. Als Folge der ständigen Unterdrückung durch die Diktatur und als Auswirkung des elementaren Elends der ägyptischen Massen ist die heute vorherrschende Stimmung die der Niedergeschlagenheit. Diese Stimmung ist auch als Auswirkung der 1977 erlittenen Niederlage zu verstehen. Sadat hat keine Massenunterstützung. Die Filme über die angebliche Begeisterung sind eine Farce. Jeder Arbeiter in Ägypten weiß, wie sie zustande kamen. Entweder durch direkte Repression der Geheimpolizei, oder durch Bezahlung wurden die Arbeiter zur Begrüßung des ‚Führers' veranlaßt.
Der persönliche Haß der Menschen gegen das Regime steigt ständig, aber die massiven Repressionsmaßnahmen des Staatsapparates verhindern bis heute ein offenes Ausbrechen. Die Arbeiterbezirke werden von Polizei und Militär ständig kontrolliert, wer nach 12 Uhr Mitternacht auf der Straße ist, kann jederzeit verhaftet werden usw. Die Bedingungen, um als Kandidat bei den letzten Wahlen aufgestellt zu werden, waren, erstens nicht über Demokratie und zweitens nicht über den Frieden mit Israel zu sprechen!
Sadat befürchtet also, daß sogar Kandidaten seiner eigenen Partei seine Politik nicht völlig verteidigen würden.

Ich glaube nicht, daß heute ein Militärputsch möglich ist, denn dazu hat die Bourgeoisie die Armee-Führung zu fest im Griff. Auch ein Putsch von der Art Nassers hätte heute keine Chance. Erst wenn die Massenbewegung ansteigt, könnte solch eine Gruppe mit nationalistischen Losungen den Staat retten.

Nun zur parlamentarischen Opposition in Ägypten. Man kann nicht sagen, daß es eine wirkliche parlamentarische Opposition gibt. Die Struktur dieses Parlaments ist direkt geprägt durch die Agenten der politischen Polizei. Das Regime konnte allerdings nicht verhindern, daß einige Kandidaten, die direkt den Massendruck widerspiegelten, direkt ins Parlament kamen. Anfang 1978 wurden zwei radikale Abgeordnete aus dem Parlament entfernt. Der Grund dafür war ihre offene Opposition gegenüber dem Sadat-Regime. Sie sagten offen, daß dieses Regime gestürzt werden müsse. 4 Kandidaten der legalen ‚Linken Partei' kritisierten im Parlament nicht die ‚Friedenspolitik', sondern nur die Tatsache, daß Sadat den ‚Frieden' ohne die anderen arabischen Staaten geschlossen habe. Diese Abgeordneten stellen sich in keiner einzigen Frage gegen Sadat, sondern wünschen eine ‚Demokratisierung' des Regimes. Neben den Resten der alten bürgerlichen Partei – die bis 1978 in einer relativen Opposition zu Sadat standen, weil sie die Massen mit ‚demokratischen' Methoden an das Regime binden wollten –, gibt es noch eine Reihe von Einzelpersonen, die aus den verschiedensten Gründen gegen die Sadat-Politik auftreten. Sie alle haben aber keinerlei Massenbasis.
Selbst diese geringe und schwache Opposition ist heute unterbunden. Das Parlament setzt sich allein aus Abgeordneten der Regierungspartei zusammen.

Die diplomatische Offensive der PLO

permanente revolution: Die jüngste Entwicklung ist geprägt durch eine internationale diplomatische Offensive der PLO-Führung, die ganz offensichtlich bereit ist, die Existenz des zionistischen Staates anzuerkennen, wenn der Imperialismus die Errichtung eines Palästinenser-Staates durchsetzt. Man könnte fast sagen, daß Israel international in einen Zustand der Isolierung geraten ist, der seine Auswirkungen auch in einer innenpolitischen Krise zeitigt. Die Frage ist nun die, in welche Richtung dieser Prozeß geht. Bröckelt die starre Front jener Zionisten, die unter keinem Preis einen Palästinenser-Staat auf dem Gebiet der Westbank zulassen wollen, ab, gelingt es dem europäischen und amerikanischen Imperialismus genügend Druck auf Israel auszuüben? Denn ohne Zweifel muß man sagen, daß das Haupthindernis für die imperialistische Befriedung des Nahen Ostens heute nicht die arabischen Regimes, oder die PLO-Führung sind, sondern die zionistischen Politiker.

Hamed: Wenn man die Beziehungen zwischen Israel und den USA betrachtet, muß man feststellen, daß sie keineswegs durch eine völlige Unterordnung Israels gekennzeichnet sind. Die USA haben spezifische Interessen in diesem Raum. Zum ersten natürlich das Öl, zum zweiten, Interessen militär-strategischer Natur gegen die Sowjetunion und zum dritten wollen sie die Bildung der arabischen Nation, d.h. jede Massenmobilisierung verhindern. Über das ehemalige Schah-Regime im Iran, über Saudi-Arabien und auch über Israel werden diese Interessen wahrgenommen.
Die nach 1967 eingeschlagene neue Strategie der USA setzt mehr auf Ägypten, als stabilisierenden Faktor in diesem Raum. Es mußte also zwangsläufig zum Konflikt zwischen den USA und Israel kommen, denn für Israel sind die besetzten Gebiete von äußerster Wichtigkeit, während sie für die USA nur die Gefahr eines Aufloderns der Massenbewegung darstellen – die leicht sämtliche kapitalistische Strukturen in diesem Raum gefährden könnte. Es gibt natürlich Differenzen zwischen Israel und dem US-Imperialismus, aber wir dürfen nicht vergessen, daß die bestimmende Macht in diesem Raum der US-Imperialismus ist, der heute versucht, eine neue Allianz im Nahen Osten zu errichten. Die OPEC-Staaten mögen die Ölpreise erhöhen, sie können grundsätzlich trotzdem nichts gegen die Öltrusts machen. Die nationalen Bourgeoisien haben einen gewissen Spielraum, den sie wahrnehmen, aber sie ordnen sich im Gesamten den Interessen des US-Imperialismus unter.



interessen des Proletariats und die der armen Bauern durchzusetzen, oder ob ein derartiges Konzept nicht unweigerlich negative politische Konsequenzen zeitigen muß. Und es ist darüber hinaus zu untersuchen, wie dieses Konzept in der Praxis der nicaraguanischen Revolution durchgesetzt wurde, d.h. welche konkreten Folgen es schon hatte. Wohlklingende Phrasen helfen dabei wenig (wobei die Vertreter eines anderen Standpunktes in altbekannter Manier natürlich als „Sektierer" abgetan werden, ohne daß dieser Vorwurf inhaltlich begründet werden kann), es gilt vielmehr das nach dem Sturz Somozas bereits Geschehene im Zusammenhang mit der Politik dieser ‚gewachsenen Führung' zu analysieren.

Wer herrscht heute in Nicaragua?

Nach dem Sturz des Somoza-Regimes entstand in Nicaragua eine Situation der gesellschaftlichen Doppelherrschaft. Neben der Offensive der sandinistischen Einheiten formierten sich in den Städten (koordiniert, aber durchaus nicht immer identisch mit der FSLN) Komitees und Organe, deren Funktion nicht allein bei der Abwehr der militärischen Angriffe der Nationalgarde lag, sondern nach und nach auch in der Ausübung der Staatsgewalt (Verwaltung, Versorgung mit Lebensmittel, Hilfeleistung für die Verletzten usw.). Diese Komitees und Milizen waren also nichts anderes, als die Ausdrucksformen einer neuen Staatsmacht.

Auf der anderen Seite bestand und besteht weiter die bürgerliche Staatsmacht. Sie verfügt heute über keine Armee, kann ihr Klasseninteresse nicht frei und ungehindert durchsetzen, befindet sich also im gesamten gesehen heute in einer defensiven Position.

Diese Doppelherrschaft drückt die Tatsache aus, daß die ausgebeuteten Massen mit dem Sturz des Somoza-Regimes sofort und unmittelbar den Aufbau einer qualitativ neuen Gesellschaftsordnung verbanden, die politische Beseitigung Somozas und die soziale Umwälzung für sie also keine getrennten Etappen darstellten. Die bürgerlichen Kräfte waren zu schwach, um das Entstehen der Grundformen dieser neuen Gesellschaftsordnung zu verhindern und nebenbei gesagt, war auch die Führung der FSLN vom Ausmaß der Organisierung in den Städten überrascht.

Dies kann keineswegs verwundern, vertreten doch wesentliche Tendenzen der FSLN den ländlichen Guerillakampf (die Städte von außen einnehmen). Daß eine andere Tendenz (die 'Terceristas') die Zusammenarbeit mit der nationalen Bourgeoisie auf ihre Fahne geschrieben hatte und sehr gute Beziehungen zur internationalen Sozialdemokratie hat, ist dem „Vereinigten Sekretariat" wohl bekannt, es meint aber, daß diese verschiedenen Tendenzen (im Grunde genommen verschiedene Parteien) durch den Verlauf der Revolution verschmolzen sind.

Die CDC (‚Comite de Defensa Civil') waren also – mit den Bauernkomitees – die Organe der proletarischen Staatsmacht. Sie drückten ein Klasseninteresse aus, das dem der oppositionellen Bourgeoisie diametral entgegengesetzt ist.

Worin besteht nun die gesellschaftliche Macht der Bourgeoisie? Zum ersten wird in Nicaragua weiter kapitalistisch akkumuliert (das Privateigentum an Produktionsmitteln wurde gesetzlich garantiert), was eine tendenzielle Stärkung der bürgerlichen Klasse zur Folge haben muß. Die enteigneten Besitztümer des Somoza-Clans machten zwar einen großen Teil der Wirtschaft des Landes aus, es bestehen aber weiter, sowohl in der Industrie wie auch in der Landwirtschaft, bedeutende privatkapitalistische Sektoren (die für den Aufbau des Landes ungeheuer wichtige Bauindustrie ist völlig in privaten Händen). Zum zweiten wurden die Vereinigungen der Kapitalisten nicht zerschlagen und die imperialistischen Banken nicht nationalisiert bzw. aufgelöst. Über diese Achse kann der Imperialismus also direkten Einfluß auf die Entwicklung des Landes nehmen. Die Bourgeoisie verfügt des weiteren über die auflagenstärkste Tageszeitung des Landes (‚La Prensa' mit einer Auflage von ca. 120.000 – die sandinistische ‚Barricada' hat im Gegensatz dazu eine Auflage von ca. 70.000), was natürlich noch nicht allzu viel über das wirkliche Kräfteverhältnis aussagt, denn die hunderttausenden Analphabeten werden sicherlich nicht im politischen Lager der Bourgeoisie zu finden sein. Und nicht zuletzt ist die Struktur des reaktionären Klerus aufrecht geblieben, der sich auch schon mit Phrasen für den „Schutz der individuellen Freiheit" in den Klassenkampf eingeschaltet hat!



Die Bourgeoisie ist also in einer defensiven Position, aber sie ist keineswegs geschlagen. Die fürchterlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes können ihr insoferne entgegenkommen, als internationale Finanzhilfe (wenn überhaupt) in ihre Hände kommt und ihren Klasseninteressen entsprechend eingesetzt und verwendet wird. Sie kann und wird die wirtschaftlichen Schwierigkeiten benutzen, um politischen Einfluß bei den mittleren Bauern und im städtischen Kleinbürgertum zu gewinnen. Ihre Parteien sind unangetastet, und auch wenn sie heute nicht in der Lage sind, größere Massen zu mobilisieren, ist es eine kriminelle Dummheit, diese potentiellen Instrumente der bürgerlichen Konterrevolution am Leben zu lassen.

Die Frage, die jeder Revolutionär klar und unzweideutig beantworten muß, ist also folgende: Kann die Politik der FSLN-Führung angesichts der auf Nicaragua zukommenden Probleme und Klassenauseinandersetzungen die Errungenschaften nicht nur retten, sondern auch ausweiten und zur Bildung eines sozialistischen Staates führen?

Den Imperialismus ‚überlisten'? Das Dilemma der FSLN

Wir haben weiter oben ein Zitat gebracht, in dem die politische Konzeption der FSLN-Führung deutlich wird. Wenn der Bruch mit dem Imperialismus nicht rasch und vollständig vollzogen werden soll, ja mehr noch, wenn das Land imperialistische Hilfe für den Wiederaufbau erhalten soll, muß dies Konsequenzen für die innere Entwicklung des Landes haben. Denn selbstredend macht der Imperialismus jegliche Unterstützung und Kreditbewilligung davon abhängig, inwieweit die Freiheit des kapitalistischen Privateigentums gewährleistet ist. Und ebenso selbstverständlich ist es wohl, daß der internationale Imperialismus mit seiner Hilfe die Bourgeoisie des Landes stärken will und nicht die Bastionen der Arbeiter und Bauern.

Die FSLN-Führung steckt in einer für sie ausweglosen Situation. Sie war und ist weiter bemüht, den revolutionären Prozeß in Grenzen zu halten, alleine das Somoza-Eigentum zu nationalisieren und eine „gemischte Wirtschaftsordnung" aufzubauen. Ihrem Konzept entsprechend hat sie der politischen Betätigung der Bourgeoisie keinerlei Beschränkung auferlegt – das Faktum, daß die Mehrheit der provisorischen Regierung aus bürgerlichen Kräften besteht, entspricht in keiner Weise der gesellschaftlichen Situation (die wirkliche Macht liegt heute bei der sandinistischen Führung), sondern ist Ausdruck des Konzeptes, durch bürgerliche Minister einerseits dem Imperialismus ‚guten Willen' zu zeigen und andererseits durch diese bürgerlichen Figuren leichter zu imperialistischer Güter- und Finanzhilfe zu kommen.

Wenn der Imperialismus also nicht ‚gereizt' werden soll, muß auch jede ‚übertriebene' Maßnahme der Massen eingedämmt und zurückgenommen werden. Auch dies ist bereits geschehen. Weiters ist es eine logische politische Konsequenz dieser Politik, daß die im Kampf gegen die Somoza-Diktatur entstandenen Strukturen der Massenbewegung zentralisiert und dem politischen Kommando der FSLN untergeordnet werden. Die Milizen wurden entwaffnet, die CDC wurden zu ‚Sandinistischen Verteidigungskomitees' (CDS) umfunktioniert. Nun wäre ein derartiger Zentralisierungsprozeß unter der Führung einer revolutionären Partei – auf der Basis einer Rätediktatur – natürlich positiv und zu unterstützen. Doch wenn das Konzept der FSLN-Führung mit diesen Maßnahmen in einen politischen Zusammenhang gestellt wird, so wird deutlich, daß es sich hier nicht um einen Prozeß der Formierung der Rätediktatur handelt, sondern um die Reglementierung der Massenbewegung durch die Führung der Sandinistas!

Daß die CDS nach dem Willen der FSLN-Führung keineswegs Räteorgane, also Organe der proletarischen Macht darstellen, wird im folgenden Zitat deutlich, welches wir der ‚inprekorr' Nr. 110 entnehmen: *„Luis Carrion, der zur nationalen Führung der FSLN gehört, erklärte, daß das heute die wichtigste, die größte Massenorganisation ist, die es in unserem Land gibt. Ihre Möglichkeiten sind sehr vielversprechend. Sie (die CDS) können an den Kampagnen zur Alphabetisierung und zur Impfung teilnehmen und die Überwachung in ihrem Bereich übernehmen. Sie mobilisieren sich gemäß den Interessen der Massen und der Revolution. Sie sind aufgefordert, jeden Tag die Disziplin zu straffen und auf die Orientierungen und Anweisungen der FSLN zu hören."*

Deutlich wird, daß die CDS keineswegs Herrschaftsorgane des Proletariats darstellen (und

So ist es vor allem das politische Konzept der FSLN-Führung, daß der Ausbreitung und Vertiefung der Revolution im Wege steht. Ein Konzept, welches gleich dumm, illusionär wie auch gefährlich ist.

Der ‚inprekorr' (nr. 110) entnehmen wir folgendes Zitat eines ungenannten FSLN-Führers, das – so wie viele andere politische Aussagen der sandinistischen Führung – treffend die Illusionen dieser Politik unter Beweis stellt:
*„Das derzeitige Regime in Nicaragua ist eine sandinistische Diktatur, eine Vorstufe zur Diktatur des Proletariats, aber sie geht in erster Linie auf die Interessen der Arbeitenden und der Bauern ein. Die gesamte Macht liegt in den Händen der DNC, vor allem die Streitkräfte. Keine Entscheidung, die von irgendwelcher Bedeutung ist, kann ohne das Einverständnis der DNC getroffen werden. Die Schlüsselpositionen innerhalb der Regierung sind von den Mitgliedern der FSLN besetzt. Die Massen sind unter der Führung der Sandinistischen Front organisiert. Es sind die objektiven Bedingungen, die uns zwingen, diese Zwischenetappe vor dem Sozialismus einzulegen: das Land ist zerstört und wir haben wirtschaftliche und technologische Hilfe so dringend nötig, daß nur die imperialistischen Länder sie uns liefern können Deshalb ist die Regierung des Nationalen Wiederaufbaus nötig; de facto dient sie uns als ‚Decke' gegenüber dem Imperialismus, damit wir besser Geld, Lebensmittel und Medikamente bekommen, was wir so nötig haben. Es stimmt zwar, daß wir ein Bündnis mit der anti-somozistischen Bourgeoisie, bei der es auch Großgrundbesitzer und Industriekapitalisten gibt (der Schluß des Satzes fehlt im Original, es kann aber offensichtlich nur heißen: ‚eingegangen sind', d. Red.). Aber wir sind es, die die Durchführung des Bündnisses kontrollieren: als wir zum Beispiel gesehen haben, daß es unmöglich ist, mit einem bürgerlichen Minister die Agrarreform zu machen, haben wir ihn durch Wheelock ersetzt. Wir haben den größten Teil der potentiellen Reichtümer des Landes nationalisiert. Das genügt, um heute die Bedürfnisse der Arbeitenden und Bauern zu befriedigen. Wenn die Zeit **reif** ist, marschieren wir weiter in Richtung Sozialismus(...)."*

In dieser Erklärung wird das Konzept der Sandinistischen Führung mehr als deutlich. Eine Phase, in der größere Auseinandersetzungen mit dem Imperialismus und der nicaraguanischen Bourgeoisie weitgehend vermieden werden sollen, soll die ökonomische Stabilisierung des Landes garantieren, von der man sodann glaubt, leichter zum Sozialismus gelangen zu können. Bevor wir dieses Konzept genauer untersuchen, fällt zuerst auf, daß die FSLN-Führung damit eine Zwischenposition zwischen den beiden Lagern der Gesellschaft – dem Proletariat und den armen Bauern auf der einen und Industriebourgeoisie und Großgrundbesitz auf der anderen Seite – einnimmt. Ist sie einerseits dem Druck der nach vorwärts drängenden Massen ausgesetzt, so wird sie andererseits ‚übertriebene Maßnahmen' im Namen ihres politischen Konzeptes eindämmen müssen. Dieser Punkt ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil letztlich alle politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die von der Regierung und/oder von der sandinistischen Führung gesetzt wurden, vor allem unter diesem Gesichtspunkt untersucht und behandelt werden müssen.

Die FSLN – Instrument der Permanenten Revolution?

Hätte das „Vereinigte Sekretariat" seine Position vom Sommer dieses Jahres einigermaßen politisch ernst genommen, hätte es nach den ersten Wochen der Machtübernahme die konsequente Schlußfolgerung ziehen müssen, daß die sandinistische Führung nicht in der Lage ist, den revolutionären Prozeß in Nicaragua zum Siege zu führen, und deshalb alles getan werden müsse, um eine unabhängige revolutionäre Partei aufzubauen.

Doch genau das Gegenteil war der Fall. Vermutlich ausgehend von der SWP (derSektion des „Vereinigten Sekretariats" in den USA) wurde der Standpunkt geändert und eine totale Anpassung an die FSLN-Führung vollzogen. Dieser folgenschwere Rechtsruck schlägt sich in der letzten Resolution des „Vereinigten Sekretariats" zu Nicaragua vom 1. Oktober nieder, die offensichtlich eine Grundlage des vor kurzem stattgefundenen 11.Weltkongresses dieser Organisation war.

Der Kern der politischen Aussagen dieser Resolution ist eine ‚kritische' Übernahme und Anerkennung des politischen Konzeptes der FSLN-Führung Damit wird natürlich folgerichtig der Aufbau einer unabhängigen revolutionären Partei aufgegeben (wenn die Resolution von „revolutionärer Partei" spricht, ist damit ganz offensichtlich die unter den theoretischen Einfluß des „Vereinigten Sekretariats" gekommene FSLN gemeint). Zum ersten konstatiert die Resolution, daß der sandinistischen Führung keine Grenzen gesetzt sind.
‚Ingesichts des Charakters und der Geschichte der Führung der FSLN ebenso wie ihrer Rolle in der ersten Phase dieser Revolution wäre es falsch, wenn man versuchte, von vornherein eine Grenze abzustecken, über die ihre Mitglieder oder zumindest entscheidende Teile in der Konkretisierung des Prozesses der permanenten Revolution angeblich nicht hinauskommen können."
Grundlage dieser Aussage ist der Gedanke, daß die sandinistische Führung (bzw. ein großer Teil von ihr) unter den Zwängen des objektiven Prozesses langsam zu einem klaren Verständnis ihrer Aufgaben kommen würde. Dieser Gedanke in die praktische Politik umgesetzt verbietet natürlich eine umfassende Kritik am politischen Konzept der Sandinistas, und er verbietet vor allem die praktische Inangriffnahme des Aufbaus einer revolutionären Alternative. Der bewußte revolutionäre Faktor wird vom „Vereinigten Sekretariat" im Grunde genommen auf der Ebene des Ratgebers angesiedelt (der darüber hinaus vor allem internationale Solidaritätskampagnen durchführt, was zwar eine Selbstverständlichkeit, nichtsdestoweniger noch lange nicht revolutionär ist).

„Wer heute das politische Eingreifen auf die Forderung konzentrieren würde: „Alle bürgerlichen Minister raus aus der Regierung!" – der würde ebenfalls der sektiererischen Versuchung erliegen, abstrakte Formeln anzuwenden. Eine solche Orientierung stellt weder den Bruch mit der bisherigen militärischen Macht in Rechnung noch den wirklichen Schwerpunkt der gegenwärtigen Machtausübung. Sie verkennt den notwendigen Reifungsprozeß des Bewußtseins und der Organisationsformen der Massen, und sie verkennt den Charakter der bisher verfügten Maßnahmen der Regierung. Eine solche Losung läuft darauf hinaus, heute bereits gezielt einen direkten Zusammenstoß auf der nationalen und internationalen Ebene herbeizuführen. Und eine solche Politik stützt sich einzig auf die richtige Feststellung, daß in der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus (GRNN) entgegengesetzte soziale Kräfte nebeneinander stehen.

Im Kampf für die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung werden Kräfte, die für einen Teil der Massen bisher im Kampf gegen die Diktatur vereint schienen, sich einander öffentlich entgegen stellen. Aber diese kommenden Konfrontationen kann man am wirkungsvollsten heute vorbereiten, indem man die Maßnahmen der Regierung erklärt und unterstützt, die den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung entsprechen und die Organisierung der Massen vorantreiben."

Diese Passage der Resolution drückt sich an den eigentlichen Problemen vorbei, denn zum ersten kann die Forderung nach dem Bruch mit den bürgerlichen Ministern selbstredend ‚nur' die Spitze einer umfassenden Kritik an der politischen Konzeption der sandinistischen Führung sein, und zum zweiten werden Revolutionäre natürlich alle Maßnahmen, „die den Bedürfnissen der arbeitenden Massen entsprechen", unterstützen. Auf dieser banalen Ebene liegen die Probleme und Differenzen nun wirklich nicht. Die Frage ist doch viel mehr, ob die Politik der sandinistischen Führung, ihr Etappenkonzept, in der Lage ist, die Klassen-



interessen des Proletariats und die der armen Bauern durchzusetzen, oder ob ein derartiges Konzept nicht unweigerlich negative politische Konsequenzen zeitigen muß. Und es ist darüber hinaus zu untersuchen, wie dieses Konzept in der Praxis der nicaraguanischen Revolution durchgesetzt wurde, d.h. welche konkreten Folgen es schon hatte. Wohlklingende Phrasen helfen dabei wenig (wobei die Vertreter eines anderen Standpunktes in altbekannter Manier natürlich als „Sektierer" abgetan werden, ohne daß dieser Vorwurf inhaltlich begründet werden kann), es gilt vielmehr das nach dem Sturz Somozas bereits Geschehene im Zusammenhang mit der Politik dieser ‚gewachsenen Führung' zu analysieren.

Wer herrscht heute in Nicaragua?

Nach dem Sturz des Somoza-Regimes entstand in Nicaragua eine Situation der gesellschaftlichen Doppelherrschaft. Neben der Offensive der sandinistischen Einheiten formierten sich in den Städten (koordiniert, aber durchaus nicht immer identisch mit der FSLN) Komitees und Organe, deren Funktion nicht allein bei der Abwehr der militärischen Angriffe der Nationalgarde lag, sondern nach und nach auch in der Ausübung der Staatsgewalt (Verwaltung, Versorgung mit Lebensmittel, Hilfeleistung für die Verletzten usw.). Diese Komitees und Milizen waren also nichts anderes, als die Ausdrucksformen einer neuen Staatsmacht.

Auf der anderen Seite bestand und besteht weiter die bürgerliche Staatsmacht. Sie verfügt heute über keine Armee, kann ihr Klasseninteresse nicht frei und ungehindert durchsetzen, befindet sich also im gesamten gesehen heute in einer defensiven Position.

Diese Doppelherrschaft drückt die Tatsache aus, daß die ausgebeuteten Massen mit dem Sturz des Somoza-Regimes sofort und unmittelbar den Aufbau einer qualitativ neuen Gesellschaftsordnung verbanden, die politische Beseitigung Somozas und die soziale Umwälzung für sie also keine getrennten Etappen darstellten. Die bürgerlichen Kräfte waren zu schwach, um das Entstehen der Grundformen dieser neuen Gesellschaftsordnung zu verhindern und nebenbei gesagt, war auch die Führung der FSLN vom Ausmaß der Organisierung in den Städten überrascht.

Dies kann keineswegs verwundern, vertreten doch wesentliche Tendenzen der FSLN den ländlichen Guerillakampf (die Städte von außen einnehmen). Daß eine andere Tendenz (die 'Terceristas') die Zusammenarbeit mit der nationalen Bourgeoisie auf ihre Fahne geschrieben hatte und sehr gute Beziehungen zur internationalen Sozialdemokratie hat, ist dem „Vereinigten Sekretariat" wohl bekannt, es meint aber, daß diese verschiedenen Tendenzen (im Grunde genommen verschiedene Parteien) durch den Verlauf der Revolution verschmolzen sind.

Die CDC (‚Comite de Defensa Civil') waren also – mit den Bauernkomitees – die Organe der proletarischen Staatsmacht. Sie drückten ein Klasseninteresse aus, das dem der oppositionellen Bourgeoisie diametral entgegengesetzt ist.

Worin besteht nun die gesellschaftliche Macht der Bourgeoisie? Zum ersten wird in Nicaragua weiter kapitalistisch akkumuliert (das Privateigentum an Produktionsmitteln wurde gesetzlich garantiert), was eine tendenzielle Stärkung der bürgerlichen Klasse zur Folge haben muß. Die enteigneten Besitztümer des Somoza-Clans machten zwar einen großen Teil der Wirtschaft des Landes aus, es bestehen aber weiter, sowohl in der Industrie wie auch in der Landwirtschaft, bedeutende privatkapitalistische Sektoren (die für den Aufbau des Landes ungeheuer wichtige Bauindustrie ist völlig in privaten Händen). Zum zweiten wurden die Vereinigungen der Kapitalisten nicht zerschlagen und die imperialistischen Banken nicht nationalisiert bzw. aufgelöst. Über diese Achse kann der Imperialismus also direkten Einfluß auf die Entwicklung des Landes nehmen. Die Bourgeoisie verfügt des weiteren über die auflagenstärkste Tageszeitung des Landes (‚La Prensa' mit einer Auflage von ca. 120.000 – die sandinistische ‚Barricada' hat im Gegensatz dazu eine Auflage von ca. 70.000), was natürlich noch nicht allzu viel über das wirkliche Kräfteverhältnis aussagt, denn die hunderttausenden Analphabeten werden sicherlich nicht im politischen Lager der Bourgeoisie zu finden sein. Und nicht zuletzt ist die Struktur des reaktionären Klerus aufrecht geblieben, der sich auch schon mit Phrasen für den „Schutz der individuellen Freiheit" in den Klassenkampf eingeschaltet hat!



Die Bourgeoisie ist also in einer defensiven Position, aber sie ist keineswegs geschlagen. Die fürchterlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes können ihr insoferne entgegenkommen, als internationale Finanzhilfe (wenn überhaupt) in ihre Hände kommt und ihren Klasseninteressen entsprechend eingesetzt und verwendet wird. Sie kann und wird die wirtschaftlichen Schwierigkeiten benutzen, um politischen Einfluß bei den mittleren Bauern und im städtischen Kleinbürgertum zu gewinnen. Ihre Parteien sind unangetastet, und auch wenn sie heute nicht in der Lage sind, größere Massen zu mobilisieren, ist es eine kriminelle Dummheit, diese potentiellen Instrumente der bürgerlichen Konterrevolution am Leben zu lassen.

Die Frage, die jeder Revolutionär klar und unzweideutig beantworten muß, ist also folgende: Kann die Politik der FSLN-Führung angesichts der auf Nicaragua zukommenden Probleme und Klassenauseinandersetzungen die Errungenschaften nicht nur retten, sondern auch ausweiten und zur Bildung eines sozialistischen Staates führen?

Den Imperialismus ‚überlisten'? Das Dilemma der FSLN

Wir haben weiter oben ein Zitat gebracht, in dem die politische Konzeption der FSLN-Führung deutlich wird. Wenn der Bruch mit dem Imperialismus nicht rasch und vollständig vollzogen werden soll, ja mehr noch, wenn das Land imperialistische Hilfe für den Wiederaufbau erhalten soll, muß dies Konsequenzen für die innere Entwicklung des Landes haben. Denn selbstredend macht der Imperialismus jegliche Unterstützung und Kreditbewilligung davon abhängig, inwieweit die Freiheit des kapitalistischen Privateigentums gewährleistet ist. Und ebenso selbstverständlich ist es wohl, daß der internationale Imperialismus mit seiner Hilfe die Bourgeoisie des Landes stärken will und nicht die Bastionen der Arbeiter und Bauern.

Die FSLN-Führung steckt in einer für sie ausweglosen Situation. Sie war und ist weiter bemüht, den revolutionären Prozeß in Grenzen zu halten, alleine das Somoza-Eigentum zu nationalisieren und eine „gemischte Wirtschaftsordnung" aufzubauen. Ihrem Konzept entsprechend hat sie der politischen Betätigung der Bourgeoisie keinerlei Beschränkung auferlegt – das Faktum, daß die Mehrheit der provisorischen Regierung aus bürgerlichen Kräften besteht, entspricht in keiner Weise der gesellschaftlichen Situation (die wirkliche Macht liegt heute bei der sandinistischen Führung), sondern ist Ausdruck des Konzeptes, durch bürgerliche Minister einerseits dem Imperialismus ‚guten Willen' zu zeigen und andererseits durch diese bürgerlichen Figuren leichter zu imperialistischer Güter- und Finanzhilfe zu kommen.

Wenn der Imperialismus also nicht ‚gereizt' werden soll, muß auch jede ‚übertriebene' Maßnahme der Massen eingedämmt und zurückgenommen werden. Auch dies ist bereits geschehen. Weiters ist es eine logische politische Konsequenz dieser Politik, daß die im Kampf gegen die Somoza-Diktatur entstandenen Strukturen der Massenbewegung zentralisiert und dem politischen Kommando der FSLN untergeordnet werden. Die Milizen wurden entwaffnet, die CDC wurden zu ‚Sandinistischen Verteidigungskomitees' (CDS) umfunktioniert. Nun wäre ein derartiger Zentralisierungsprozeß unter der Führung einer revolutionären Partei – auf der Basis einer Rätediktatur – natürlich positiv und zu unterstützen. Doch wenn das Konzept der FSLN-Führung mit diesen Maßnahmen in einen politischen Zusammenhang gestellt wird, so wird deutlich, daß es sich hier nicht um einen Prozeß der Formierung der Rätediktatur handelt, sondern um die Reglementierung der Massenbewegung durch die Führung der Sandinistas!

Daß die CDS nach dem Willen der FSLN-Führung keineswegs Räteorgane, also Organe der proletarischen Macht darstellen, wird im folgenden Zitat deutlich, welches wir der ‚inprekorr' Nr. 110 entnehmen: *„Luis Carrion, der zur nationalen Führung der FSLN gehört, erklärte, daß das heute die wichtigste, die größte Massenorganisation ist, die es in unserem Land gibt. Ihre Möglichkeiten sind sehr vielversprechend. Sie (die CDS) können an den Kampagnen zur Alphabetisierung und zur Impfung teilnehmen und die Überwachung in ihrem Bereich übernehmen. Sie mobilisieren sich gemäß den Interessen der Massen und der Revolution. Sie sind aufgefordert, jeden Tag die Disziplin zu straffen und auf die Orientierungen und Anweisungen der FSLN zu hören."*

Deutlich wird, daß die CDS keineswegs Herrschaftsorgane des Proletariats darstellen (und

nach dem Willen der FSLN-Führung auch nicht zu solchen werden sollen), sondern vor allem die Anweisungen der FSLN-Führung in die Praxis umsetzen sollen. Der Autor des Artikels in der ,inprekorr', Udry, stellt dann fest: „*Die CDS sind Organe der Volksmacht, deren Betätigungsfeld noch beschränkt ist. Damit es sich ausweitet, ist sowohl eine neue Etappe der Revolution als auch ihre Koordinierung und Zentralisierung auf nationaler Ebene nötig.*"

Wir stimmen Udry zu, doch die Frage ist, mit welcher politischen Linie dies zu erreichen ist: Eine unkritische Unterstützung der FSLN, wie sie von Udrys Organisation betrieben wird, wird sicherlich dazu nicht in der Lage sein.

So wie die oben beschriebenen Maßnahmen der FSLN muß auch die ungewöhnliche und abzulehnende Milde gegenüber den Angehörigen der Nationalgarde im Zusammenhang mit dem Konzept der ,Nichtreizung' des Imperialismus gesehen werden. Der bürgerlichen Presse sollte keine Gelegenheit gegeben werden, von „neuem Blutvergießen" zu schwätzen (als ob die Milde gegenüber der Mörderbande den Imperialismus daran hindern würde, neue Banden aufzustellen und der Revolution das Genick zu brechen).

Und nicht zuletzt muß auch die im Spätsommer einsetzende politische Unterdrückung der extremen Linken durch die FSLN genau im Zusammenhang mit den politischen Vorstellungen der sandinistischen Führung gesehen werden. Diese angeblich „sektiererischen Elemente" würden durch ihre Politik, durch ihre Forderungen nach einer Weitertreibung der Revolution, dem Imperialismus Vorwände liefern für eine militärische Intervention .

Der labile Zustand der nicaraguanischen Gesellschaft hindert den Imperialismus heute daran, umfassende Güter- und Finanzhilfe zu geben. Die FSLN- Führung versucht zwar, die Situation zu beruhigen, doch gerät sie dabei unumgänglich unter den Druck der Massen, die eine neue Gesellschaftsordnung ohne und gegen die Bourgeoisie errichten wollen. War es kurze Zeit nach dem Sturz Somozas möglich, die verschiedenen Tendenzen der FSLN unter dem Konzept des „nationalen Wiederaufbaus" mit der oppositionellen Bourgeoisie zu einen, so werden mit der zunehmenden Klassenpolarisierung die Differenzen auch innerhalb der FSLN-Führung aufbrechen.

Die Politik der Halbheit, wie sie heute von der sandinistischen Führung betrieben wird – hier gezwungen dem Druck der Massen nachzugeben, doch im Gesamten an der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie festhaltend – ist eine tödliche Gefahr für die Revolution. In einer Situation, in der das Land wirtschaftlich völlig darniederliegt, hunderttausende ohne Arbeit sind, stärkt diese Politik in der Tendenz ständig die bürgerlichen Kräfte, die morgen schon mit einer Desillusionierung von Teilen der Massen rechnen können, wenn nicht eine radikale Änderung in der Politik der FSLN vollzogen wird. Alle Erfahrungen zeigen jedoch, daß es eine schändliche Illusion wäre, alle Hoffnungen auf eine solche Änderung auszurichten. Tausende Kämpfer der FSLN, abertausende Arbeiter wollen mehr, als die illusionäre Politik von Borge und Co. ihnen bieten und bringen kann!

Politische Unterdrückung der extremen Linken durch die FSLN

Wir haben schon über die Ausweisung von Mitgliedern der Brigade ,Simon Bolivar' berichtet, die im August erfolgte. Doch es blieb nicht bei diesem einen Akt der politischen Unterdrückung der extremen Linken.

Es gibt einige Gruppen der extremen Linken in Nicaragua, und alle kritisieren das politische Konzept derFSLN-Führung. Die stärkste Gruppierung kommt vom Maoismus (die MAP), stellte in den Kämpfen gegen die Somoza-Diktatur eigene bewaffnete Einheiten, leitet eine Gewerkschaftstendenz (verfügt also über einen gewissen Einfluß innerhalb der Arbeiterklasse) und gibt eine Tageszeitung (,El Pueblo') heraus. Daneben gibt es noch einige Gruppierungen, die sich auf den Trotzkismus berufen (die alle einen anderen Standpunkt als das „Vereinigte Sekretariat" einnehmen, dem sie heute auch nicht mehr angehören). In den vergangenen Monaten begann die Führung der FSLN verstärkt gegen diese Gruppen zu hetzen, deren Politik angeblich dem „Imperialismus dienen" würde. Flugblätter wurden verteilt, in denen die Trotzkisten und Maoisten gemeinsam mit den ehemaligen Somozisten zu „Feinden der Revolution" erklärt wurden, und es gab eine Reihe von Verhaftungen. Die verhafteten Genossen wurden zu den Somoza-Söldnern in den Kerker geworfen. Gegen diese Maßnahmen regte sich allerdings Widerstand. Gegen die Verhaftung von Mitgliedern der MAP demonstrierten 300 Arbeiter, Angehörige von anderen Gefangenen führten einen Hungerstreik durch. Bis heute ist z.B. der Argentinier Pedroni verschwunden.

Die Führung der FSLN ist offensichtlich wegen dieser reaktionären Maßnahmen auf massive Kritik aus den Reihen der Massenorganisationen gestoßen, denn in der letzten Zeit stimmt sie versöhnlichere Töne an (es sei nicht die richtige Art gewesen, die „Sektierer" zu bekämpfen).

Die Ausweisung von Angehörigen der Brigade ,Simon Bolivar' war also kein Einzelfall, und wenn vor einigen Wochen ein französisches Mitglied des „Vereinigten Sekretariats" in Wien behauptete, daß die Brigade allein wegen ihrer Weigerung, sich militärisch der FSLN unterzuordnen, ausgewiesen wurde, war diese eine glatte Lüge.

Die politische Linie des „Vereinigten Sekretariats" d.h. die kritiklose Unterstützung der FSLN zwingt diese Organisation, die politische Unterdrückung der extremen Linken letztlich anzuerkennen. Dies geschieht z.B. in der Zeitung der amerikanischen SWP (,Militant') vom 31. August 1979. Die SWP übernimmt vollinhaltlich die absurden Anschuldigungen der FSLN gegen die angeblichen „Sektierer" (und entblödet sich nicht, stolz festzustellen, daß sich unter diesen keine „amerikanischen Staatsangehörigen" befinden würden...). Von einer typisch stalinistischen Argumentation nicht mehr allzu weit entfernt wettert die SWP gegen die extreme Linke, deren Politik dem Imperialismus dienen würde.Den , Genossen' fällt offensichtlich nicht mehr auf, daß natürlich jeder soziale Umsturz dem Imperialismus als Vorwand dienen kann und daß sie ähnlich argumentieren wie jene, die die Trotzkisten zu Tausenden ermordeten (,Militant' fordert auch mit keinem Wort die sofortige Freilassung der linken politischen Gefangenen).

Letztlich anerkennt das „Vereinigte Sekretariat" die FSLN-Konzeption der Revolution in Etappen (mit kritischen Randglossen versehen) und verfolgt eine Politik der Hoffnung. Der Hoffnung nämlich, daß diese FSLN-Führung sich im Prozeß der Revolution zu einer Führung mausert, die den Aufgaben gewachsen ist.

Wenn deutlich wird, daß das „Vereinigte Sekretariat" die reaktionären Anschuldigungen gegen die extreme Linke übernimmt (wir verzichten hier auf entsprechende Zitate, verweisen aber auf die englische Zeitung ,workers action', in der dies genauestens belegt wird und die über die Redaktionsanschrift bezogen werden kann), dann wundert es auch nicht, daß die Angehörigen der Brigade ,Simon Bolivar' (die der „Bolschewistischen Fraktion" innerhalb des „Vereinigten Sekretariats" angehörten und heute außerhalb dieser Organisation stehen) behaupteten, daß zwischen den Gesprächen von führenden Mitgliedern des „Vereinigten Sekretariats" mit der FSLN-Führung und ihrer Ausweisung ein direkter Zusammenhang besteht. Wir können diese Aussage nicht überprüfen, aber fest steht: Das „Vereinigte Sekretariat" setzt sich mit den Organisationen, die sich in Nicaragua auf den Trotzkismus berufen, nicht politisch auseinander, sondern bevorzugt die Methode der politischen Verleumdung, wie wir sie aus der stalinistischen Presse kennen!

Die Aufgaben der revolutionären Politik in Nicaragua

In der vorletzten Ausgabe dieser Zeitung wurde die Losung der Konstituierenden Versammlung und die Durchführung allgemeiner, freier Wahlen aufgestellt bzw. gefordert. Wir glauben heute nicht mehr, daß diese Forderung den Aufgaben der nicaraguanischen Revolution entspricht.

Die Forderung nach allgemeinen, freien Wahlen zu einer Konstituierenden Versammlung,die sich auf die Errungenschaften der Massen stützt, kann in bestimmten gesellschaftlichen Situationen ein wichtiger taktischer Kompromiß mit dem aktuellen Bewußtsein der Massen sein. Wenn die Illusionen in die Demokratie im Bewußtsein der Arbeiter und armen Bauern sich nicht als Gegensatz zu den sozialistischen Aufgaben der Revolution stellen (wie dies z.B. in den ersten Monaten der portugiesischen Revolution der Fall war), wäre es falsch, der Forderung nach Demokratie abstrakt die Losung der Diktatur des Proletariats entgegenzustellen (die natürlich die einzige Lösung für die Probleme der unterdrückten Klassen sein kann). In einer Situation, in der die Organe der proletarischen Diktatur nicht voll entwickelt sind, in der die Massen keine praktischen Erfahrungen mit der reformistischen Politik haben und in ihrem Bewußtsein kein Gegensatz besteht zwischen ihren antikapitalistischen Maßnahmen und Aktionen und der Forderung nach Demokratie, kann eine taktische Methode, die den Arbeitern und armen Bauern praktische Erfahrungen ermöglicht(bevor die demokratische Konterrevolution die Macht erlangt), so zur Reifung ihres Bewußtseins beitragen.

Aber taktische Methoden sollten von den Revolutionären nicht mechanisch auf jede revolutionäre Situation übertragen werden. Eine solche Methode – die unter den Organisationen, die sich auf den Trotzkismus berufen, weit verbreitet ist –, führt gerade in rasch ablaufenden revolutionären Prozessen oft auf die andere Seite der Barrikaden.

Gerade in Nicaragua erscheint uns die oben kurz skizzierte taktische Methode nicht richtig zu sein. Das Land wurde nach dem Sturz des Somoza-Regimes de facto von den Komitees und Initiativen der Massen verwaltet, die Bourgeoisie war nicht in der Lage, dieser gesellschaftlichen Ebene den Faktor ihrer Demokratie entgegenzusetzen. Die Aktivitäten der Komitees standen – nach all den Informationen,die uns zugänglich sind – im Zeichen des „Sozialismus", d.h. der Faktor der demokratischen Illusionen erscheint in der nicaraguanischen Gesellschaft nach Somoza nicht wesentlich vertreten zu sein.

In einer solchen Situation wäre die Forderung nach freien allgemeinen Wahlen zu einer Konstituierenden Versammlung tatsächlich eher ein Schritt zurück. Auf dieser Ebene der Argumentation können wir dem „Vereinigten Sekretariat" durchaus zustimmen, wenngleich diese Organisation die Losung der Konstituierenden Versammlung zu plump und damit falsch darstellt.

Revolutionäre Politik muß also auf die Errichtung der proletarischen Diktatur ausgerichtet sein, die sich auf die armen Bauern stützt, d.h. auf die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung, als Ausdruck der Diktatur der Räte.

Selbstverständlich müssen Revolutionäre heute innerhalb der CDS (und aller anderen Strukturen der FSLN) politisch aktiv sein. Wesentlich ist aber, auf welcher politischen Linie und mit welchem politischen Ziel!

Den Halbheiten der FSLN-Führung muß die sofortige und umfassende Ausschaltung der Bourgeoisie auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene, die nationale Ausweitung und Koordinierung der Massenorgane, die Einberufung eines nationalen Kongresses dieser Organe und die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung, die sich unmittelbar auf die Komitees stützt, entgegengestellt werden. Dieses politische Ziel hat den energischen Kampf für das Recht zur Voraussetzung, innerhalb aller Strukturen politische Tendenzen zu gründen. Kriterium für dieses Recht kann allein das Bekenntnis zur sozialistischen Umwandlung der Gesellschaft sein.

Revolutionäre Politik in Nicaragua muß heute vor allem allen Arbeitern und armen Bauern aufzeigen, daß die Halbheiten und Illusionen der FSLN-Führung in die Niederlage führen, daß die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie zur Niederlage führen muß und daß die Revolution nur einen einzigen Verbündeten hat – die Arbeiter und Bauern Mittel- und Lateinamerikas!

Eben weil in Nicaragua ein „Prozeß der Permanenten Revolution" durch den siegreichen Kampf gegen das Somoza-Regime ausgelöst wurde, ist es unumgänglich, ein Instrument zu schaffen, das diesen Prozeß siegreich abschließen kann – die revolutionäre Partei. Der Politik der kleinbürgerlichen FSLN-Führung nachzuhinken und zu hoffen, daß diese ,gezwungen' werde, eine Transformation zum Bolschewismus durchzumachen, heißt das Wesentliche an dem „Prozeß der Permanenten Revolution" einfach zu ,vergessen'!

Wir haben es schon gesagt: Wer in einer gesellschaftlichen Situation, in der Hundertausende nicht mehr so leben wollen, wie bisher, in einer Situation, in der hunderttausende Arbeiter, Bauern, Frauen und Männer Gewehre und Bomben nicht fürchten, bereit sind dem Hunger, der Krankheit und dem Elend zu trotzen, nicht an den Aufbau einer revolutionären bolschewistischen Partei geht, der mag sich hunderte Male „IV.Internationale" nennen und sich auf Trotzki berufen – er ist doch Meilen entfernt von der politischen Methode des Bolschewismus!

Erste Konsequenzen...

Die opportunistische Anpassung an die FSLN führte innerhalb des „Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale" zu heftigen Auseinandersetzungen, die schließlich vor kurzem im Austritt bzw. im Ausschluß von tausenden Mitgliedern gipfelten.

Die ausgeschlossenen bzw. ausgetretenen Mitglieder gehörten zu zwei Strömungen innerhalb des „Vereinigten Sekretariats". Nach der formalen Auflösung der beiden großen Fraktionen 1977 (die im wesentlichen um die amerikanische SWP und auf der anderen Seite um die europäische Mehrheit gruppiert waren), bildete sich die „Leninistisch-Trotzkistische Tendenz", die die SWP Politik konsequent weiterführte, was sie bald in die unmittelbare Nähe der französischen OCI führte. Hier ist nicht der Platz, eine genaue Analyse der OCI-Politik zu erstellen. Erwähnt sei, daß die Mitglieder dieser Organisation im Sommer 1975 in Portugal für eine SP-Alleinregierung eintraten (zu einem Zeitpunkt also, als die Sozialdemokratie massive Angriffe gegen die Errungenschaften der Revolution durchführte) und die deutsche Gruppe dieser Organisation befindet sich innerhalb der SPD (!) und betreibt nichts anderes als Juso-Politik. Nach all den Erfahrungen mit der OCI und der SWP dürfte die „Leninistisch-Trotzkistische Tendenz" zu den rechtesten Gruppierungen gehören, die sich jemals auf den Trotzkismus berufen haben. In diesem Zusammenhang ist es wichtig festzustellen, daß die Ablehnung der Nicaragua-Politik des „Vereinigten Sekretariats" natürlich auch von einer rechten Position erfolgen kann. Die Tatsache, daß die momentane Regierung nicht gewählt wurde, kann gerade Strömungen und Organisationen, die nicht begriffen haben, daß der Kampf für die proletarische Diktatur nicht immer identisch ist mit dem Eintreten für Demokratie, gerade in Nicaragua auf die reaktionäre Seite der Barrikaden führen (dies war übrigens auch in Portugal der Fall, wo OCI und SWP eine Politik der Unterstützung für die SP betrieben).

Noch während des Bestehens der beiden großen Fraktionen, löste sich eine Gruppe um den Lateinamerikaner Moreno von der Minderheit (die spätere „Bolschewistische Fraktion"). Über die politische Linie dieser Fraktion ist uns wenig bekannt und dieses Wenige erscheint widersprüchlich zu sein. Löste sich Moreno offenbar mit einer linken Kritik von der SWP (er kritisierte richtig die neutrale Position, die die SWP im angolanischen Bürgerkrieg einnahm und die Portugal-Politik der internationalen Minderheit) so ist andererseits zu bedenken, daß er ein führendes Mitglied der argentinischen PST war, die eine radikal-demokratische politische Linie gegenüber dem Peronismus verfolgte und den Guerillakampf zwar mit einer verbal-orthodoxen leninistischen Argumentation, in der praktischen Konsequenz aber von rechts ablehnte.

Zusammenfassend können wir sagen, daß für unsere Organisationen vor allem die politische Linie und die konkreten Inhalte der „Bolschewistischen Fraktion" (dabei natürlich vor allem ihr Standpunkt zur nicaraguanischen Revolution) von großem Interesse sind.

Die beiden sich nun außerhalb des „Vereinigten Sekretariats" befindlichen Gruppierungen haben gemeinsam mit der OCI eine internationale Konferenz für den Jänner einberufen, an der der Spartacusbund und die IKL sich beteiligen werden. Wir werden versuchen, gemeinsam mit der englischen I-CL eine Resolution zur nicaraguanischen Revolution einzubringen.

In der nächsten Ausgabe unseres Zentralorgans werden wir über diese Konferenz und über die auf ihr vertretenen Positionen ausführlich berichten.







permanente revolution
FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !
Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

WOHIN GEHT NICARAGUA – 2. Teil

Permanente Revolution – Ein Prozeß des Hoffens?

Wie schon die portgiesische Revolution vor einigen Jahren, so wirft auch die Entwicklung nach dem Sturz des Somoza-Regimes in Nicaragua Fragen auf, welche die politische Perspektive des Landes unmittelbar betreffen. Die Diskussionen und Auseinandersetzungen um eine Politik, die geeignet sein kann, das Land zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu führen, finden dabei natürlich nicht nur in Nicaragua selbst statt, sondern betreffen linke Organisationen in aller Welt und dabei vor allem Organisationen, die sich auf den Trotzkismus berufen.

Die Herausbildung revolutionärer Politik ist abhängig von Erfahrungen, die in Klassenkämpfen gewonnen werden, seien sie nun positiver, oder wie in den letzten Jahren leider vor allem negativer Natur. Die genaue Verfolgung der Entwicklung in Nicaragua, die Diskussion aller Fragen, die aus dieser Entwicklung entstehen, ist damit keineswegs eine Angelegenheit der akademischen Auseinandersetzung, sondern der Punkt, an dem keine Organisation, die sich selbst als revolutionär begreift, vorbei kann.

Es gehört zu den negativen Traditionen der extremen Linken, daß derartige Auseinandersetzungen zumeist unterschätzt werden,obwohl die politische Methode von Organisationen gerade in ihnen deutlich wird und obwohl es doch eigentlich klar sein sollte, daß die Solidarität mit den unterdrückten Massen in Nicaragua gegen den Imperialismus und seine nationalen Lakaien zwar eine Selbstverständlichkeit, dennoch allein keine revolutionäre Haltung ist.

So wie die Entwicklung in Indochina und so wie die portugiesische Revolution zwingt auch die Revolution in Nicaragua alle Organisationen, die sich auf den Trotzkismus berufen, zu Stellungnahmen und Analysen, die zeigen, daß es nicht nebensächliche und zweitrangige Unterschiede und Differenzen zwischen diesen Organisationen gibt, sondern solche grundsätzlicher Natur. Die Auseinandersetzungen zwischen diesen Organisationen fangen dabei natürlich nicht an einem Nullpunkt an, sondern stehen in einer langen Tradition des politischen Kampfes, der seine Grundlage in der Niederlage der trotzkistischen Weltbewegung im 2. Weltkrieg hat. Jede revolutionäre Entwicklung hat ein Aufflammen dieser Auseinandersetzungen zur Folge, spitzt die Gegensätze zwischen diesen Organisationen zu und zeigt damit deutlich, daß es im Grunde genommen unterschiedliche politische Methoden sind, die einander gegenüberstehen.

So auch im Falle der nicaraguanischen Revolution. Allein die Tatsache, daß alle Grundsatzfragen der sozialistischen Revolution im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen (Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie, Bedeutung der Räte und der revolutionären Partei, das Wesen der permanenten Revolution usw.),zerstört den Mythos einer „trotzkistischen Weltbewegung". Abspaltungen und Neuformierungen werden die Folge dieser Auseinandersetzungen sein, die keineswegs nur politischer Natursind, sondern leider auch mit den Methoden der übelsten Verleumdung und mit der Befürwortung von Gewaltanwendung geführt werden. Diese Methoden aufzuzeigen und zu bekämpfen ist eine Notwendigkeit. Eine andere Notwendigkeit ist eine klare Stellungnahme zu den Grundfragen der nicaraguanischen Revolution und eine internationale Diskussion zu diesen Fragen!

Die Durchsetzung der opportunistischen Linie innerhalb des „Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale"

Die Offensive der FSLN in den Sommermonaten dieses Jahres, die Bildung von Organen der unterdrückten Arbeiter und Bauern des Landes, die nicht nur den bewaffneten Kampf führten, sondern auch die Versorgung und Verwaltung der Städte und Provinzen übernahmen, also Keimzellen eines neuen Staatsgefüges waren, stellten die Frage nach den politischen Perspektiven der FSLN-Führung in den Mittelpunkt.

Die Verschmelzung der drei Tendenzen der FSLN war nicht die Folge einer tiefgehenden politischen Diskussion und basierte keineswegs auf der Formulierung eines revolutionären Programms. Die Führung der FSLN war im wesentlichen bei ihrer Linie der Zusammenarbeit mit den oppositionellen bürgerlichen Kräften geblieben. Die politische Begründung für diese Zusammenarbeit ist keineswegs originell, wie wir weiter unten sehen werden,und steht in der Tradition der „demokratischen Etappe" des Reformismus, die selbstredend nicht in allen Ländern gleichartig formuliert wird, sondern von der Klassenstruktur einerseits und vom Stand der Klassenkämpfe andererseits abhängig ist.

Diese für die Perspektive der Revolution entscheidende Frage wurde vom „Vereinigten Sekretariat" noch im Juni dieses Jahres korrekt beantwortet. In einer Erklärung wurde festgestellt:
„Während des Kampfes zum Sturz Somozas ist es vollständig gerechtfertigt, taktische Abkommen zu schließen, die so breit wie möglich angelegt sind. In diesen Allianzen ist es gerechtfertigt,selbst mit den bürgerlichen Kräften teilzunehmen, aber es ist höchst gefährlich, sich mit diesen Kräften auf Übereinkünfte einzulassen, über die Bildung einer provisorischen Regierung. Alleine die Klassen, die am meisten und am besten gegen die Dynastie Somozas schon seit Jahrzehnten gekämpft haben – das Proletariat und die Bauernschaft – können den realen antiimperialistischen Sieg garantieren, den der Sturz Somozas darstellen würde."

Richtig wurde in dieser Erklärung festgestellt,daß die bürgerliche Opposition gegen Somoza nach dessen Sturz die Entwicklung anhalten wolle und daß deshalb „*auf einer Klassenlinie mit der Bourgeoisie gebrochen*" werden muß. Dieser politischen Linie entsprechend, forderte das „Vereinigte Sekretariat" auch die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung in Nicaragua.

Die FSLN-Führung schlug einen anderen Weg ein und bildete eine Regierung, die mehrheitlich aus bürgerlichen Kräften besteht, verstaatlichte und enteignete zwar Fabriken und Grundbesitz des Somoza-Clans, beließ aber nicht unwesentliche Sektoren der Industrie und des Großgrundbesitzes in privaten Händen. Diese Politik mag unverständlich erscheinen, angesichts der Tatsache, daß die reale gesellschaftliche Macht vor allem von der Arbeiterklasse und den Bauern mittels ihrer Komitees ausgeübt wurde, d.h. die Zusammensetzung dieser Regierung nicht im geringsten dem tatsächlichen Kräfteverhältnis entsprach.Doch steht sie in der Tradition der kleinbürgerlichen Bewegungen, die einerseits zwar den bewaffneten Kampf gegen bürgerliche Diktaturen führen, andererseits aber völlig unklare Vorstellungen vom Sozialismus haben, vom Guerillakampf ebenso geprägt sind wie von den reformistischen Ideen einer „demokratischen Etappe der Revolution". Die Politik der FSLN-Führung ist alles andere als ein nicaraguanisches Phänomen. Nicht zum ersten Male in der jüngsten Geschichte stehen wir vor einer Situation, in der die bürgerliche Klassenherrschaft durch den Ansturm der unterdrückten Massen an die Wand gedrückt wurde, diese Massen beginnen, ihr Leben und ihre Zukunft selbst zu bestimmen, das Fehlen einer revolutionären Führung aber den bewußten und umfassenden Aufbau eines proletarischen Staates verhindert, der die bürgerlichen Kräfte ökonomisch und politisch völlig ausschaltet und unterdrückt.

Und nicht nur einmal mußten wir erleben, wie gerade dieses Versäumnis, diese Halbheit der Revolution, es den bürgerlichen Kräften, die in den Tagen der Flut oft nur mehr Einzelindividuen ohne bedeutende soziale Verankerung und Bedeutung waren, ermöglichte, die Ermüdung und Desillusionierung, die unvermeidlich Folge der Halbheiten sind, zu benützen,um unter dem Banner der „Demokratie" ihre Klassenherrschaft wieder vollständig zu errichten.

Fortsetzung auf Seite 23